

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
 gelte oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schif-
 fahrts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Der französischen Kammer hat ihre diplomatische Schlaue nicht genützt. Regierung und Abgeordnete hatten gehofft, durch die Vertagung der Beschlussfassung über die Maßregelung der Beamten den Beginn des Streiks noch hinausschieben zu können. Aber die Haltung der radikalen Majorität, die der provozierenden, scharfmacherischen Rede des Arbeitsministers Barthou eine so günstige Aufnahme bereitet, lehnte die Delegierten der Postbeamten, die den Verhandlungen beigewohnt hatten, daß sie von dem bürgerlichen Parlament nicht mehr zu erwarten hätten, daß der schwere Kampf um die Erringung der Koalitionsfreiheit ausgekämpft werden müsse, wie ungünstig immer auch die Kampfbedingungen sein mögen.

In einer Kiesenversammlung im Hippodrom, der 10 000 Beamte betwohnten, wurde gestern abend einstimmig und mit Begeisterung der Streik beschlossen. Den Vorsitz führte der gemäßigtere Beamte Marmontier. Der gleichfalls gemäßigtere Generalsekretär der Telegraphenarbeitergewerkschaft Bauron forderte in kurzen Worten den Streikbeschluss und unter stürmischen Rufen: Es lebe der Streik, erhoben sich alle Anwesenden. Darauf ließ Bauron auf seinen Präsidientisch ein Telephon tragen und verlangte die Verbindung mit Lyon, die er sofort erhielt. Dann sprach er ins Schallrohr: In Paris wird gestreikt, und nach wenigen Minuten kam die Antwort: In Lyon gleichfalls. Dreimal wiederholte sich der Vorgang und dann wußte die Versammlung, daß auch in Lille, Bordeaux und Calais der Streik proklamiert war. Mit frenetischem Beifall begrüßten die Zehntausende jedesmal die Antworten und ein Telegraphenarbeiter rief: Jetzt kann Clemenceau seine Brieftauben fliegen lassen.

Der Vorsitzende teilte dann mit, daß der Verbandsausschuss seine Funktionen an den Streikausschuss abgetreten habe. Die Namen der Mitglieder dieses Ausschusses werden geheim gehalten, um sie gegen Verhaftungen zu schützen. Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit darf nur von der Generalversammlung entschieden werden. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt:

Die Beamten, Unterbeamten und Arbeiter, die sich versammelt haben in demselben Geiste der Unabhängigkeit und der Empörung über die Inoyalität der Regierung, die ihrem Versprechen dadurch untertan geworden ist, daß sie gegen kämpfende Postbeamte vorgegangen ist, weil diese ihre Meinung frei geäußert haben, verpflichten sich die Arbeit niederzulegen und zu kämpfen, bis ihnen vollständige Genugtuung geworden ist; sie fordern laut das Syndikatsrecht, das sie um jeden Preis erlangen werden, rufen dem Postbeamtenverbande ihren Gruß zu und trennen sich unter dem Rufe: Es lebe der Ausstand!

Gleichzeitig mit dem Meeting der Postbeamten fand eine von 3000 Personen besuchte Versammlung der Liga für Menschenrechte im Divollsaale statt, wo die sozialistischen Deputierten Pressens und Sembat scharfste Angriffe gegen die Regierung richteten und ein Beschlusspantrag gegen die Maßregelung der Postbeamten einstimmig angenommen wurde. Ein Vertreter der Elektriker erklärte unter dem Beifall der Versammlung, der Streik der Postleute werde für die gesamte Arbeiterschaft das Signal zur Befreiung werden.

Aus diesen letzten Worten aber ist der Ernst der ganzen Situation zu erkennen. Die Beamten stehen im Kampf um die Koalitionsfreiheit und in diesem Kampfe haben sie die Sympathie der gesamten französischen Arbeiterklasse ohne Unterschied ihrer sonstigen Richtung. So haben jetzt Regierung und Ordnungsparteien nicht allein mit den Beamten und den Staatsarbeitern zu tun, sondern die Bewegung hat das ganze französische Proletariat erfasst. Selbst wenn die offiziellen Telegramme mit ihrer Behauptung recht hätten, daß der Ausstand der Post- und Telegraphenbeamten und Arbeiter kein vollständiger sei, so läme solchen Behauptungen keine entscheidende Bedeutung zu. Die Postbeamten selbst erklären, daß der Streik erst in 48 Stunden seine volle Ausdehnung erreicht haben werde, daß für den Ausgang die Beteiligung der Provinz von noch größerer Bedeutung sei als der Kampf in Paris. Aber das alles ist nicht das Ausschlaggebende. Denn weit über die Bedeutung eines einzelnen Streiks hinaus, zu einem sozialen Nachtkampf von weittragender Bedeutung muß es werden, wenn erst große und wichtige proletarische Massen mit auf dem Kampfplatz treten, um den von allen Nachmitteln des bürgerlichen Staates bedrohten Beamten zu Hilfe zu kommen. Was werden die Eisenbahner, was die Grubenproletarier, was die vielen anderen Proletariatschichten beschließen, die den Beamten ihre Sympathien und ihre solidarische Hilfeleistung versprochen haben? Erst nach dieser Antwort, die die nächsten Tage bringen müssen, werden wir Klarheit erhalten über die Bedeutung dessen, wovon wir jetzt den Beginn erleben.

Schon heute aber muß gesagt werden, daß wir in dem Streik der Beamten und Staatsarbeiter einer wichtigen sozialen Erscheinung gegenüber stehen. Mag der Verlauf und der Ausgang sein wie immer, so demonstriert dieser Streik doch die ungeheure Macht der organisierten Arbeit über die bürgerliche Gesellschaft, die sie erhält und deren Kräfte, die sie

heute noch zu fesseln vermögen, sie einst in den Dienst der eigenen Entwicklung stellen wird.

Die Maßnahmen der Regierung.

Paris, 12. Mai. Bis in die späten Nachmittunden hielt Polizeipräfekt Lépine eine Besprechung mit sämtlichen Polizeikommissaren ab, um über die infolge der Streikbewegung erforderlich werdenden Maßnahmen zu beraten. Alle Postbureaus werden von heute morgen an polizeilich und militärisch bewacht. Ferner wurde Befehl erteilt, die streikenden Post- und Telegraphenbeamten sofort durch Soldaten zu ersetzen. Von den telegraphischen Verbindungen mit Deutschland ist infolge des Streiks gegenwärtig nur noch die mit Berlin erhältlich.

Die Soldaten als Streikbrecher.

Paris, 12. Mai. Der Militärgouverneur von Paris hat für den Fall eines Ausstandes der Elektriker den Befehl erteilt, den elektrischen Stationen die erforderliche Anzahl von Soldaten zu stellen. Der Kriegsminister hat infolge des Poststreiks die Abfahrt der Infanterie-Regimenter verschoben, die im Lager von Châlons an Schießübungen teilnehmen sollten.

Der Streik in der Provinz.

Paris, 12. Mai. Die Postbeamten von Nancy und Bordeaux sind in den Streik getreten. Das Lyoner Komitee des Postbeamtenverbandes hat ebenfalls beschlossen, die Arbeit einzustellen.

Offizielle Streiknachrichten.

Paris, 12. Mai, 9 1/2 Uhr vormittags. Auf den Postämtern sind nur wenige Beamte erschienen. Patrouillen der Garde republicaine durchziehen allenthalben die Stadt.

Paris, 12. Mai, 10 1/2 Uhr vormittags. Der Streik der Postbeamten hat bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Störung im Dienste verursacht. In Paris fehlen nach amtlicher Feststellung ein Fünftel der Beamten. In Lyon, Marseille und Bordeaux vollzieht sich der Dienst normal. Es fehlen dort sehr wenige Beamte.

Paris, 12. Mai, 11 Uhr 30 Minuten nachmittags. Nach Berichten, die beim Ministerpräsidenten eingegangen sind, ist der Telegraphen- und Telephondienst am Vormittage ohne Störung und ohne daß es notwendig war, auf die für den Streikfall vorgesehenen außerordentlichen Maßnahmen zurückzugreifen, vor sich gegangen. Der Ministerrat wird sich heute abend über die den Streikenden gegenüber notwendigen Maßnahmen schlüssig werden. In Paris streikt etwa ein Zehntel der Beamten. Der Elfsahndienst im Haupttelegraphenamte trat fast vollständig an. Ein Telegraphist ist wegen ruhestörenden Lärmes verhaftet worden. Telegramme aus Toulouse, Rouen, Nantes, Nancy, Amiens, St. Etienne und Tours melden geringe oder gar keine Arbeitseinstellungen. In Bordeaux streikt die Hälfte der Beamten.

Der wahre Stand des Streiks.

Paris, 12. Mai. Die amtliche Behauptung, daß der Post- und Telegraphendienst in normaler Weise vor sich gehe, wird von den Ausständigen als unrichtig bezeichnet. In der Tat sind in vielen Postbureaus eine Anzahl Schalter geschlossen. Im Hauptpostamt, wo ein Teil der Druckmaschinen streikt, sind ausschließlich Infanteriesoldaten und Munizipalgardisten tätig. Auch die Zahl der streikenden Fahrpostbeamten soll eine ziemlich bedeutende sein. Am meisten hat die Streikbewegung bei den Werkstätten- und Streckenarbeitern der Post- und Telegraphen- und Telephonverwaltung um sich gegriffen. Die Ausständigen scheinen zu hoffen, daß viele jetzt noch schwankende Unterbeamte sich heute abend, jedenfalls aber nach der für die Regierung zweifellos günstigen Kammerstimmung ihnen anschließen werden.

In Regierungskreisen äußert man ziemlich allgemein die Ueberzeugung, daß der Streik als gescheitert angesehen werden könne. Die Soldatenabteilungen, welche zur Ueberwachung der Postämter aufgebieten wurden und daselbst auch ihre Wachezeiten einnehmen, hatten bisher nirgends Anlaß einzuschreiten. In der Maschinenabteilung stehen ein Infanterieregiment sowie zahlreiche Soldaten in Bereitschaft, um im Ernstfälle zum Post- und Telegraphendienst herangezogen zu werden. Die hiesige Handelskammer hat, wie schon bei dem ersten Poststreik, einen eigenen Briefbeförderungsdienst für die Geschäftsleute eingerichtet und zu diesem Zwecke eine Anzahl Automobile gemietet. Doch scheint diese Maßnahme vorläufig mehr den Zweck zu haben, die Streiklust der Postbeamten zu dämpfen und ihnen zu zeigen, daß sie nicht unentbehrlich sind. Auch das Syndikat der Hoteliers hat beschlossen, für die Fremden einen Briefbeförderungsdienst einzurichten. Die Briefe sollen durch besonderen Boten nach Brüssel und von dort weiter expediert werden. Heute abend halten die Postbeamten abermals ein Meeting in der St. Paul-Turnhalle ab, wo — wie versichert wird — wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Die sozialistisch-radikale Kammergruppe hat beschlossen, sofort nach Beendigung des Poststreiks eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung einzubringen.

Sympathiestreiks.

Paris, 12. Mai. Für heute abend ist eine neue große Versammlung einberufen, in der die Delegierten der verschiedenen Syndikate sich mit den Ausständigen solidarisch erklären wollen. In Dänkirchen streikt ein Teil der Matrosen. Zwei Dampfer konnten nicht abfahren. In der Nähe von Nancy ist ein Teil der Bergleute

infolge Entlassung einiger Kameraden in den Ausstand getreten. Die Ruhe wurde bisher nicht gestört.

Die Bergarbeiter.

Leus, 12. Mai. Der Bergarbeiterkongress ist heute morgen wieder zusammengetreten. Anwesend waren 60 Delegierte. An die ausständigen Postbeamten wurde ein Sympathie-telegramm gefaßt.

Neue Maßregelungen.

Paris, 12. Mai. Der Disziplinarrat der Postbeamten äußerte sich dahin, daß sechs Beamte und ein Unterbeamter entlassen und zwei Beamte degradiert werden, weil sie den Unterstaatssekretär Simyan beleidigt und die Internationale gesunden hatten. Die Angeklagten, mit Ausnahme von zweien, waren vor dem Disziplinarrat erschienen.

Die Haltung der Presse.

Paris, 12. Mai. In den Erörterungen der Presse über die gestrige Kammerzession und über die Versammlung der Postbeamten spiegelt sich die lebhafteste Beunruhigung wider, die der neue Poststreik hervorgerufen hat; ebenso macht sich in der Bevölkerung, die bezüglich der letzten Streikdrohungen bisher eine ziemlich optimistische Auffassung an den Tag gelegt hatte, ernste Besorgnis über die Folgen des neuen Ausstandes geltend. Insbesondere wird der Anschlag verschiedener Arbeiterkategorien an den Ausstand der Postleute befürchtet. Mehrere radikale Blätter tadeln die Sprache des Ministers Barthou. Man wirft ihm vor und will ihm nicht verzeihen, daß er seine Kraftrede gehalten hat, während man ein vorsichtiges staatsmännisches Wort von ihm erwartet hätte.

In der Kammer wird die Regierung morgen eine Mehrheit finden. Die Radikalen haben bereits eine Tagesordnung eingebracht, welche die Regierungsmassregeln billigt und die Erwartung ausdrückt, daß alle Staatsdiener angehalten werden, ihre Dienstpflicht zu erfüllen.

Soldatenquälerei in zweihundert Fällen.

Ein großer Mißhandlungsprozeß beschäftigt am Mittwoch das Kriegsgericht der zweiten Gardebataillon-Unter-Anlage, steht der Sergeant Friedrich Riehme von der zweiten Kompagnie des Kaiser-Garde-Grenadierregiments. Es wird ihm zur Last gelegt, die Leute seiner Korporalschaft in der Zeit von Weihnachten 1907 bis Herbst 1908 fortgesetzt mißhandelt zu haben. Die Anklage nimmt bei den einzelnen geschlagenen Rekruten Mindestfälle an. Es kommen auf diese Weise einige hundert Fälle in Betracht, die zum Teil in recht brutaler Weise ausgeführt wurden.

Die am meisten mißhandelten Grenadiere sind Schwedeshagen, Puhmann und Reier. Schwedeshagen wurde infolge der ihm zugefügten Mißhandlungen fahnenflüchtig, und dadurch kam die Sache ans Tageslicht.

Zu seiner Verteidigung gibt der Angeklagte an, er sei durch die Vorwürfe seines Feldwebels zu den Mißhandlungen getrieben worden. Auf die Frage des Verhandlungsleiters, inwiefern er Vorwürfe erhalten habe, sagt der Angeklagte aus, er habe anfangs die Leute zu milde und zu mütterlich behandelt und deswegen habe er fortwährend vom Feldwebel Vorwürfe erhalten. Dies sei bis Weihnachten 1907 gegangen. Von diesem Zeitpunkte an änderte sich dann die Sachlage. Der Feldwebel habe ihm nahegelegt, die Leute mehr zu schleifen.

Das Gericht beschließt auf Antrag des Vertreters der Anklage, den Feldwebel telephonisch zu laden. Der Angeklagte, der anfangs nichts zugeben wollte, bequemt sich in der Verhandlung zu einem teilweisen Geständnis. Von den schwereren Mißhandlungsfällen will er nichts mehr wissen.

Es wird nach der Vernehmung des Angeklagten in die Beweisnahme eingetreten.

Als erster Zeuge erscheint der Grenadier Schwedeshagen. Er bekundet, daß er wöchentlich zwei- bis dreimal mißhandelt worden sei. Er habe sich schließlich nicht mehr länger schlagen lassen wollen und sei infolgedessen desertiert. Der Angeklagte hatte im Gegensatz zu der Aussage des Zeugen angegeben, daß er Schwedeshagen wöchentlich etwa vier- bis fünfmal mißhandelt haben könne. Der Zeuge sagt weiter aus, daß der Korporalschaftsführer bei jeder Kleinigkeit geschlagen habe. Den Worten „Du kriegst eine in die Sch...“ folgte stets ein Faustschlag ins Gesicht oder eine Wadelpfeife. Auch sei er getreten und mit dem Gewehrstoßen gestoßen worden. Ebenso habe ihn der Angeklagte mit dem

Seitengewehr geschlagen.

Der Zeuge bringt Fälle zur Sprache, die gar nicht in der Anklage enthalten sind. Das Gericht geht im allgemeinen auf diese neuen Fälle ein, vermag aber nicht jeden einzelnen eingehend zu verfolgen, da

sonst kein Ende des Prozesses

vorauszusehen sei. Auf die Frage des Verhandlungsleiters, warum er denn keine Meldung erstattet habe, erwidert der Zeuge, er habe Furcht gehabt,

daß es ihm dann noch schlimmer ergehen werde.

Das gleiche bekunden die nächsten Zeugen. Einen besonders schweren Fall gibt der Grenadier Uhmussen an. Einem Tages ließ der Angeklagte die Korporalschaft acht

Minuten lang auf den Zehenspitzen aushalten, so daß die Leute zu zittern anfangen. Auch Schreien mußte zittern. Als dies der Angeklagte sah, versetzte er dem Richter einen Faustschlag ins Gesicht, daß das Blut aus der Nase floß. An der Pumpe mußte der Geschlagene das Blut wegwischen. Der Angeklagte warf seinen Untergebenen auch die Schemel an den Körper.

Auch bei der Vernehmung der beiden nächsten Zeugen kommen neue, nicht in der Anklageschrift enthaltene Fälle zur Sprache. Am häufigsten wurden die Rekruten von dem Angeklagten morgens beim Anziehen geschlagen.

Der Grenadier Bartels ist wiederholt mißhandelt worden. Die Anklage nimmt mindestens 20 Fälle an. Der Zeuge behauptet dagegen, daß er im ganzen drei- bis viermal geschlagen worden sei. Auf die Ermahnung des Verhandlungsführers, bei der Wahrheit zu bleiben, gibt Bartels zu, wöchentlich zwei- bis dreimal mißhandelt worden zu sein. Bei einer Uebung auf dem Tempelhofer Feld erhielt er von Michme wegen eines Verfehlers einen Schlag mit dem Seitengewehr.

Der Grenadier Waldschal beklagt auf die Frage, warum er die ihm von dem Sergeanten zugesagten Mißhandlungen nicht gemeldet habe:

„Wir haben alle Angst gehabt!“

Dem Grenadier Rosen schlug der Angeklagte mit der Drillschloße ins Gesicht. Ein anderes Mal stieß er ihn gegen das Spind.

Zeuge Meier, der bereits entlassen ist, ist fast täglich mißhandelt worden. Manchmal ist er täglich zwei- bis dreimal geschlagen worden. Es kann im ganzen etwa hundertmal gewesen sein. Genaue Zahlen vermag der Zeuge nicht anzugeben. Hauptsächlich wurde Meier mit Faustschlägen traktiert.

Der Grenadier M u h m a n n ist nach der Anklage in mindestens 30 bis 40 Fällen mißhandelt worden. Einmal wurde er so heftig gestochen, daß er blaue Flecke bekam.

Ein Grenadier von einer anderen Korporalschaft erzählt, daß der Angeklagte morgens und nachmittags seine Leute geschlagen habe.

Der Grenadier Deike wurde eines Tages mit dem Seitengewehr gestochen. Bei einem Faustschlag ins Gesicht bluteten ihm die Lippen. Auch Schläge mit den Pantoffeln erhielt der Zeuge.

Einen anderen Grenadier zog der Angeklagte über den Schemel und schlug ihm mit dem blanken Seitengewehr aufs Gesicht.

Unteroffizier Steinke hatte die benachbarte Korporalschaft unter sich. Er hat häufig beobachtet, daß Michme die Rekruten schlug. Er hat ihn auch einmal verwahrt und ihn geraten, die Tätlichkeiten gegen die Untergebenen zu unterlassen. Dst verließ der Zeuge die Stube, weil er die

Mißhandlungen nicht mehr mit ansehen konnte. So sei einmal ein Rekrut gegen das Spind gestochen und so heftig ins Gesicht getreten worden, daß er zusammenbrach.

Der Prozeß konnte gestern nachmittags beendet werden, da auf die

Vernehmung einer großen Anzahl von Zeugen verzichtet wurde. Von Interesse war die Vernehmung des Feldwebels Wartsch, dem der Angeklagte bei seiner Vernehmung vorgeworfen hatte, daß er ihn zum Schleifen der Leute aufgefordert habe. Der Feldwebel bestritt, daß die Korporalschaft des Sergeanten Michme in recht verlottertem Zustande gewesen sei und daß er ihn wiederholt aufgefordert habe, Ordnung zu schaffen. Der Angeklagte sei selbst schuld daran gewesen, daß in seiner Korporalschaft solche Zustände herrschten. Den Vorwurf des Angeklagten, er habe diesen vor der ganzen Korporalschaft aufgefordert, die Leute zu schleifen, wies der Zeuge entschieden zurück. Er habe wohl gesagt, daß er

scharf vorgehen

solle, doch hätte er jede Mißhandlung, die ihm zu Ohren gekommen wäre, sofort gemeldet. Der Angeklagte behauptete u. a. auch, er könne noch andere Sachen, die in der Kompanie vorgekommen seien, angeben. Er bleibe dabei, daß ihm der Feldwebel vorgehalten habe, er behandle die Leute zu milde, zu weich und zu mütterlich.

In seinem Plaidoyer führte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Kruse, aus, es sei sehr bedauerlich, daß keiner der Geschlagenen von seinem Geschworenen Gebrauch gemacht habe. Es seien sonst

unglaubliche Zustände

viel eher beseitigt worden. Den Rekruten habe der Angeklagte die Dienstfreudigkeit genommen. Wenn er, der Vertreter der Anklage, während der Verhandlung keine Erweiterung der Anklage beantragt habe, so komme es hier nur darauf an, für das ganze gesamte strafbare Verhalten des Angeklagten eine Sühne zu finden. Die Anklage umfasse 197 Fälle. Dies sei

lediglich eine Blütenlese.

Mit Leichtigkeit hätte man während der Verhandlung neue Fälle ans Tageslicht bringen können. Der Angeklagte habe in einem Falle das Beschwerderecht brutal erwidert. Als der Grenadier Schwedehagen einem Kameraden gegenüber äußerte, er werde sich beschweren, habe er von dem Angeklagten eine Ohrfeige bekommen. Wie einen dummen Schuljungen habe er den Grenadier Deike auf den Schemel sich niederlegen lassen und ihm mit dem Seitengewehr das Gesicht bearbeitet. Derartige Auswüchse, wie sie in der Verhandlung zur Sprache gekommen seien, müßten empfindlich geahndet werden. Systematische Mißhandlungen, wie sie der Angeklagte begangen, könnten keine milde Beurteilung finden. Er beantrage eine

Gefängnisstrafe von einem Jahre und drei Monaten, Degradation und sofortige Festnahme des Angeklagten.

Das Kriegsgericht erkannte auch dem Antrage entsprechend.

Es lag also nur an der Gutmütigkeit des Anklagevertreters, daß nicht statt der zweihundert Mißhandlungsfälle deren drei- oder vierhundert erwiesen wurden! In der Tat „unglaubliche Zustände“! Und nicht etwa in einem weltentlegenen Garnisonort, sondern bei einem Garderegiment in der Reichshauptstadt selbst! Und der ewig alte, ewig neue Grund, weshalb dieser Soldatensöldner sein Handwerk im größten Stille fast ein Jahr lang ungeniert ausüben konnte, war wiederum die Furcht vor noch unerhörteren Drangsalierungen, falls einer der Mißhandelten vom Beschwerderecht Gebrauch machte. Das Beschwerderecht sticht eben nur auf dem Papier. Es ist derart mit Fingerringen umgeben, daß die meisten Soldaten sich eher fortgesetzt quälen lassen, statt gegen einen Rohling von Vorgesetzten durch eine Beschwerde vorzugehen.

Und das wird nicht anders werden, bevor das Beschwerderecht gründlich umgestaltet, bevor den Stellvertretern Gottes die Allmacht über die Sühne des Volkes genommen ist!

Neue Kompromisselei-Versuche.

Noch vor wenigen Tagen haben die sogenannten entschiedenen liberalen Blätter, allen voran die halb obstruktionslustige, halb sentimental-rechtsfanzerische „Frankf. Ztg.“, erklärt, daß alle Versuche, zwischen der Rechten und Linken des Blocks eine Verständigung über die Finanzreform herbeizuführen, völlig aussichtslos seien, und wohl hundertmal wurde die billige Frage aufgeworfen: „Was nun?“ Trotz dieser angeblichen Aussichtslosigkeit hat Fürst Bülow, wie man erfährt, mit den Führern der Konservativen unter der Hand neue Unterhandlungen angeknüpft; und auch die unentwegten prinzipienfesten Führer des Freisinn haben sich allem Anschein nach wieder bereit finden lassen, mit Bülow über eine Aenderung des Reichsfinanzsanierungsplans zu verhandeln; wenigstens teilt Professor Eichhoff in einem Artikel der „Varmer Zeitung“ mit, daß zwischen den Konservativen und Liberalen wegen der Reichsfinanzreform wieder Verhandlungsversuche im Gange seien, und zwar auf der Basis, daß die Freisinnigen einwillen die Branntwein-Liebesgabe bestehen lassen, dafür aber die Konservativen bei der Erbschaftsbesteuerung entgegenkommen zeigen.

Möglich, daß die Freisinnigen — Hoffen und Gärten macht bekanntlich manchen vom Narren — noch immer damit rechnen, die Konservativen in der Erbschaftssteuerfrage breitschlagen zu können; denn sie beurteilen naturgemäß die Fähigkeit der Konservativen nach ihrer eigenen. Wir halten den Versuch, die Konservativen für eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Ehegatten und Deszendenten bewegen zu wollen, für aussichtslos, da es sich, wie wir wiederholt ausgeführt haben, für die Konservativen, im Grunde genommen, gar nicht um die Belastung des ländlichen Grundbesitzes durch die sehr mäßigen Erbschaftssteuereraten, sondern um eine Nachfrage handelt: um die Aufrechterhaltung der Abhängigkeit der Regierung vom preussischen Junkertum und die Verhinderung einer preussischen Wahlrechtsreform.

Freiherr v. Zedlitz, der schon bisher bei den Verhandlungen zwischen den Blockparteien vielfach als „ehrlücher Wasser“ fungiert hat, rät denn auch im „Tag“ den Freisinnigen, ihre Forderung nach einer Erbschaftssteuer fallen zu lassen, denn sie hätte im jetzigen Reichstag keine Chancen mehr. Er hält die Verhandlung nur auf der Basis für möglich, daß die Liberalen zunächst die Zusage geben, unbedingt die erforderlichen 400 Millionen indirekter Steuern bewilligen zu wollen, und daß sie sich dann wegen der anderen 100 Millionen Besitzsteuern selbst nach geeigneten Steuerobjekten umsehen und einen „annehmbaren Ersatz für die Erbschaftssteuer“ bieten. Wie Herr v. Zedlitz meint, könnte das den Liberalen gar nicht so schwer fallen, da sie doch über so viele „scharfsinnige und kenntnisreiche Männer“ verfügten. Wörtlich heißt es in dem schönen Artikel:

Treten die Liberalen mit der Zusage unbedingter Bewilligung der erforderlichen Mehreinnahmen aus indirekten Steuern unter Wahrung der landwirtschaftlichen Interesse und mit einem Vorschlage für eine den Konservativen annehmbare Lösung des Problems der Besitzbesteuerung hervor, so werden die Konservativen die Mitwirkung unmöglich verlagern können. Freilich würde das Zentrum es sich angelegen sein lassen, den Liberalen in bezug auf die Bewilligungsbereitschaft nach Möglichkeit Konkurrenz zu machen. Aber ganze Arbeit zu machen, die Reichsfinanzen dauernd zu sanieren, wird es trotzdem schwerlich bereit sein. . . .

Ein solches Vorgehen würde aberaus große Anforderungen an die Kraft und Entschlußfähigkeit der Liberalen im Reichstag stellen. Man kann sich das Indianergeheul vorstellen, das darob vom „Berliner Tageblatt“ bis zum „Vorwärts“, von Dr. Warth bis zum Behn-Bedote-Hoffmann angestimmt werden würde! Aber der Erfolg wäre auch der Anspannung und Einsetzung aller Kraft wert. Die Liberalen hätten, wenn sie so die Reichsfinanzreform von dem toten Geiste, auf das sie jetzt festgefahren ist, sicher unter Dach brächten, eine patriotische Tat ersten Ranges vollbracht, sich ein großes dauerndes Verdienst um das Reich erworben. Damit würde der Liberalismus sich mit einem Schlage zum guten Teil das Maß von Ansehen im Volke wiedergewinnen, dessen er in der ersten Zeit nach der Gründung des Reichs sich erfreute. Aber der politische Vorteil, welcher dem Liberalismus aus der rettenden Tat erwachsen müßte, würde sich nicht auf das Gebiet der Imponderabilien beschränken. Daß den Parteien, welche in entscheidender Weise an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform mitgewirkt haben, ein Platz an der Sonne in unserer inneren Politik, und zwar auch in Preußen sicher wäre, wird ernstlich nicht bestritten werden.

Der schöne Vorschlag ist allem Anschein nach völlig ernst gemeint; in Wirklichkeit liegt er sich aber wie blutiger Hohn auf die politische Charakterfestigkeit des Freisinn, dem ungeniert zugemutet wird, nicht nur die geforderten 400 Millionen durch indirekte Steuern zu bewilligen, sondern obendrein auch noch den willigen Hausnecht der Regierung und der Konservativen zu spielen und die angenehme Aufgabe zu übernehmen, für die der konservativen Opferwilligkeit nicht passenden Steuern andere zu finden. Selbst der bloßtreuen glühenden „Rössischen Zeitung“ ist denn doch solches Anstinnen zu bunt, und beleidigt schreibt sie:

Die Liberalen können dieses Anstinnen den Konservativen zu einem Triumph über die Regierung zu verhelfen, nur als eine Verhöhnung auffassen. Herr v. Zedlitz freilich behauptet, daß der Liberalismus damit eine „patriotische Tat ersten Ranges“, eine „rettende Tat“ vollbringen würde und „zum guten Teil das Maß von Ansehen im Volke wiedergewinnen“ könnte, dessen er in der ersten Zeit nach der Gründung des Reichs sich erfreute. Fürst Bülow wird über diese Bemerkungen des Herrn v. Zedlitz, in heutiger Zeit den Konservativen das Maßgebot im Widerstand gegen die Regierung noch zu stärken, vermutlich noch mehr erstreut sein, als vor 14 Tagen, da ein anderer Führer der Freikonservativen, Abg. Frhr. v. Camp, in der berühmten vom Abgeordneten Normann einberufenen vertraulichen Konferenz eine Erklärung abgab, die die Konservativen sofort als eine Zustimmung zu ihrem Wertzuwachssteuerantrage ausposaunte.

Was aus den zwischen Reichskanzler, Reichschatzsekretär, Konservativen und Liberalen gepflogenen neuen Verhandlungen herauskommt, muß abgewartet werden. Vorläufig bestreitet sogar die „Freis. Ztg.“ noch, daß überhaupt „zwischen den Konservativen und den Liberalen Verständigungsversuche im Gange sind.“ Jedenfalls aber bereitet sich eine Verschiebung der politischen Lage vor. Vielleicht erklärt sich daraus auch, daß ein Teil der Zentrumsblätter eine neue Schwärzung vollzieht, seine scharfen Angriffe auf Bülow und seinen Sohn über die

Verfahrenheit der inneren politischen Lage vorläufig einstellt und den Gedanken vertritt, daß die Regierung durch ihre bisherigen Erklärungen zur Erbschaftsbesteuerung noch durchaus nicht festgelegt und deshalb noch jederzeit in der Lage sei, die Finanzreform mit einer Mehrheit zu machen, die nicht mehr ausschließlich Blockmehrheit wäre. Die „N. ö. Volksztg.“ verteidigt diese Auffassung sogar in einem langen, „Rückkehr zur Besonnenheit“ überschriebenen Leitartikel, der mit folgenden Sätzen schließt:

„Wir unferneits haben selbstverständlich den liberalen Parteien erst recht keine Ratschläge zu geben. Wir stehen aber nicht an, den Wunsch auszudrücken, daß auch die liberalen Parteien sich nur von der Stimme der Besonnenheit beraten lassen mögen. Sie werden auf diesem Wege sicher mehr erreichen im Sinne der von ihnen vertretenen wirtschaftlichen Interessen als durch ein „Wiegen oder Brechen“. Eine einseitige „Herrschaft des Zentrums“ ist tatsächlich gar nicht möglich, wenn die Liberalen nur nicht sich selbst ausschalten; liegt auch gar nicht in unseren eigenen Wünschen, sonst könnten wir es ja nur mit Schadenfreude mit ansehen, wenn sich die Liberalen in eine Sadogasse verrennen, aus der es für sie keine Rückkehr zur Mitarbeit an dem Reformwerk gäbe. Die Einigkeit, mit der das preussische Abgeordnetenhaus die Besoldungsreformen durchführt, ist zwar in der Reichsfinanzreform durch die Parteien nicht ohne weiteres zu kopieren; aber die Finanzreform herauszuheben aus dem Parteistreit, damit sie möglichst das Wert aller staatsbehaltenden Parteien werde, wie seinerzeit andere große Reformen, das sollte doch auch in diesem Augenblicke noch nicht unmöglich sein.“

Die Absicht, die das liberale Blatt mit diesen Ausführungen verfolgt, ist nicht klar. Die Stärkung der Position der Konservativen in ihrem jetzigen Kampf gegen Kanzler und Freisinn dürfte nicht das einzige Motiv sein. Vielleicht hält das liberale Blatt eine liberalkonservative Koalition einwilligen für aussichtslos und hofft, daß wenn alle sogenannten „staatsbehaltenden“ Parteien an der Finanzreform mitwirken, das Zentrum am ersten Gelegentlichkeit findet, seinen Einfluß zur Geltung zu bringen. Daneben verfolgt der Appell an die „Besonnenheit“ der Liberalen zweifellos den Zweck, diese als die eigentlichen Schuldigen hinzustellen, an deren Uebermut das „große vaterländische Wert“ scheitert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Mai 1909.

Rettung der Mittelstandsmüller.

Aus dem Reichstage, 12. Mai. Zwei volle Sitzungen sind dazu verbraucht, um den Parteien, die mit der Mittelstandskretzei kollektieren, eine Demonstration zugunsten der kleinen und mittleren Müller und gegen die Grobmüllern zu ermöglichen. In der ersten Sitzung am 7. Mai hatten die weitläufigen Ausführungen der Befürworter der beiden Anträge Speck und Rösicke auf Einführung einer gestaffelten Mühlenumsatzsteuer soviel Zeit in Anspruch genommen, daß die sozialdemokratischen Redner nicht zum Wort kamen.

Heute erst konnten unsere Genossen R o l k e n b u r h und Binder die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie begründen, indem sie nachwiesen, daß die geplante Erbschaftsteuer oder doch Schikanierung der Grobmüllern weder im Interesse der Arbeiter noch des konsumierenden Publikums liegt.

R o l k e n b u r h zerpflückte insbesondere die Behauptung der Antragsteller, die Mühlenumsatzsteuer sei völlig einflusslos auf die Bildung der Brotpreise. Als ob nicht jede künstliche Verteuerung des Mühlenbetriebes gerade von den Grobmüllern mit Leichtigkeit auf das Produkt abgewälzt werden könnte. Die ganze Heuchelei der angeblich müllerefreundlichen Agrarier deckte unser Redner durch den Hinweis auf, daß die nämlichen Agrarier durch das System der Einfuhrzölle die Ausfuhr des deutschen Getreides künstlich förderten und auf diese Weise gerade den kleinen Müllern den Geschäftsbetrieb erschweren.

Nicht minder brachte der nationalliberale Abgeordnete Hausmann, selbst Müller von Beruf, der für die nicht-agrarische Minderheit seiner Partei sprach, sachverständiges Material gegen die Anträge bei. So richtete er an die Agrarier die Frage, weshalb sie denn die Dreschmaschinen eingeführt und dadurch doch auch Arbeiter brotlos gemacht hätten. Der Maschinenbruch sei obendrein noch gerade nachteilig für die kleinen Müller gewesen. Sei deshalb aber irgend jemand bereit, die Dreschmaschinen wieder abzuschaffen?

Genosse Binder konnte aus Bayern nachweisen, daß dort die anfänglich eingeführte Mühlenumsatzsteuer wieder abgeschafft werden mußte, da sie ihren Zweck völlig verfehlt hatte. Dieses Argument wurde in keiner Weise dadurch entkräftet, daß der Zentrumsabgeordnete Heim, wie sein Kollege Speck anführte, bei jener Gelegenheit den Wunsch nach einer Reichsumsatzsteuer ausgesprochen hatte.

Trotz der durchschlagenden Argumente der Gegner der Mühlenumsatzsteuer wurden natürlich die beiden Anträge mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten nur Sozialdemokraten, Freisinnige und ein Teil der Nationalliberalen.

Beamten- und Lehrerbesoldungen.

Das preussische Abgeordnetenhaus mußte sich am Mittwoch noch einmal mit dem Gesetzentwurf betreffend die Vereinstellung von Beamten zu Dienstverhältnissen befassen, weil das Herrenhaus die Vorlagen in einigen Punkten abgeändert hat, und zwar hat es im Lehrerbesoldungsgesetz die Gehälter gesenkt, dafür die Staatszuschüsse wiederhergestellt, im Beamtenbesoldungsgesetz hat es namentlich die rückwirkende Kraft des Wohnungsgeldzuschusses ab 1. April 1908 gestrichelt. Ueber beide Vorlagen war nun zwischen allen Parteien des Abgeordnetenhauses eine Verständigung erzielt worden, dahingehend, daß die Lehrergehälter überall so bleiben sollen, wie es das Abgeordnetenhaus ursprünglich beschlossen hatte, daß die Staatszuschüsse erhalten bleiben und daß dem Wohnungsgeld für Beamte rückwirkende Kraft verliehen wird. In einigen kleinen Punkten ist dafür das Abgeordnetenhaus dem Herrenhaus entgegengekommen.

Kamens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte V o r g m a n n das Einverständnis mit den Kompromißvorschlägen zum Lehrerbesoldungsgesetz, ohne indes in den Fehler der bürgerlichen Redner zu verfallen, die das Gesetz als wer weiß was Unerreichbares bezeichnet hatten. Vorgmann ließ gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß nach Ansicht der Sozialdemokraten die Lehrer auch nach Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht so gestellt sein werden, wie es ihrem Verufe zukommt, er schaute sich auch nicht, das Herrenhaus, das sich ausnahmsweise einmal als Hüter der Selbstverwaltung gezeigt hatte, gegen das Abgeordnetenhaus auszuspielen. Allerdings suchte der Oberstabsarzt Frhr. v. Z e d l i t z (st. hierauf anzudeuten und Vorgmann den Vorwurf zu machen, daß er die Regierung gegen

die Volksvertretung scharf zu machen, aber treffend riefen ihm unsere Genossen sofort zu, daß das Herrenhaus ebenso wenig eine Volksvertretung sei wie das Abgeordnetenhaus.

Zum Beamtenbesoldungsgesetz präzipierte Genosse Hirsch den Standpunkt unserer Partei, indem er die Erklärung abgab, seine Freunde würden, obwohl alle ihre im Interesse der unteren und mittleren Beamten gestellten Anträge abgelehnt sind, doch für die Vorlage stimmen, damit die Beamten nicht ganz leer ausgehen. Wie berechtigt unsere Anträge gewesen seien, das geht daraus hervor, daß die Reichstagskommission einmütig in demselben Sinne beschloßen habe. Natürlich unterließ es unser Genosse nicht, auch für die Staatsarbeiter höhere Löhne zu fordern und mit aller Energie für die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und Arbeiter einzutreten. Im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Redner forderte Abgeordneter Graf v. d. Groeben (L), Preußen solle seine Stimmen im Bundesrat geltend machen, damit die Reichsbeamten keine höheren Gehälter bekommen als die Staatsbeamten. Für den Finanzminister Freiherrn v. Reihardten war das ein gesundes Pressen, er versprach, sein möglichstes zu tun, um die geplante Gehaltsaufbesserung im Reich zu hintertreiben; ebenso scharf wandte er sich gegen eine Lohnaufbesserung für Staatsarbeiter, die seiner Ansicht nach heute schon förmlich im Golde schwimmen.

Beide Vorlagen wurden einstimmig angenommen, ebenso das Wohnungsgeldgesetz, während die Steuerentwürfe nur die bürgerlichen Stimmen auf sich vereinigten. Unsere Genossen und die Polen stimmten dagegen.

Donnerstag: Fortsetzung der dritten Lesung des Etats. —

Ueber den Arbeitsplan des Reichstages

beraunt, daß bis Mittwoch nächster Woche Plenarsitzungen stattfinden sollen. An diesem Tage würden dann die Pflanzferien beginnen und Plenarsitzungen auch nach Pfingsten zunächst nicht stattfinden. Die Finanzkommission soll erst später in die Ferien gehen, um noch die zweite Lesung der durchberathenen Steuerentwürfe vornehmen zu können. Bestimmte Beschlüsse hat der Senatorenkonvent allerdings noch nicht gefaßt, aber die obige Kombination dürfte im allgemeinen richtig sein. Wie man hört, besteht bei der Regierung die Absicht, zunächst die Tabak-, Wein- und Branntweinsteuer im Plenum vorabzulesen zu lassen, im Sommer eine Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien zu versuchen und dann im Herbst die Besitzsteuer dem Reichstage zugehen zu lassen.

Daß umfangreiche Steuerentwürfe jetzt noch beraten werden können, erscheint nach Lage der Sache völlig ausgeschlossen. Der Reichstag tagt mit Ende dieses Monats bereits volle sieben Monate.

Die Landtagsabgeordneter Imbusch zitiert.

Man schreibt uns:

Der Herr Landtagsabgeordnete Imbusch veröffentlichte in dem führenden Zentrumsorgan, die „Germania“, am 7. Mai einen Artikel unter der Überschrift: „Zum Kampf um die Vergesetznotelle“. In diesem Artikel schließt sich zunächst Imbusch mit der Tagespresse über die Unfälle im Bergbau aus. Weiter empfiehlt er die „christlichen“ Gewerkschaften als die gerechtesten Organisationen den Gegnern gegenüber. Sie hätten auch nicht daran, die „Expropriation der Expropriateure“ vorzunehmen, darum sollten auch die Unternehmer nicht die christlichen Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten in einen Topf werfen. Die Gründe dieser christlichen Anbiederung an die Unternehmer sind uns ja nichts Fremdes mehr. Und daß schließlich Herr Imbusch in dem Artikel den Gewerkschaften „christlicher“ Bergarbeiter als das „festeste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie“ hinstellt, der in einzelnen Revieren diese sogar „siegreich überwunden“ habe, ist zwar von Imbusch gut ausgestellt, hat aber bloß den kleinen Fehler, eine prophetische Erfindung zu sein. Doch wie Herr Imbusch in diesem Artikel mit der Wahrheit umringelt, das mögen folgende Sätze darlegen. Er schreibt:

„Mit welchen Mitteln von den Gegnern eines besseren Bergarbeitergesetzes gearbeitet wird, zeigt auch ein Artikel in der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ vom 1. Mai 1900. Darin heißt es wörtlich: „Wer die Zahlen der Unfallsstatistik im Bergbau genau verfolgt, wird finden, daß sich die Zahl der tödlichen Unfälle stetig gemindert hat, trotz der Einstellung vieler tausender Arbeiter aus fremden Gebieten.“ Wir stellen fest, daß diese Sätze aus sinnemäßig ähnliche in der „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht enthalten sind. Wohl aber finden wir sie in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ am 1. Mai 1900. Aus dieser wird einfach die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ gemacht, und damit ist die Sache für Imbusch erledigt. Würde es sich nicht um einen „christlichen“ Gewerkschaftsführer handeln, wir könnten an einen Schreiberfehler glauben. So aber müssen wir bei den vielen Erfahrungen, die wir mit den „christlichen“ Gewerkschaftsführern gemacht haben, schon annehmen, daß Imbusch bei seiner Fälschung „heilige Absichten“ geleitet haben. Der Artikel macht seit mehreren Tagen die Runde durch die Presse, ohne daß irgendeine Verichtigung erfolgt. Wir müssen darum die obigen Darlegungen Imbuschs, soweit sie die „Bergarbeiter-Zeitung“ als Quelle angeführten Zitats angeben, als eine grobe Fälschung bezeichnen.

Frz. Kolozny.

Der Rabbod-Prozess ist gesichert.

In unserer Meldung, daß sich die Direktoren der Zeche Rabbod jetzt endlich entschlossen haben, den wiederholten Aufforderungen der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ nachzukommen, Strafantrag zu stellen wegen der Verhöhnung des Blattes, daß die Direktion mit Schuld trage an der Rabbod-Katastrophe fragten wir, ob etwa inzwischen die betreffenden Artikel der „Arbeiterzeitung“ verjährt seien. Das ist erfreulicherweise nicht der Fall. Unser Parteiorgan zu Dortmund schreibt zu der Meldung:

„Wenn die Herren von Rabbod nun endlich Strafantrag gestellt haben sollten, so sind sie damit lediglich einer Forderung nachgekommen, die wir reichlich ein Duzend mal erhoben haben. Wir haben sogar entgegenkommenderweise die Anschuldigung, daß die Zecheverwaltung mitschuldig sei an jener Grubenkatastrophe, nachdem die ersten angeblichen Verleumdungen verjährt waren, noch einmal erhoben. Wir sehen dem Prozeß mit großer Seelenruhe entgegen. Die Herren von Rabbod haben getan, was wir forderten, und bei Philipp sehen wir uns wieder.“

Das „allgemeine Wohl“ der Grundbesitzer.

Das „Verl. Tagebl.“ antwortet heute auf unsere Konstatierung, daß es die Wertzuwachssteuer in seinem politischen Teil aufhebe, in seiner Beilage für Grundbesitzer aber die Schöneberger Stadtverordneten bekämpfe, die sich gegen die Winkelsätze der Terrainspekulanten zur Wehre setzen. Daß es auf die Interessen der Grundbesitzer und Terrainspekulanten Rücksicht nehme, weist das Blatt als eine Unterstellung entzweit zurück und versucht den Widerspruch folgendermaßen zu erklären:

„Wir haben die Vorlage bekämpft, weil sie sich als Ausnahmestück charakterisiert (hierbei müßte doch eigentlich der „Vorwärts“ an unserer Seite stehen!) und weil wir sie für gesetzlich unzulässig halten. Warum wir sie für ungesetzlich halten, wird morgen an dieser Stelle eingehend dargelegt werden.“

Das ist ganz schön gesagt, aber leider nicht ganz richtig. Denn in dem kritischen Artikel steht nichts von Ausnahmestück und nichts von Ungesetzlichkeit, vielmehr wird nur davon gesprochen, daß aus

der Vorlage „die größten Vorteile für den allgemeinen Wohlstand der Grundbesitzer“ erwachsen würden. Wenn jetzt das „V. T.“ nach anderen Gründen Ausschau hält, so beweist dies nur, daß es die Unsißhaltigkeit seiner früheren selbst einseht.

Klassengegensätze in der Schule.

Kürzlich wurde im preussischen Landtage Beschwerde erhoben über das Hineintragen von Klassengegensätzen bei der Verteilung der Schüler im Essener Gymnasium. Die Regierung stellte über die vorgebrachten Klagen Ermitteilungen an. Wie jetzt dem „Berliner Sozial-Anzeiger“ berichtet wird, hat der vom Kultusministerium nach Essen entsandte Geh. Oberregierungsrat Dr. Reinhardt die aufgestellten Behauptungen bestätigt gefunden. Aus einer Liste geht hervor, daß in einer A-Klasse die Eltern der Schüler sind: Fabrikdirektoren, Bergwerksdirektoren, Oberbürgermeister, Rentiers und Fabrikanten; in der B-Klasse aber: Schreiner, Vorzeichner, Bureaubeamte, Kanzlisten usw. — Auch die Liste der Oberprima von 1908 und 1909 läßt das Bestreben nach einer Untercheidung ganz deutlich erkennen. Bezeichnend ist, daß in der Oberprima die eine Klasse 15, die andere sogar nur 8 Schüler hatte.

Die Ereignisse in der Türkei.

Neue Hinrichtungen.

Konstantinopel, 12. Mai. Heute bei Tagesanbruch sind in verschiedenen Stadtteilen, darunter in dem in der Nähe des Bildz gelegenen Stadtviertel Beschikafsch, vierundzwanzig Personen hingerichtet. Zu den Verurteilten gehören mehrere Soldaten als Offiziersmörder, einige Offiziere und Hobschas als Aufwiegler zur Revolte vom 18. April und eine Anzahl Matrosen, die den Kommandanten des Panzerschiffes Asar-i-Zevkil ermordet haben.

Bestrafte Truppen.

Konstantinopel, 12. Mai. Die Truppen der alten Garnison, die im Kriegsministerium interniert waren, die Marinesoldaten, die Jäger und Artilleristen, sind heute nach Saloniki geschickt worden, wo sie bei Begeebauten verwendet werden.

Die armenischen Revolten.

Paris, 11. Mai. Der Deputierte Cochin hat angekündigt, daß er wegen der Revolten unter den Armeniern eine Anfrage an die Regierung richten werde. Der Minister des Auswärtigen Pichon wird die Anfrage am Freitag dieser Woche beantworten.

Konstantinopel, 11. Mai. Der Großwesir hat heute eine Deputation des armenischen Patriarchats empfangen. Die Deputation legte Telegramme vor, in denen die Lage der Christen in den armenischen Provinzen, besonders in Rusch und Diarbek, noch immer als bedrohlich geschildert wird. Die Minister gaben die feste Zusicherung ab, daß die Regierung die Ordnung und Sicherheit baldigst wieder herstellen und die Schuldigen bestrafen werde. Der Minister des Innern erklärte außerdem, daß der Wali und der Stadtkommandant von Diarbek abgesetzt würden.

Beschwerden des Bischofs von Adana.

Konstantinopel, 12. Mai. Der armenisch-gregorianische Bischof von Adana sandte aus Kairo an alle Bischöfer die Kopie einer Protestdepeche, welche er an die Kammer, den Senat, den Großwesir und an das Patriarchat geschickt hatte, weil die türkischen Behörden in Tersina ihn an der Rückkehr in seine Diözese verhindert hätten. In einem Begleitbrief verlangt der Bischof einen besonderen Gerichtshof, dem auch fremde Elemente angehören sollen, um die an den Revolten Schuldigen Personen ausfindig zu machen. Ferner wird der Unterstaatssekretär des Ministeriums des Innern beschuldigt, daß er auf den Stellvertreter des Patriarchats eine gewisse PreSSION ausgeübt habe, schließlich wird die Vermittlung der Boten verlangt, damit die Ruhe wiederhergestellt werde.

Verhütung in Kleinasien?

Konstantinopel, 12. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht Depeschen aus dem Wilajet Aleppo, denen zufolge im ganzen Wilajet Ruhe herrscht. Ferner veröffentlicht das Amtsblatt eine Depesche des Wali in Adana vom 10. d. Mts., welche besagt, der Kommandant des englischen Geschwaders habe den Wali besucht, der ihm erklärt habe, daß seit 13 Tagen im Wilajet Ordnung herrsche, und daß an die Opfer Unterjüngungen verteilt würden. Der Kommandant habe erwidert, daß er dies selbst festgestellt habe und erklärt, daß das Geschwader am 11. Mai Resina verlassen werde.

Das Preßgesetz.

Konstantinopel, 11. Mai. Die Deputiertenkammer begann heute die Beratung des neuen Preßgesetzes und nahm einen Antrag an, daß die für die Zeitungen verantwortlich zeichnenden Redakteure die ottomanische Staatsangehörigkeit besitzen müssen. Ueber einen Antrag, als verantwortliche Redakteure nur solche Personen zuzulassen, die ein akademisches Diplom besitzen, entspann sich eine heftige Debatte, worauf die Sitzung abgebrochen wurde.

Frankreich.

Das Mandat Paskal Groussets.

Paris, 10. Mai. (Fig. Ver.) Im zwölften Pariser Arrondissement, das eine starke Arbeiterbevölkerung hat, fand gestern eine Nachwahl statt. Der Bezirk war lange durch den unüßig verstorbenen „unabhängigen Sozialisten“ Paskal Grousset vertreten, der sein Mandat der Glorie des Kommunarden verdankte, die das Haupt des sehr harmlos gewordenen Mannes noch immer umstrahlte. 1900 war er freilich hart bedrängt. Er siegte erst im zweiten Wahlgang. Im ersten hatte er 4090 Stimmen, der Kandidat der geeinigten Partei, Gen. Dubreuilh, 3002, der Radikale Le Foyer 4008 Stimmen erhalten. Diesmal war Le Foyer der eigentliche Kandidat der „republikanischen Konzentration“ und normalerweise hätte er einen großen Teil der Stimmen Groussets bekommen müssen. Aber er gewann gegen die vorige Wahl im ganzen — 60 Stimmen! Die geeinigte Partei hatte diesmal den früheren Gemeinderat Fribourg aufgestellt. Er bekam 4810 Stimmen, was also einen Gewinn von 1200 Stimmen bedeutet. Ein „unabhängiger Sozialist“ brachte es auf 1596, ein „gelber“ Kandidat auf 1559 Stimmen. Ob das Mandat von der Partei gewonnen werden wird, scheint sehr fraglich, aber der Niedergang des Radikalismus zeigt sich auch in dieser Wahl. — Bei der gestrigen Stichwahl in Pas des Calais wurde der „unabhängige“ Sozialist Delcuzza ohne Gegenkandidaten gewählt. Der merkwürdige Herr Delcuzza, der geeinigter Sozialist und Vivianis Kabinettschef zugleich sein will, hatte sich zurückgezogen.

Belgien.

Erregte Studenten.

Brüssel, 12. Mai. Der „Gazette“ zufolge ist es gestern Abend in Brüssel während der Schlaffeier des Universitätsjubiläums zu Straßenkämpfen zwischen wallonischen und flämischen Studenten gekommen. Die Polizei zog blank und verwundete mehrere Personen ernstlich.

England.

Gegen die Seeräuber.

London, 12. Mai. Einem Morgenblatte zufolge beabsichtigt die Admiralität an der Ostküste eine Reserve von hundert Schlepptorbojen zu bilden zu dem Zweck, in Kriegszeiten treibende unterseeische Minen aufzusuchen.

Rußland.

Parische Infamie.

Der Duma-Abgeordnete Genosse Segetschkori hat von den Angehörigen des früheren Duma-Abgeordneten Domtatschew aus Sebastopol ein Telegramm erhalten, daß der schwer kranke Domtatschew, der vor kurzem in einem ergreifenden Briefe gegen die Hinrichtungsgruel im Gefängnis protestiert hatte, zur Strafe aus dem Krankenhaus nach derselben Zelle übergeführt wurde, vor deren Fenster die Hinrichtungsgruel stattfanden!

Zur Maiseier.

Die Maiseier, die in Rußland, ausgenommen Polen und die baltischen Provinzen, nach dem russischen Stile gefeiert wird, ist von unseren Parteiorganisationen energisch vorbereitet worden. Wie das Zentralblatt der Partei, „Der Sozialdemokrat“, mitteilt, hat das Zentralkomitee und eine ganze Reihe von Organisationen zahlreiche Flugblätter herausgegeben, in welchen die Arbeiter zu einem eintägigen Streik und, wo das nicht möglich ist, zur Abhaltung von Massenversammlungen aufgefordert werden. Das Blatt schreibt: „Man wird natürlich nach den äußeren Formen des diesjährigen Protestes, der infolge der schweren Verhältnisse einen sehr bescheidenen Umfang haben wird, nicht über den Grad der Begeisterung der russischen Arbeiter für die Idee der Maiseier urteilen können. Ungeachtet der schwersten Schläge, die die Polizei unseren Organisationen versetzt, haben diese nach den vorliegenden Nachrichten auch in diesem Jahre eine enorme Arbeitsleistung vollbracht, um das russische Proletariat der Idee der internationalen Solidarität des Proletariats nahe zu bringen.“

Der Prozeß Popuchin.

Petersburg, 11. Mai. In dem Prozeß Popuchin erklärte sich der Angeklagte für nicht schuldig. Von den Zeugen sagte der Gendarmeriekommissar Andrejew aus, er habe in Paris die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sozialrevolutionäre bezüglich Azews ausschließlich den Enthüllungen Popuchins geglaubt haben. In den vor dem Gericht verlesenen Aussagen des Chefs der Schutzabteilung Gerassimow sowie Katojevs und Reichslowits werden Mitteilungen über die Tätigkeit Azews gemacht, dank der mehrere Mitglieder der sozialrevolutionären Partei verhaftet worden seien und vielen politischen Worten hätte vorgebeugt werden können. Der Junge Fürst Swiatopolk Mirsky bestritt Popuchins politische Ansichten als die eines gemäßigten Liberalen. Andere Zeugen wiesen darauf hin, daß Popuchin, nachdem er seinen Abschied genommen habe, sich von politischen Angelegenheiten zurückgezogen und den Wunsch geäußert habe, sich ausschließlich privater Tätigkeit zu widmen, sowie daß er nach London im Auftrage der Moskauer Vereinigten Bank gereist sei. Damit wurde das Zeugenerhör geschlossen.

Ein bestrafter Gehilfe.

Petersburg, 11. Mai. Der Vorsitzende des Verbandes des russischen Volkes Dubrobin, der Chefredakteur des „Russkoje Snamija“, ist vom Stadtkommandant mit 3000 Rubel Strafe belegt worden wegen Verbreitung falscher, gegen die Regierung gerichteter erweckender Mitteilungen.

Bulgarien.

Souveränitätsschmerzen.

Sofia, 12. Mai. Als Nachtrag zu dem schriftlichen Ansuchen an alle Großmächte um Aufhebung der bestehenden Kapitulationsrechte und um den Abschluß von Konsular- und Auslieferungsverträgen mit Bulgarien wird die bulgarische Regierung allen Mächten fertige Entwürfe für die genannten Verträge übersenden.

Der „Turquie“ zufolge erteilte die Pforte den türkischen Vorgesetzten die Weisung, bei den Mächten dagegen Einspruch zu erheben, daß König Ferdinand den Titel König der Bulgaren annehme, da aus diesem Titel Zustimmigkeiten bezüglich der Bulgaren ottomanischer Staatsangehörigkeit entstehen könnten. —

Persien.

Die Russen marschieren.

Petersburg, 12. Mai. (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Lager bei Zäbris aus Marand eingelaufene Meldungen über die Ausrüstung der Leute des dortigen Gouverneurs bezogen General Snarski, eine Kompagnie mit zwei Maschinengewehren als Verstärkung der dort befindlichen Truppen zu entsenden mit dem Befehl, die Ordnung in Marand wieder herzustellen.

Hilfstruppen für Teheran.

Zäbris, 11. Mai. Ained Dauleh ist mit den persischen Kosaken im Elmarsh aus Wasminsch nach Teheran abmarschiert. Der Stadtschef der russischen Militärabteilung hat Ained Dauleh heute in Wasminsch besucht. Da die Malschstraße offen ist, so treffen täglich Hunderte von Kamelen mit Warenladungen in Zäbris ein.

Parlamentarisches.

Die Tabaksteuer vor der Finanzkommission.

Die Finanzkommission trat heute entsprechend ihres gestrigen Beschlusses in die Spezialberatung der von der Subkommission ausgearbeiteten neuen Gesetzesvorlage ein. Die gestern mitgeteilten, von den Konservativen beantragten höheren Sätze wurden gegen 6 Stimmen abgelehnt, nachdem der Abg. Müller (Zulda) namens des Zentrums erklärt hatte, daß seine Partei nicht über die Sätze der Subkommission hinausgehen werde. Wenn der Ertrag aus dem Tabak erheblich geringer ist, als die Regierung fordere, so sei das zu bedauern, ändern könne seine Partei es aber nicht.

Eine Ueberprüfung brachte die Abstimmung über die Zoll- und Steuerfrage der Subkommission, denn auch diese wurden und zwar mit Stimmengleichheit (11 gegen 11) abgelehnt. Dafür stimmten Zentrum, Wirtschaftliche Vereinigung, Polen und der Abg. Pasche. Es bleibt also bei den bisher bestehenden Sätzen, die etwas niedriger sind als die von der Subkommission vorgeschlagenen. Angenommen wurde mit 16 Stimmen der Antrag auf einen Zollzuschlag von 30 Proz. Der betreffende Paragraph lautet in seinem ersten entscheidenden Absatz:

Tabakblätter, unbearbeitet und bearbeitet, unterliegen außer dem vorgeschriebenen Zolle einem Zollzuschlag von Dreißig vom Hundert des Wertes. Als Wert gilt der Preis des Tabaks beim Ueberzuge vom Verkäufer (Händler) an den Verarbeiter (Fabrikanten), wobei Rabatt, Zinsvergütung, Zahlungsabzüge unberücksichtigt bleiben.

Die folgenden Paragraphen, welche von der Anmeldepflicht, Wertermittlung, Betriebsanmeldung und Durchführung, Ankaufrecht des Staates bei unzulänglicher Wertanmeldung handeln, wurden im

wesentlichen nach den gemachten Vorschlägen von der Mehrheit gutgehehen.

Ein gleicher Zuschlag von 30 Prozent soll wie bei den Tabakblättern auch von den Zigarren erhoben werden mit dem Unterschied, daß die im Reisfederlehn eingebrachten Zigarren eine andere Behandlung erfahren. Hier soll der Zoll nicht nach dem Wert erhoben werden, weil sich der schwer und nur mit großen Umständen feststellen lasse, sondern der Zuschlag soll nach dem Gewicht, und zwar pro Doppelzentner 800 M. erhoben werden. Ein Antrag der Konföderation, den Zollzuschlag sowohl für Tabakblätter wie für Zigarren anstatt auf 30 auf 70 Proz. festzusetzen, wurde abgelehnt.

Eine lange Debatte entspann sich über die Erhöhung der Inlandssteuer. Bisher beträgt der Satz pro Doppelzentner 45 M. Die Subkommission beantragt, die Steuer auf 50 M. zu erhöhen, während Müller-Kulda und Herold eine Erhöhung auf 60 M. beantragen. Zur Begründung führen die Antragsteller an, daß die Steuererhöhung in einem richtigen Verhältnis zur Zollserhöhung gebracht werden müsse. Der badische Vertreter des Bundesrats und der Zentrumsalgeordnete Jesner treten entschieden für den niedrigen Satz der Subkommission ein und behaupten eine sehr erhebliche Schädigung des süddeutschen Tabakbaues durch Hinaufsetzen der Steuer, weil man nachher den fremdländischen Tabak noch mehr bevorzugen würde als das heute schon der Fall sei. Um die Verschlossenheit des Zentrums nicht zu sprengen, zieht Herold den Antrag auf 60 M. zurück und erklärte, daß seine Partei für den mittlerweile von den Konföderativen eingebrachten Antrag von 54 M. stimmen werde. Der vom Abg. Biemer wieder aufgenommene Zentrumsantrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt und der konföderative Antrag, die Inlandssteuer von 45 auf 54 M. zu erhöhen angenommen.

Zum Schluß beantragt der Abg. v. Nischhofen-Damsdorf die Beschlußfassung über den Zeitpunkt, wann das Gesetz in Kraft treten solle, anzusehen und in die Beratung über die Vandalensteuer einzutreten, weil die Beschlüsse der Kommission seine Fraktion nicht befriedigten. Abg. Biemer gibt die gleiche Erklärung ab. Der Antrag v. Nischhofen wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Die Kommission wird also später in eine Beratung der Vandalensteuer eintreten.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag: Finanzgesetz.

Heimarbeit.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbe-nobelle verhandelte am Mittwoch in sehr eingehender Weise nochmals über die Einführung von Lohnkommissionen in der Hausarbeit. In einer vorhergehenden Sitzung war von dem Vertreter der sächsischen Regierung der Vorwurf gegen die Heimarbeiterausstellung in Berlin erhoben, daß die Angaben über die Löhne der Heimarbeiter unrichtig seien. Nach Ermittlung der sächsischen Regierung sollen die Löhne zum Teil 50 bis 100 Proz. höher sein, als von den Heimarbeitern angegeben. Von dem Abg. Stresemann war diesen Darlegungen hinzugefügt, daß z. B. auf der Heimarbeiterausstellung eine 80jährige Frau genannt wurde, die zu einem Stundenlohn von 3 Pf. arbeite.

Man habe in den Zeitungen in Erzgebirge annonciert, die alte Frau möge sich melden, damit ihr bessere Arbeit zugewiesen werde. Die alte Frau habe sich indes nicht gemeldet. Die Ausführungen machten natürlich den Eindruck, als ob die Angaben der Heimarbeiterausstellung sehr unsicher, wenn nicht unwahr gewesen seien. Genosse Schmidt-Berlin gab heute in der Kommission dem Abg. Stresemann den Namen der „nicht ermittelten“ alten Frau bekannt. Es bedurfte nur einer Nachfrage bei der Organisation der Textilarbeiter, um die Adresse der alten Spitzenklopplerin festzustellen. Dem sächsischen Regierungsvertreter hielt Genosse Schmidt-Berlin nach neuerer Information des Sauborstehers der Holzarbeiter entgegen, daß neue Ermittlungen über die Löhne der Heimarbeiter im Erzgebirge nur die Wahrheit der Angaben bestätigen, die vor drei Jahren auf der Heimarbeiterausstellung gemacht wurden. Es ist dabei festzustellen, daß die sächsische Regierung bei keinem Heimarbeiter war, der dem Holzarbeiterverband seine Angaben gemacht hat, wohl aber war man bei Fabrikanten und Zwischenhändlern der Hausarbeiter. Der Holzarbeiterverband stellt auch heute noch der sächsischen Regierung eine Forderung zur Verfügung, die eine Nachprüfung unserer Angaben möglich macht.

Der Vertreter der sächsischen Regierung erklärte, daß allerdings nicht bei den Personen Erhebungen eingezogen wurden, die in der Heimarbeiterausstellung ihre Artikel ausstellten. Man habe sogar Differenzen in den Löhnen bis 300 und 400 Proz. gefunden. Wegen dieser Art der Nachprüfung der Angaben auf der Heimarbeiterausstellung wandten sich entschieden die Genossen Schmidt und Stadthagen.

Die Debatte, die eine Anzahl Anträge zeitigte, führte noch zu keinem Abschluß. Die Abstimmung wird erst in der nächsten Sitzung erfolgen. Im wesentlichen drehte sich die Debatte um die Durchführbarkeit von Tarifen oder tariflichen Festsetzungen der Lohnkommissionen. Besonders wurde der Vorschlag vom Abgeordneten Enders (fr. Sp.) bekämpft, der insbesondere bei wechselnden Mustern, z. B. in der Spielwarenindustrie einen Tarif für unmöglich hält. Merkel (natl.) glaubt sogar, daß der ganze Industrie ein Ende bereitet wird, wenn Minimallohne festgelegt werden. Die Abgg. Manz (fr. Sp.) und Pauli-Borsdorf (l.) sind prinzipiell gegen jede behördliche Festsetzung der Löhne.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Aus der Partei.

„S. M.“

In der „Frankischen Tagespost“ antwortet Genosse Kurt Eisner auf die Erklärung und den Artikel des Genossen Leuthner im letzten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“. Dabei fällt für diese eine hübsche Charakteristik ab. Eisner schreibt u. a.:

„Leuthner hatte seine Anregung, den Sozialismus kehren-häufig umzuwerfen, in die Form einer heftigen Polemik gegen ganze Scharen reichsdeutscher demokratischer Blätter gerichtet, die in Deutschland unbekannt sind. Das war auch ein redaktionelles Problem der „S. M.“ Dieses Zentralorgan für vierzehntägiges vielstündiges Umlernen des Sozialismus hat nämlich nur eine einzige redaktionelle einheitliche positive Belehrung zur Verfügung: Die Kooperation der deutschen Sozialdemokratie mit dem Links-Liberalismus. Man schalt uns allemal, wenn wir die wirklichen Sünden dieses Liberalismus allzu temperamentvoll feststellten, weil das geeignet wäre, den taktischen Lieblingsgedanken der „S. M.“ zu ruinieren. Wie — und nun wurde die deutsche Demokratie auf einmal in denselben „S. M.“ höchst unanmütlich beschimpft wegen Handlungen und Anschauungen, die ihr gar nicht zur Last zu legen waren! Da war irgendein Klassenfeind oder eine redaktionelle Vertriebsordnung im Spiel. Diese maskierte Adressierung hat nun reichlich das Gute gehabt, daß einer der wenigen Demokraten, mit denen die Sozialdemokratie tatsächlich bis zu einer gewissen Grenze zusammenarbeiten konnte, den Hauptimpuls „alldeutschen Umlernungs-Sozialismus“ recht empfindlich und höchst beschämend abgestraft hat.“

Die „Schwabische Tagung“ bringt zum selben Thema einen Beitrag, indem sie an die Abstrafung der Leuthner, Schippel und Calwer durch den Demokraten Breit-scheid im „Waldbuch“ — wir haben die Stelle seinerzeit zitiert — also anknüpft:

„Es ist beschämend für Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, sich von einem bürgerlichen Demokraten so aburteilen lassen zu müssen. Das Urteil ist nur zu berechtigt. Es trifft aber nicht nur die Leuthner, Schippel, Calwer, sondern in erster Linie den Leiter der „Monatshefte“, der planmäßig darauf ausgeht, neben harmlosen sozialpolitischen Aufsätzen

nur parteipolemische Abhandlungen zu veröffentlichen, die besser in die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gehören würden. Zur Klärung tragen diese ewigen Angriffe auf die Taktik der Partei nicht bei. Sonst mühten auch die Vertreter der gegenteiligen Auffassung zur Mitarbeit an den „Monatsheften“ eingeladen werden. Wir haben aber noch nie davon gehört, daß irgendein Parteigenosse, der die den Ansichten Calwers und Schippels diametral entgegenstehende Auffassung vertritt, vom Leiter der „Monatshefte“ zur Entwidlung seiner gegenteiligen Anschauungen aufgefordert worden wäre. Um die Klärung und Weiterbildung des inneren Parteilebens kann es also dem Herausgeber der „Monatshefte“ nicht zu tun sein, sondern nur darum, seine Zeitschrift in den Augen der Gegner der Sozialdemokratie „interessant“ zu machen — auf Kosten der Partei! Das führt naturgemäß nur zur Erbitterung und Verschärfung der Gegenseite in der Partei.“

Man hört da und dort sagen, in demselben Maße, in dem die Artikel der „Monatshefte“ gegen die Partei ausgeklammert werden, würden auch Zitate aus Arbeiten Kautskys, Mehrings und anderen sogenannten „radikalen“ Parteigenossen fruchtbar. Es ist wahrlich nicht nötig, sich mit dem Inhalt all dieser Zitate einverstanden zu erklären, um den großen Unterschied zu erkennen, der zwischen diesen beiden Methoden der Bekämpfung der Sozialdemokratie besteht. Daß grundsätzliche Thesen, die einseitigen dem unaufgeklärten Spießbürger noch nicht in den Sinn wollen, in aus dem Zusammenhang gerissener Form zum Zwecke der Abklärung vor der Sozialdemokratie verbreitet werden, daß ist den hervorragenden Vertretern der Sozialdemokratie zu allen Zeiten passiert. Das wird auch so bleiben, so lange der erbitterte Kampf zwischen zwei grundverschiedenen Weltanschauungen fort-dauert. Immer werden unsere Gegner unglückliche Formu-lierungen an sich richtiger sozialdemokratischer Gedanken und auch verunstaltete und gefälschte Bruchstücke aus sozialdemokratischen Kundgebungen benutzen als Vogelscheiße im Kampfe wider die Sozialdemokratie. Das ist aber etwas wesent-lich anderes, als wenn alle vierzehn Tage die gegnerische Presse mit Auszügen sozialdemokratischer Schriftsteller hausieren gehen kann, um nachzuweisen, daß die „einsichtigen“, „vernünftigen“ Sozialdemokraten sich zur Auffassung der agrarischen Schönsöbner das eine Mal, der alldeutschen Futurpatrioten das andere Mal usw. bekehrt haben.“

Und das „Volksblatt für Kassel“ sagt:

„Wir haben uns über die Tendenz der „S. M.“ niemals irgendwelchen Täuschungen hingelassen. Nunmehr freuen wir uns, daß aus Anlaß des deutlichen Umlerns „Artikel“ ein Kenner wie Eisner verlangt worden ist, offen heraus zu sagen, wie die Dinge liegen. Nächst den alten Dingen die zahlreichen Partei- und Gewerkschaftsbeamten, Sozialwissenschaftler usw., die von der betrieblichen Geschäftswelt der „S. M.“ mit Agitationsheften versorgt werden, sich darüber klar sein, welchen Zweck sie dienen, wenn sie die „S. M.“ verbreiten. Wenn in einer Gewerkschaft irgend ein Mitglied neben dem Gewerkschaftsorgan ein Privatblatt begründen wollte, um darin zum Gaudium der Gegner „nach-zuweisen“, daß so ziemlich alles unsinnig oder mindestens falsch ist, was die Gewerkschaft lehrt und tut, dann würde man sehr schnell mit einem solchen Blatt fertig sein. Und in der Partei sollen dieselben Gewerkschaftsbeamten schließlich das Gegenteil von dem tun, was als Gewerkschaftler für sie selbstverständlich sein würde!“

Unsere Toten. In Frankfurt a. M. starb im Alter von 48 Jahren Genosse Ernst Stung. Schon unter dem Sozialisten-gesetz hat er eifrig für die Arbeiterbewegung gewirkt. Später fand die Arbeiterbewegung in ihm einen eifrigen Förderer.

Zum Leipziger Parteitag.

Als Berichterstatter über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion ist für den Parteitag in Leipzig von der Fraktion Genosse Ledebour bestimmt worden.

Pölkzliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse.

Vor der Strafkammer zu Offenburg als Berufungsgericht wurde die Privatklage des Kaplans Saur in Oberkirch gegen den Genossen Winter vom Offenburger „Volksblatt“ verhandelt. Vom Schwörrichter Oberkirch war belandlich Genosse Winter zu 30 M. und Kaplan Saur zu 50 M. verurteilt worden. Die Verurteilung Saur erfolgte, weil das Gericht annahm, er sei der Verfasser der anonymen beleidigenden Aufschrift, auf Grund deren Genosse Winter Widerklage erhoben hatte. Die Strafkammer sprach Saur frei. Der Sachverständige, Reallehrer Dr. Aneis in Freiburg blieb auch in dieser Verhandlung bei seiner Auffassung, daß nur Kaplan Saur der Schreiber des anonymen Briefes sein könne. Das Gericht hat sich in dessen diesen eingehend begründeten Darlegungen nicht angegeschlossen. Wegen Beleidigung eines Kaufmanns wurde Gen. Brenner vom „Volksfreund“ zu Braunshweig zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um eine Verwechslung. Der Beleidigte sagte, weil sich die zur Verächtlichmachung bereitete Redaktion des „Volksfreund“ weigerte, ihren Gewährsmann zu nennen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wächung, Metallarbeiter! In der Herbfabrik von Baum in Wilmerdorf, Wabersberger Straße, bestehen Differenzen. Wir ersuchen alle arbeitslosen Kollegen, auf die Inserate der Firma nicht einzugehen und, bevor sie bei der Firma Arbeit nehmen, sich im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Charitéstraße 3, Zimmer Nr. 3, nach den Verhältnissen bei der Firma zu erkundigen. Besonders die Kollegen außerhalb der Stadt, die dies zu beachten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck dieser Zeilen ersucht.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Zum Streit der Darmarbeiter.

In der Versammlung der Streikenden, die am Mittwoch-nachmittag bei Roth, Strahmannstraße 20, stattfand, wurden die verschiednenartigen Versuche der Gesellschaft, Arbeitswillige zu bekommen, beleuchtet. So wurden die Arbeiter der Häute-verwertung gezwungen, in der Darmverwertung zu arbeiten. Ein Arbeiter, der sich weigerte, Streikbrecherdienste zu leisten, wurde sofort entlassen. Die Polizei ist eifrig bemüht, die nützlichen Elemente zu schützen. Unter starker Bewachung wurden diese nach dem Schlachthof gebracht. Vor dem Eingang zu den Arbeitsräumen stehen seit früh morgens drei Schutze. Auch der Sprechmeister der Berliner Fleischreinigung, Herr Dräbert, bemüht sich redlich, Arbeitswillige zu bekommen. Auch vor dem Arbeits-nachweis sowie in den Räumen deselben sieht man Polizeibeamte mit ohne Uniform. Vom Alexanderplatz ging gestern nach-mittag ein Transport von 15 Angemordenen ab. Jedoch gelang es, dieselben vom Streik zu unterrichten. Der Bolter Bloke von der Häuteverwertung, der nebenbei in der Prosastraße 19 eine Gastwirtschaft betreibt, gibt sich besondere Mühe, die Interessen der Gesellschaft wahrzunehmen. Er sagte den Arbeitern: „Ihr müßt arbeiten, sonst werdet ihr entlassen.“ Auch der Zigarettenhändler Max Donaiski, Bornborfer Straße 22, ist zu den nützlichen Elementen übergegangen. — Es wird von den Streikenden dringend ersucht, den Zugang fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz des Gewerkschaftsverbandes der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt fand am Sonntag und Montag in Weichenfels statt. 35 Kartelle hatten 48 Delegierte entsandt, die 70.850 Gewerkschaftsmitglieder vertraten. Für

das Sekretariat der Kartelle, das seinen Sitz in Magdeburg hat, erstattete der Sekretär Undeutsch den Bericht. Die Arbeiten waren sehr umfangreich. Sie bestanden neben einer ständigen Unter-suchung der Arbeit der Gewerkschaftskartelle in der Agitation gegen Verschlechterungen der Arbeiterversicherung, in der Mitarbeit bei Wahlen zu Krankenkassen und Gewerbegerichten, dem Studium der Verhältnisse der Heimindustrie, der Agitation unter den Landarbeitern und dem Gefinde sowie einem umfangreichen Nachschub für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der Berichterstatter beflagte sich darüber, daß von der Generalkommission bezw. von den Gewerkschaftsvorständen das Kartellssekretariat nicht als notwendiges Glied der Arbeiterbewegung betrachtet werde und infolge dessen von jener Seite nicht genügend Unterstützung fände.

Eine Erörterung der Landarbeiterfrage führte zu dem Beschluß, in allen Orten des Bezirkes mit Eifer an die Vorbereitungen zu einer Agitation für den neu gegründeten Landarbeiterverband zu gehen.

Zur Frage der Jugendorganisation wurde beschlossen, in allen Orten die Gründung von Jugendanschlüssen vorzunehmen.

Nach einem ausführlichen Referat des Arbeitersekretärs Wöflinger über die neue Reichsversicherungsordnung wurde eine Resolution angenommen, in der die Bedenken und die Wünsche der Arbeiterschaft zu dieser Gesetzesvorlage zum Ausdruck gebracht wurden. Die nächste Kartellkonferenz soll in zwei Jahren in Dessau stattfinden.

Ämtliche Einschätzung der Christlichen.

Aus Anlaß des Hafnarbeiterstreiks in Passau ist auf dem schwarzen Brett des städtischen Arbeitsamtes in Regensburg folgendes zu lesen:

Sachträger, Tagelöhner (30—40 Mann) werden auf acht Tage nach Passau gesucht. Freie Hin- und Rückfahrt. Anmeldungen Sonntag und Montag. Nur solche wollen sich melden, welche keiner oder der Christlichen Organisation angehören.

Ausland.

Die Tabakarbeiter in den Vereinigten Staaten haben einen schweren Kampf mit dem Tabaktrust zu führen. Der Trust will die Gewerkschaft nicht dulden. Die in den großen Tabakfabriken beschäftigten Arbeiter dürfen keiner Union angehören. Die nationale Vereinigung der Tabakarbeiter hat nur 4200 Mitglieder, trotzdem nach den Angaben des Präsidenten der Gewerkschaft im Laufe der Jahre schon 92.000 Tabakarbeiter organisiert worden sind. In New York sind nur 200 Mitglieder der Union, obgleich etwa 10.000 Personen in der Tabakindustrie tätig sind. Die organisierten Tabakarbeiter verdienen 16 Dollar (66 M.) pro Woche bei achtstündiger Arbeitszeit, aber der Tabaktrust verfügt über 90 Proz. des Tabak-geschäfts. Er zahlt schlechte Löhne, bei langer Arbeitszeit und benutzt, besonders in den Südstaaten, Frauen und Kinder in den Fabriken rücksichtslos aus. Kinder müssen für 1.50 Dollar (6,25 Mark) pro Woche, täglich 12 Stunden, arbeiten. Im Süden, wo es an jeglichem Arbeiterschutz mangelt, befinden sich die meisten Fabriken des Trusts. Die Gewerkschaft sucht ihre Hauptstütze in der Kontrollmarke, um ihre Fabrikate bei allen organisierten Arbeitern kenntlich zu machen.

Soziales.

Ein Schul-Jddl.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 12. Mai: Dem Hausbesitzer Hellwich in Riemegg bei Witterfeld, der Schulvorstandsmitglied ist, war beschwerdend gemeldet worden, daß die Schulkinder des Lehrers Schmidt im Januar bei strenger Kälte morgens immer vor dem Schulgebäude warten mühten, bis der Lehrer das Zeichen zum Eintreten gebe. Die Kinder mühten an der Türschwelle dann die Pantoffel ausziehen und in Strümpfen durch den gepflasterten Hausflur in das Klassenzimmer laufen. Am 29. Januar kurz vor 8 Uhr ging Hellwich nach der Schule, um Kontrolle zu üben. Er sah dann auch den schwarzen Kinder vor dem Schulgebäude, jagte die Frierenden in die Klasse und bemerkte, wie sie ehrfürchtig an der Türschwelle ihre Holzpantoffel in die Hände nahmen und in Strümpfen in das Schulzimmer liefen. Es dauerte aber gar nicht lange, da kamen die Kinder mit den Worten wieder heraufgejagt: „Wir dürfen noch nicht hinein, unser Herr Lehrer ist noch nicht fertig!“ Das Schulvorstandsmitglied rückte dann dem Lehrer, der im Schulhause wohnt, auf die Bude und sagte, daß seine Maßnahmen unzulässig wären; die Kinder könnten sich erkälten, er solle sich in die Klasse scheren, es sei längst 8 Uhr. Hellwich kam deshalb wegen Beleidigung des Lehrers vor die hiesige Strafkammer und der Lehrer verteidigte seine Maßnahme mit dem Hinweis, er könne das Holzpantoffelgeklapper der Kinder nicht vertragen, da er mit zwei Kollegen 365 Kinder zu unterrichten habe. Eine Anordnung, die Kinder mit Holz-pantoffeln nach der Schule zu schicken, habe man nicht befolgt. Hellwich wurde nach humorvoller Verhandlung freigesprochen.

Mühlhäusern Krankenkassenwahl.

Die vor einiger Zeit erfolgten Wahlen der Generalveramm-lungsvertreter zur Ortskrankenkasse Mühlhausen i. Th., bei denen die Liste des Gewerkschaftskartelles siegte, waren bekanntlich von der Regierung für ungültig erklärt worden, weil die Feststellung des Wahlergebnisses nicht sofort nach der Wahl geschah. Der Protest gegen die Gültigkeit der Wahlen war von „nationalen“ Arbeitern erhoben, die bei der Wahl unterlegen waren. — Bei der am Montag erfolgten neuen Vertreterwahl sind die Protestler schmählich unterlegen. Die Liste des Gewerkschaftskartelles siegte mit 140 Stimmen, während die Gegner nur 18 Stimmen auf sich vereinigten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Grubenbrand.

Dortmund, 12. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Grube Graf Schwerin ereignete sich heute infolge zweier Wetterexplosionen ein Brand. Zum Glück ist von den Arbeitern niemand verunglückt. Es besteht jedoch für dieselben eine große Gefahr, da in kurzer Zeit bereits der dritte Grubenbrand auf der Zeche ausgedrohen ist.

Die türkische Verfassungsrevision.

Konstantinopel, 12. Mai. (B. L. D.) Die Kammer beendete heute die erste Lesung der Verfassungsrevision und nahm einen Antrag an, der dahin geht, die Zusammensetzung des Senats solle derart erfolgen, daß zwei Drittel der Mitglieder von der Nation erwählt werden und der Rest von dem Sultan ernannt werde. Der Antrag, alle Prinzen des kaiserlichen Hauses zu Senatoren zu ernennen, wurde abgelehnt. Das Haus nahm sodann einen von einer großen Anzahl Abgeordneter unterzeichneten Antrag an, an die asiatischen Provinzen einen Aufruf zu richten, in welchem die Mohammedaner und Christen zu einem brüderlichen Zusammen-gehen aufgefordert werden. Der Antrag war auch von armenischen Abgeordneten unterzeichnet. — Morgen findet in einer Geheim-sitzung die Beratung des türkisch-bulgarischen Protokolls statt. Wie verlautet, empfiehlt der Kommissionsbericht die Annahme des Protokolls, da die Türkei die schwebenden auswärtigen Fragen regeln müsse, um die Lage im Innern zu beseitigen. Ein unter den Deputierten zirkulierender Aufruf für ein Vertrauensvotum des Kabinetts weist bisher 120 Unterschriften auf. Die erforderliche Mehrheit beträgt 140.

25 Personen getötet.

Milano, 12. Mai. (B. L. D. auf deutsch-italianischem Kabel.) In einem hiesigen Steinbruch fand eine Dynamitexplosion statt, wobei 25 Personen umgekommen sind.

Reichstag.

255. Sitzung vom Mittwoch, den 12. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung der Anträge Speck und Gen. (3.) sowie Dr. Rösche und Gen. (1.) auf Einführung einer gestaffelten Umsatzsteuer für Großmühlen.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Wenn ein Staat in Geldverlegenheit kommt, sind immer viele Leute bereit, neue Steuern zu erheben. Eine größere Geldverlegenheit als die gegenwärtige des Reiches kann es wohl kaum geben. Aber die Antragsteller verlassen uns, daß diese Anträge nicht zu dem Zweck gestellt sind, dem Reiche Geld zu verschaffen, sondern aus ganz anderen Motiven. Der Grund zu diesen Anträgen sei vielmehr in dem warmen Herzen der Antragsteller zu suchen, in dem Herzen, das so warm für eine Anzahl von Kleinbetrieben schlägt, die in dem Gewerbe der Mälerei verschwinden. Der Grundgedanke des Antrages ist: die Kleinbetriebe können die Konkurrenz mit dem Großbetrieb nicht aushalten, der Großbetrieb hat Vorteile beim Einkauf, Vorteile auch dadurch, daß er sich stark am Getreidehandel beteiligt, weitere Vorteile kann er sich durch Benutzung der billigen Wasserkraft verschaffen usw. Will man da einen Ausgleich schaffen, um die Kleinbetriebe konkurrenzfähig zu machen, so müßte man doch die Ursache der Konkurrenzunfähigkeit der Kleinbetriebe beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Rösche bestreitet, daß das Großkapital überhaupt ein Recht habe, sich an dem Mühlengetriebe zu beteiligen. Er meint, das Großkapital dürfe wohl Panzerschiffe bauen und Kanonen verfertigen, in der Mälerei aber liege kein Bedürfnis für den Großbetrieb vor, und deshalb habe das Großkapital nichts darin zu suchen. Würde sich aber das Großkapital auf den Bau von Panzerschiffen und Kanonen beschränken, woher wollte dann Herr Rösche wohl das Geld nehmen, wolle diese Dinge zu bezahlen. Dann würde es ihm wohl schwer werden, die nötigen Steuerquellen hierfür zu finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Großkapital ist nicht auf einzelne Zweige zu beschränken, sondern wird sich überall Geltung verschaffen und überall sich betätigen, wo es seinen Vorteil sieht. Herr Rösche hält es zwar für einen Vorteil, wenn das Großkapital aus der Mälerei entfernt würde. Er sagt, eine Großmühle sei gar nichts anderes als eine Anzahl nebeneinandergelegter Kleinmühlen. In diesen Ausführungen paßt aber sehr wenig, was Herr Speck uns vorführt. Herr Speck sagt, daß in einer Mühle mit 80 Doppelzentner Tagesleistung die Mahlkosten für den Doppelzentner 3,50 Mark betragen, in einer Mühle mit 100 Doppelzentner Tagesleistung nur 2,50 Mark, in einer solchen mit 400 Doppelzentner nur 2 Mark und in einer Großmühle mit 4000 Doppelzentner Tagesleistung sinkt der Mahlohn pro Doppelzentner auf 70 Pf. Da in Deutschland 5,8 Millionen Tonnen Getreide vermahlen werden, so würde der Mahlohn in Kleinmühlen 203 Millionen Mark betragen, in Großmühlen dagegen nur 46 Millionen. Die Differenz der Mahlkosten beträgt also nicht weniger als 157 Millionen Mark und dadurch allein ist schon die Existenzberechtigung der Großmühlen erwiesen, denn es wäre durch nichts zu rechtfertigen, diese 157 Millionen Mark mehr auszugeben, die durch die Großmühlen erspart werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt man, der Rückgang der Mühlen sei ein recht starker. In den letzten 19 Jahren haben die selbständigen Mühlenbetriebe um 14 Proz. abgenommen, während bei den Arbeitern eine Abnahme von 16 Proz. eingetreten ist. Scheinbar hat also eine erhebliche Vergrößerung des Großbetriebes gar nicht stattgefunden, sondern nur eine Verringerung der im Mühlengetriebe tätigen Personen.

Ein Teil des Rückganges ist wohl auf die Ausbildung der Technik zurückzuführen. Die Kleinmühlen leiden aber nicht nur unter der Konkurrenz der Großmühlen, sondern vor allem unter der Konkurrenz der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. Herr Speck wird ja darauf hin, daß die Zahl der Mühlen im Nebenbetriebe sehr erheblich gestiegen ist. Wenn also die Kleinmühlen unter allen Umständen erhalten bleiben sollen, so

ist es doch verwunderlich, daß Herr Speck seinen Antrag nur gegen die Großmühlen richtet und nicht auch gegen die Mühlen im landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn in irgend einem Betriebe erhebliche technische Verbesserungen stattfinden, so steigt selbstverständlich die Produktion. Aber bei Mehl ist das nicht möglich. Wenn der Abfall auch in dem Maße des Wachstums der Bevölkerung steigt, so ist diese Steigerung doch begrenzt und kann durch technische Verbesserungen nicht weiter gesteigert werden, wenn nicht eine beträchtliche Steigerung der Ausfuhr hinzukommt. Unsere Ausfuhr ist aber in den letzten 19 Jahren von 1888 bis 1907 nicht so stark gestiegen, wie unsere Einfuhr. Die größere Leistungsfähigkeit der Großmühlen zeigt sich nicht nur in der verstärkten Produktion, sondern, wie allseitig von Bäckern hervorgehoben wird, in der Lieferung eines gleichartigen Produktes. Herr Speck war auch sehr bange vor einem Mehltrust. Wenn die kleinen Mühlen vernichtet sind, würde der Mehltrust kommen, meinte er, und wie es das amerikanische Beispiel mit dem Fleischtrust hin. Aber ein Mehltrust kann in Deutschland nur dann zustande kommen, wenn die Landwirtschaft ihn will. Der Mehltrust braucht doch zunächst das Rohprodukt, und deshalb kann er nur durch eine

Verfälschung der Landwirte mit dem Großkapital

in greifbare Nähe rücken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Beispiel mit dem Fleischtrust stimmt nicht ganz. Die Gründer des Fleischtrustes waren zum größten Teil auch die maßgebenden Personen bei den Eisenbahnen und konnten die Tarife für das Vieh so festsetzen, daß lebendes Vieh nur nach dem Stig des Trufes hinkommen und der kleine Fleischer überhaupt kein Vieh oder nur zu sehr teurem Preise erhalten konnte. Nun gebe ich zu, daß in der Landwirtschaft ganz besondere Reigungen vorhanden sind, derartige Trusts zu gründen. Das sehen wir an der

Spirituzentrale und am Mischring.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen wird man aber nichts anderes machen können, als daß man einfach die Getreidezölle aufhebt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wenn das nicht geschieht, wird der Mehltrust kommen, dann ist aber die Landwirtschaft daran schuld. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter fragt es sich auch, ob man ohne weiteres auf die Produkte der Großmühlen verzichten kann. Ich behaupte, das geht nicht. Im Gegenteil ist unsere ganze Entwicklung so weit, daß es geradezu ein Verbrechen wäre, wenn man die Großmühlen vernichten wollte. Während im Jahre 1889 eine Mühle auf 1281 Einwohner kam, kam im Jahre 1907 eine Mühle erst auf 2207 Einwohner, die Durchschnittsleistung der Mühlen ist also sehr erheblich gestiegen. Wenn nun Herr Speck durch eine Steuer die Entwicklung zum Großbetrieb hindern oder die Großbetriebe vollständig tot machen will, so frage ich ihn, mit welchem Grunde das allein bei den Mühlen geschehen soll. Diefelbe Erscheinung, daß die Großproduktion sich immer weiter ausdehnt, und die Zahl der Betriebe abnimmt, beobachten wir doch bei allen Gewerben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das zeigen uns ja auch die Ergebnisse der neuesten Betriebszählung. Einen absoluten Rückgang der Betriebe haben wir allerdings bloß bei acht Berufsarten, in den anderen Arten ist zwar eine Steigerung der Betriebe eingetreten, aber die Zahl der Arbeiter ist viel stärker gestiegen, wir haben also auch da eine erhebliche Konzentration. In der Maschinenindustrie, in der chemischen, in der Papierindustrie, in der Baugewerbe, in der Lederindustrie, allüberall sind die Großbetriebe mehr und mehr gewachsen. Und betrachten wir die Berufszweige, in denen eine absolute Abnahme der Betriebe stattgefunden hat, so finden wir in ihnen einen viel stärkeren Rückgang, als wir ihn gerade bei den Mühlen beobachten. In der Textilindustrie zum Beispiel ist die Zahl der Betriebe von 408 000 im Jahre 1882 auf 161 000 im Jahre 1907 gesunken. Ähnlich ist es bei der Metallverarbeitung, in der Industrie der Verarbeitung der Steine und Erden: die Zahl der Betriebe hat sich verringert, während die Zahl der Arbeiter gestiegen ist. Auch in der Bekleidungsindustrie ist es ebenso. Wollen nun überall die Kleinbetriebe verlangen, daß die Großbetriebe derartig besteuert werden, daß überall die Kleinbetriebe fortdauernd konkurrenzfähig bleiben, wie groß müßte man da wohl

die Steuern machen. In der Mälerei zahlt der Kleine an Mahlohn 3,50 M., der Großmüller nur 70 Pf. Hier müßte man also dem Großmüller einen besonderen Strafzoll von 2,80 M. pro Doppelzentner auferlegen. Verlassen Sie das einmal bei den großen Eisenwerken und in vielen anderen Industrien einzuführen, und Sie würden bald sehen, daß Sie so viel Geld einnehmen, daß der Staat oder das Reich gar nicht wüßte, wohin damit, und es würde bald ein Wettbilden in großen Panzerschiffen eintreten. Von Gedanken, man solle den technischen Fortschritt konfiszieren, könnte man beinahe sozialistisch nennen, wenn er nicht so erreaktionär wäre. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würde man nämlich alle Vorteile, die aus dem technischen Fortschritt erwachsen, für die Gemeinschaft fortnehmen, so würde sehr bald für die Großkapitalisten nichts übrig bleiben. Das wäre eine recht wirksame Expropriation der Expropriateure. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Gedanke dieser Anträge ist aber so reaktionär, weil hier nicht die technischen Fortschritte für die Gemeinschaft reserviert werden sollen, sondern der Kleinbetrieb soll aufrechterhalten werden, auch wenn er unwirtschaftlich geworden ist. Die Herren mögen ja die behagliche Stellung eines Kleinmüllers für recht bedauernd halten und sie ihm dauernd sichern wollen; das selbe Recht hätte doch aber auch der Nagelschmied und alle anderen kleinen Handwerker. Wenn wir dann einmal das ganze Kleinbetriebe dauernd erhalten wollen, wohin kämen wir da wohl? Von irgendeinem Wohlstande im Volke wäre da wohl nicht die Rede, sondern eher vom Gegenteil. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In China hat man jahrtausendlang denselben Produktionszustand beibehalten, da kennt man keine Großproduktion, und dieses Land der Kleinbetriebe ist ihr (nach rechts) Idealstaat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man jetzt aus einem Bruchstück in Deutschland China machen will, so sage ich, wir sind dazu nicht Chinesen genug. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Gedanke des Chinesentums regiert allerdings in Deutschland. Erst sucht man uns mit einer Schutzollmauer, einer chinesischen Mauer zu umgeben, und dann will man den technischen Fortschritt erschöpfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Herren sich so sehr über die Kräfte und dergleichen beklagen haben, so ist ihnen zu erwidern, daß sie doch gerade durch die Schutzzölle die Trustwirtschaft begünstigt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Genau das selbe ist in Amerika der Fall gewesen. Die Kapitalisten, die dort für den Hochschutzzoll eintraten, wußten genau, was sie wollten. Und auch bei uns in Deutschland hat man es sehr wohl gewußt. Fürst Bismarck wußte, daß er mit einer derartigen Politik

Millionäre züchtet.

Sie (nach rechts) haben ihn in dieser Politik unterstützt und wundert sich jetzt über die Konsequenzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Großmühlen ist gar nicht so sehr erheblich. Sie finden es aber für bedenklich, daß diese wenigen Großmühlen einen erheblichen Teil des Absatzmarktes an sich gerissen haben und wollen, daß ihnen das, was sie durch den technischen Fortschritt gewinnen, in unserem Neu-China entzogen wird. Da muß ich doch fragen, warum wollen Sie denn mit dem Konfiszieren des technischen Fortschritts erst bei den Walzmühlen anfangen, warum nicht schon früher, um auch den Menschen konkurrenzfähig zu machen, der noch mit der Hand und zwei Maßsteinen mahlt. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Würde Ihr Antrag die von Ihnen gewünschte Wirkung haben, so würde also den Betrieben die Konkurrenz ermöglicht, welche 3,50 M. statt 70 Pf. an Mahlohn zahlen. Das heißt doch aber nichts anderes, als den Preis des Mehles und damit

den Wrotpreis in die Höhe treiben.

(Lebhafte Zustimmung links.) Das einzige, was Sie den Großmühlen zum Vorteil machen, ist ja, daß Sie das Mehl zu billig verkaufen. Als wir bei den Golddebatten auf die Verteuerung des Brotes hinwiesen, wurde von Ihnen behauptet, auf den Mehl- und Wrotpreis haben die Zölle keinen Einfluß, und die Müller und Bäcker wurden von Ihnen der Ausbeutung des Volkes beschuldigt. Jetzt heißt es anders. Jetzt heißt es zu billig, und es muß wieder etwas hervorgebracht werden, um eine Verteuerung des Brotes zu erzielen. (Sehr

Kleines feuilleton.

Die Krebsstudien von Professor Sanfelice. Aus Rom wird uns geschrieben: Nach mehrjährigen Studien über die Entstehung und Heilung des Krebses, die durch das Erdbeben von Messina eine jähe Unterbrechung erlitten, glaubt Professor Sanfelice von der dortigen Universität zu dem Schlusse kommen zu dürfen, daß der Krebs eine allgemeine Infektionskrankheit sei, deren spezifischen Erreger er isoliert zu haben meint. Wie Kuffel, Soa und andere Krebsforscher ist Sanfelice auf das beständige Vorhandensein gewisser sphäroider Körperchen in den krebskranken Geweben aufmerksam geworden. Während andere in diesen Körperchen die Erreger der Krebsgeschwulst gesehen haben, konstatierte Sanfelice durch eine Reihe von Tierversuchen, daß sie durch Einimpfung gewisser Mikroorganismen, nämlich einer Gruppe von Blastomyzeten, entstehen. Er sah daher in diesen Körperchen nicht so wohl die Erreger der bösartigen Neubildung als vielmehr die Produkte einer Abwehr des Organismus gegen die kleinsten Lebewesen, die die wirklichen Erreger des Krebses wären. Er gewann nämlich Kulturen der erwähnten Blastomyzeten, die sich in großer Zahl auf der menschlichen Haut finden und deren Bedeutung für die verschiedenen Gärungsprozesse bekannt ist. Die Logie dieser Kulturen spritzte er Versuchstieren ein und erzielte typische Krebsgeschwülste nicht nur an der Injektionsstelle selbst, sondern auch in anderen Organen. Hieraus glaubt Sanfelice schließen zu dürfen, daß die Mikroorganismen nur durch ihre Logie die Entstehung des Krebstumors herbeiführen und daß auch bei der künstlich wie experimentell zu beobachtenden Verschleppung des Krebses von einer Körperstelle zur anderen nicht eine Wanderung der Mikroorganismen, sondern eine Wirkung ihrer Logie vorliegt. Wenn ihm sonach der Krebs als eine Infektionskrankheit erscheinen mußte und er in den sphäroiden Körperchen das Ergebnis eines Abwehrprozesses des erkrankten Organismus zu sehen glaubte (diese Körperchen zeigten eine starke Vermehrung, wenn man einem krebskranken Tiere das Serum eines anderen krebskranken Tieres einspritzte), so war es logisch, die Herstellung von Antitoxinen zu versuchen. Sanfelice hat wirklich Antitoxine hergestellt, deren Einspritzung bei seinen Versuchstieren (Hunden) den Rückgang und die völlige Verheilung der bösartigen Neubildung in wenigen Monaten zur Folge hatte. Der Forscher hofft, ein großes Institut für Krebsforschung in Italien ins Leben rufen zu können und hat die Zuversicht, in der Forderung seiner Antitoxine bald die Sicherheit zu gewinnen, die die Versuche am Menschen rechtfertigt. Bekanntlich ist in Italien die Sterblichkeit an Krebs und bösartigen Neubildungen beständig im Wachsen. Sie betrug in den Jahren 1887/89 42,7 auf 100 000 Lebende und stieg im Jahre 1906 auf 61,6. In demselben Jahre betrug sie in Deutschland 80,4, in der Schweiz 131, in England und Wales 88,4, in Belgien 51,1 und in den Niederlanden 101,7. Da es sich nach den Arbeiten Sanfelices um einen Krankheitserreger handelt, der außerordentlich verbreitet ist, hätten die Schutzfolgerungen Sanfelices für die Vorbeugung der Krankheit so gut wie gar keine Bedeutung, da sie über die Bedingungen, unter denen der Organismus seine normale Widerstandsfähigkeit gegen den spezifischen Blastomyzeten

einbüßt, keinerlei Anhalt gibt. Die statistischen Arbeiten, die gerade in England auf diesem Gebiete sehr eifrig betrieben werden, dürften auf dem Gebiete der Krebsfrage fruchtbarer sein. Der Versuch, die Serumtherapie für die Krebsbehandlung nutzbar zu machen, stößt auf die besondere Schwierigkeit, daß es sich um eine Krankheit handelt, in der bis jetzt weder klinisch noch experimentell Spontanheilungen beobachtet wurden.

Beton bei Fundierungsarbeiten und im Straßenbau. Die Versuche, bei Fundierungen (sawanniger und mooriger Baugründe) an Stelle der Stiefenbaumstämme den Betonpfeiler zu verwenden, haben, wie der „Bautechniker“ schreibt, so günstige Resultate gezeigt, daß sich auch auf diesem Gebiete die Technik es sich aneignen kann. Verbesserungen zu schaffen. Die ersten Versuche mit dem Betonpfeiler als Ersatz für den Stiefenbaum waren immerhin etwas unvollständig und zeigten auch einige Mängel beim Einrammen in den Erdboden. Die Herstellung dieser Pfeiler erfolgte in der Regel an einem eigens zu diesem Zweck aufgestellten Gerüst, in das die vier resp. achtgedrige Einschulung in vertikaler Richtung hineingemontert wurde. Mit dem Fortschreiten der eingestampften Betonmasse wurde auch die Einschulung verlängert, bis zur gewünschten Länge des Pfeilers. In dieser Stellung verblieb der Pfeiler, bis er eine genügende Härte erreicht hatte. Dann wurde er seiner Umhüllung entkleidet und unter den Hammer gebracht. Trotz der besonderen Vorrichtung, die beim Einrammen angewendet wurde, um den Betonpfeiler nicht zu zerbrechen, ist die Erschütterung in manchen Fällen doch so überaus stark gewesen, daß dadurch die spätere Tragfähigkeit des Pfeilers erheblich herabgemindert worden ist.

Gegenwärtig wendet man eine andere Methode an, die man zuerst in Hamburg freigegeben beobachtet kann. An Stelle des fertigen Betonpfeilers treibt man eine zylindrische, aus Stahlplatten angefertigte Röhre in den Erdboden, die am unteren Ende mit einer spitzen Stahlspitze versehen ist. Die Röhre hat die Form des oberen Teiles eines Zylinderhutes und ist an der inneren Seite mit einem 10 Zentimeter hohen Holz versehen, in den die zylindrische Röhre hineingepaßt. Damit die Röhre nicht durch den Druck von außen zusammengedrückt wird, erhält sie im Innern durch ein zusammengefügtes Eisengerippe, das eng an die Wandungen anschließt, eine Verstärkung, die auch zugleich als Armierung dient. Sobald die Röhre die gehörige Tiefe erreicht hat, wird mit dem Füllen der Betonmasse begonnen. Nach Beendigung dieser Arbeit bleibt die Röhre unberührt, bis die Betonmasse ihre richtige Härte erhalten hat, was in der Regel nach 14 bis 20 Tagen der Fall ist. Dann wird die Röhre mit der Maschine hochgezogen und der Betonpfeiler mit der Stahlplatte bleibt in der Erde zurück. Die neuesten Versuche laufen auch darauf hinaus, die Röhre schon während des Anfüllens langsam und gleichmäßig mit hochzugehoben. Diese Ausführung bezeichnet man mit dem Ausdruck Stimpfverfahren.

Ebenfalls neu ist die Verwendung des armerierten Betons im Straßenbau als Pflaster. Als solches wird er in den Vereinigten Staaten verwendet, und man rühmt ihm auch hierfür eine ganze Reihe von Vorzügen nach. Er ist nicht allein billiger und ausdauernder als andere Pflasterarten, sondern bleibt auch im Gebrauch frei von Brüchen und Spalten, wie sie bei anderen Pflasterungen so häufig durch Stoß oder Temperaturwechsel entstehen. Daher läßt er sich auch bis dicht an die Straßenbahnschienen legen, ohne von

den Rädern ausgefahren oder nennenswert beschädigt zu werden. Die größte Empfehlung für das Betonpflaster aber liegt in der Tatsache, daß es auch bei stärkster Abnutzung stets rauh bleibt und nie schlüpfrig wird.

Erkrankungsgefahr durch Roheis. Die Verwendung von Eis ist in der jetzt wieder herankommenden Jahreszeit nicht nur von außerordentlich großer Annehmlichkeit, sondern auch von hohem Wert für die Frischerhaltung der Nahrungsmittel. Zeigt sich dies schon im einzelnen Hausstand, so ist es in viel größerem Maße beim Handel und der Industrie der Fall, soweit sie sich mit der Erzeugung und dem Vertrieb von Nahrungsmitteln beschäftigen. Nun bringt der Gebrauch von Eis leider aber auch schwere Gefahren mit sich, da es fast immer Gallerien enthält. Im Kunsteis sind es zunächst nur wenige und harmlose Keime. Dagegen ist erwiesen, daß Natureis sehr häufig viele lebensfähige krankheitserregende Bakterien einschließt. Welche Bedeutung die Rücksicht auf diese Gefahr für die Volksgesundheit hat, weist Dr. Conrad in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ an dem Beispiel der Fleischvergiftung nach.

Es sind Fälle vorgekommen, in denen die Keime des falschen Typhus oder Paratyphus, wie die durch eine solche Vergiftung entstehende Krankheit genannt wird, dadurch ins Fleisch gelangt waren, daß dieses zur Konservierung einfach auf ein Stück rohes Eis gelegt worden war! Sollte schon die einzelne Hausfrau diese Gewohnheit als gefährlich ablegen, so ist die Verwendung von Natureis in unmittelbarer Verbindung mit Nahrungsmitteln in größeren Aufbehaltungsräumen auf keinen Fall zu tun. Dr. Conrad weist nach, daß durch die gleiche Verwendung von Eis sogar Wurstvergiftung entstehen kann. Es ist nämlich durch Tierärzte festgestellt worden, daß manche Fleischer im Sommer in das für die Wurst bestimmte Hackfleisch keine Eisstücke hineintun, was gleichfalls aufs strengste verboten werden sollte. Endlich muß auch den Eisgetränken große Aufmerksamkeit zugewandt werden, da sie selbstverständlich ebenso schädlich werden können, falls zu ihrer Kühlung Natureis benutzt wird. Man sollte es sich einfach zur Regel machen, für alle Zwecke, die mit der Zubereitung oder Konservierung von Nahrungs- und Genussmitteln im Zusammenhang stehen, ein für alle mal nur Kunsteis zu verwenden.

Notizen.

— Ferdinand von Reguice, der bekannte Zeichner „Simplicissimus“, ist vorgestern (wie wir bereits in einem kurzen Telegramm meldeten) dem Verleger des Blattes, Albert Langen, im Tode gefolgt. Beide Männer, die dem „Simpel“ so kurz nacheinander wegstarben, sind knapp 40 Jahre alt geworden. Reguice's Lieblingstier ist dem Unstunde zuzuschreiben, daß er hübsche, zierlich gezeichnete Bilder machte und nicht in die Tiefe ging. Der knisternde, rauschende, schwebende, tanzende „Frontrou“ Interieur war seine Domäne, das müßige Treiben der Verbrüderung, Liebesgeheiß, ihrer feingekleideten, noch lieber aber ihrer halb dreiviertel oder ganz entleierten Damen und Dämonen hat er mit raffinierter Grazie gezeichnet. Seine Kunst kam auch großen Firmen zugute, die sich leisten konnten, ihre Reklambilder von einem Reguice oder seinesgleichen machen zu lassen.

Wahr! bei den Soziald.) Daß wir gegen eine derartige Steuer sind, liegt klar auf der Hand. Wir werden geschlossen gegen eine Steuer stimmen, die geeignet ist, das Erbeittern das Brot zu verteuern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Kamp sagt, die Kleinbauern haben ein Interesse an der Erhaltung der Kleinmühlen. Nun, Sie können ihnen ja Beschäftigung geben und einen Wohlstand zahlen, von dem sie existieren können. Aber wenn der Bauer, namentlich der Großgrundbesitzer, sein Getreide nicht vermahlen läßt, sondern verkauft und dann noch mit den Einfuhrzöllen Geschäfte macht, so gehen die Müller daran bankrott, daß die Landwirtschaft ihnen nicht genug zu tun geben, und dafür sollen dann die Städte bestraft werden. Ein solches Gebahren können wir nicht mitmachen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir können uns nicht dazu hergeben, irgend einer Besteuerung einer besonderen Klasse von Leuten Vorschub zu leisten. Die Steuer würde ja nicht den Großmüller allein treffen, sondern soll auch den Zweck haben, das Mehl zu verteuern, und diesem Zweck widerstreben wir. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Würden wir den Wünschen der verschiedenen Petitionen nachgeben, so würde die Steuer für die Großmühlen so hoch werden, daß das Mehl einen horrenden Preis bekäme. Mit derartigen Steuern sollen Sie uns fernbleiben. Sie (nach rechts) sprechen von einer mäßigen Lage, in welche die Müller gekommen sind. Nun, diejenigen, denen es gelungen ist, ihren Betrieb zu vergrößern, werden kaum davon sprechen, nur bei denen ist es der Fall, die den Konkurrenzkampf nicht führen konnten, entweder zufolge schlechter Einrichtungen oder zufolge ihrer unglücklichen Lage. Soll nun, damit diesen geholfen wird, das ganze Mehl teureres Brot haben? Das wäre ja die Folge Ihres Antrages. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie haben ja gesagt, der ganze Mehlstand besteht darin, daß die Großmühlen das Mehl zu billig verkaufen, aber den Weg, das Mehl zu verteuern, werden wir nicht mitgehen. Was würden wohl die verschiedensten Lebensbedürfnisse auch die des Müllers kosten, wenn wir überall den Großbetrieb ausschalten wollten! Wenn wir das Garn mit dem Spinnrad herstellen, das Zeug mit der Hand weben wollten! Würden wir wieder zum Kleinbetrieb zurückkehren, so würden wir das ganze Volk in eine schwere Kollage bringen. Wirtschaftlich würden wir dem Volke nichts nützen, in kultureller Hinsicht aber ihm unermesslich schaden. (Lebhafte Zustimmung links.) Eine derartige Chinesenpolitik machen wir nicht mit. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gothein (fr. Bg.): Wenn man den Inlandsabgab der deutschen Landwirtschaft steigern will, warum fördert man dann durch die Einfuhrzölle die Ausfuhr? (Sehr gut! links.) Ueber die Lage der Mühlenindustrie hat man uns hier nicht weniger als drei grundverschiedene Statistiken präsentiert. Herr Sped hat mit durchsichtigen Liebetreibungen gearbeitet. Der Prozentsatz der eingegangenen Mühlen ist keineswegs so sehr bedeutend; außerdem befinden sich darunter abgebrannte Mühlen usw. Ebenso hat Herr Keuner übertrieben; man muß beinahe annehmen, daß er aus Einnern Keuner macht. (Aufrufe und große Heiterkeit.) Herr Sped wie Herr Keuner verschweigen, daß die Steigerung der Zahl der Landwirte, welche Mühlen im Nebenbetriebe betreiben, den Rückgang der selbständigen Mühlenbetriebe mehr als aufwiegt. Der Rückgang trifft zudem durchweg lebensfähige Zweigbetriebe, während die größeren Kleinbetriebe und die Mittelbetriebe zugenommen, zum Teil beträchtlich zugenommen haben. (Hört! hört! links.) Der Anteil der Mittelbetriebe an der Gesamtproduktion hat zugenommen, der der Großmühlen hat abgenommen. Wie kann man da von einem Untergang der Mittelbetriebe sprechen? Gewiß hat die Zahl der in der Mühlenindustrie beschäftigten Arbeiter um 7 Proz. abgenommen. Aber in der Textilindustrie bewegt sich die Abnahme in unergleichlich höheren Prozentsätzen, bis zu 34 Proz. (Hört! hört!); danach hat aber kein Dahn, nicht einmal hier im Hause (Große Heiterkeit) geträht. Selbstredend ist der Einzelne zu beklagen; die technische Entwicklung führt nun aber einmal zur Ersparnis von Arbeitskräften. Es ist traurig, wenn ein armer Wassermüller zu Grunde geht, aber will man darüber die Ueberlegenheit der Dampfmaschine über die Wassermühle verkennen oder künstlich unterbinden? Und geht nicht gerade der Großgrundbesitz immer mehr dazu über, sein Getreide selbst zu schrotten, statt es wie früher zum Müller zu bringen? Das ist wirtschaftlich vorteilhafter, aber mittelstandsfreundlich ist es nicht. (Sehr gut! links.) Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die selbst Mühlen haben oder mit Großmühlen in Verbindung stehen, tragen weiter zum Niedergang der Kleinmühlen bei. — Ich habe eine Anzahl privater Informationen erhalten, die ich aber nicht so ohne weiteres benutzen, sondern vorher, um einen richtigeren Durchschnitt zu erhalten, tüchtig durcheinandermischen will, besser als die Agrarier die Wahlen mischen. Meine Informationen besagen, daß die meisten, weitaus die meisten Unterzeichner der Petition der Mittelmüller Leute sind, denen es durchaus gut geht. (Hört! hört! links.) Es ist geradezu empörend, daß solche Leute mit unwahren Klagen dem Reichstag unter die Augen treten. Von Kleinmüllern wird vielfach behauptet, daß nicht die Großmühlen, sondern die Mittelmühlen ihre schlimmste Konkurrenz bilden. (Hört! hört!) Die Transportkosten, die natürlich bei großer Entfernung wachsen, verhindern, daß die Mittelmühlen von den auf einen großen Rayon angelegenen Großmühlen verschlungen werden. — Die praktische Wirkung der Mühlenumsatzsteuer würde sein, daß gerade das herbeigeführt wird, was ihre Verfechter verhindern zu wollen erklärten: die Vertreibung der Mühlenindustrie, die sonst in keiner Weise zu befechtigen ist. — Falsch ist auch die Behauptung, mit der die Mittelmüller die Agrarier für sich gewonnen haben, daß die Großmühlen viel auswärtiges Getreide vermahlen. Die Königsberger Wassermühle, die Breslauer Mühlen usw. verarbeiten kein oder so gut wie kein ausländisches Korn; dagegen vermahlen die meisten Unterzeichner der Mittelmüller-Petition ausländisches Getreide, zum Teil zu hohen Prozentsätzen. (Hört! hört! links.) Ich will nochmals warnen vor dem abschüssigen Wege, den man mit diesem Antrage einschlägt. (Beifall links.)

Abg. Beck-Risch (B.) (im einzelnen schwer verständlich) wendet sich gegen den Korredner. In einer Protokollerklärung werde die geschaffene Mühlenumsatzsteuer in keiner Weise führen. Ebensovienig werde sie ruidn für den Großmüllereibetrieb sein.

Abg. Hausmann-Hannover (natl.) erklärt sich mit der Bezeichnung der Anträge an eine Kommission einverstanden unter der Voraussetzung, daß diese zunächst einmal eine gründliche und unparteiische Enquete veranstalten würde, ehe sie ein so bedenkliches Mittel wie die Umsatzsteuer in Vorschlag bringen werde. In vielen Gegenden leiden die Kleinmühlen viel mehr unter der Konkurrenz, die sie sich unter einander bereiten, als unter der Konkurrenz der Großmühlen. (Hört! hört!) Daher beteiligen sich die Mittel- und Kleinmüller von Sachsen, Oldenburg und anderen Strichen Mitteldeutschlands nicht an der Forderung einer Umsatzsteuer. Wenn übrigens die Verminderung der Arbeiterzahl in einem Beruf an sich als ein Uebel angesehen wird, so muß man doch darauf aufmerksam machen, daß die Landwirtschaft viel mehr Arbeiter ausgezehlet hat, als die Großmühlen. (Zustimmung links.) Die Tendenz des Antrages ist die Vertreibung des Mehlens; durch solche Maßregeln kann man dem Mittelstand nicht helfen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Münster (fr. Bg.): Daß die Vöckervereinigungen sich für die Mühlenumsatzsteuer ausgesprochen haben, wie Herr Beck-Risch behauptete, muß ich bestritten. Daß eine Anzahl von Kleinmühlern sich in einer Kollage befinden, gebe ich zu; aber das vorgeschlagene Mittel würde dem nicht abhelfen. Der Rückgang der Kleinmühlen, der sogenannten Vollmühlen, datiert nicht erst aus der letzten Zeit, sondern ist bereits in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts ein. Die Kleinmühlen gehen nicht wegen der Konkurrenz der Großmühlen zurück, sondern weil die Landwirtschaft ihnen die Aufträge entzieht. Die Landwirtschaft selbst ist es, die den Kleinmühlern das Lebenslicht ausbläht. (Sehr richtig! links.)

Abg. Vinde (Soz.):

Bei der Nachlasssteuer fällt die Rechte der Regierung in die Arme. Das Zentrum kommt der Rechten zu Hilfe und sucht einen alten Ladeuhner heraus, die Umsatzsteuer. Gerade in der Mühlenindustrie ist in den letzten Jahren Fortschritt auf Fortschritt gefolgt. Auch in Bayern hat man ein Steuergesetz gemacht, wonach die Steuer für die Mühlen nach dem Maßquantum berechnet werden sollte. Ein Mühlenbesitzer, der unter dieses Steuergesetz noch nicht fiel, hielt das für eine große Lat. Als er aber das Jahr darauf auch darunter fiel, da war es plötzlich ein großes Uebel. Der Schaden, den die Mühlenumsatzsteuer anrichtet, würde noch viel größere Dimensionen annehmen, wenn sie eine Steuer für das ganze Reich wäre. Die Mühlenindustrie wird dadurch ins Ausland gedrängt und damit ist dem Müllergewerbe nicht gedient, sondern es ist vernichtet und dem ganzen Volke ist geschadet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind gegen solche Steuern, die als eine Kopfabgabe wirken, und bei denen außerdem noch die Möglichkeit besteht,

eine Liebesgabe einzurichten,

so daß das Volk noch mehr bezahlt. Auch die bayerische Gesetzgebung wollte auf diesem verkehrten Wege dem Mittelstande nützen. Die Regierungsvorlage kannte damals die Mühlenumsatzsteuer noch nicht. Aber das Bestreben, dem Mittelstand zu nützen, brachte es fertig, daß im Ausschuss die Besteuerung nach dem Maßquantum vorgeschlagen und mit dem ungeheuren Satz von zwölf Mark pro 100 Doppelzentner in erster Lesung angenommen wurde. In der zweiten Lesung ging man auf sechs Mark herunter. Aber die Kammer der Reichsräte, die doch ganz sicher eine fiskalische Ader hat, genehmigte das nicht, und dann begann der Kuhhandel, den man ja gerade in Bayern sehr gut versteht (Heiterkeit), und schließlich kam ein Kompromiß zustande, wonach die Mühlen drei Mark pro 100 Zentner versteuern. 100 000 M. Steuern mehr zahlen die Mühlen infolge dessen in Bayern als in Baden. Halten wir an dieser Steuer fest, so wandern die Mühlen aus Bayern aus, aber nicht nach dem Grundlag: Das Wandern ist des Müllers Lust. (Heiterkeit.) Um die Steuer schmackhaft zu machen, nennt man sie eine Schupfsteuer für den kleinen Mann. Aber der Rotzfreier der kleinen Müller nach dieser Steuer gleicht dem Rotzfreier eines Ertrinkenden, der sich an einem Strohhalm hält. Mit einer solchen Steuer kann man ihm nicht helfen. Das ist nur Kurpfuscherei, die dem einen helfen will, indem sie dem anderen Gift gibt. Kommt die Mühlenumsatzsteuer, dann werden auch andere Steuern kommen. Die Arbeiterverhältnisse sind in den Großmühlen besser als in den Kleinen. Eine Bundesratsverordnung vom 20. April 1900, welche in den Dampfsmühlen eine Arbeitszeit von 14 Stunden und in den Windmühlen von 18 Stunden zuließ (Hört! hört!), hat nicht verhindern können, daß mancher kleine Müller trotz dieser langen Arbeitszeit zugrunde gegangen ist. Eine Großmühle in Ludwigshafen würde noch den verschiedenen Vorschlägen der Umsatzsteuer teilweise über eine Million Steuern zu zahlen haben. Katästlich würde der Betrag auf die Konsumenten abgewälzt werden. Als in Bayern die Steuer aufgehoben werden sollte, waren Zentrum und Liberale einstimmig dafür. (Hört! hört!) Dagegen waren nur die Bauerabwärtler und einige Mittelstandsbetretter. Die Wirkung der Umsatzsteuer wird sein eine Schädigung des Inlands, ein Vorteil für das Ausland und eine Verteuerung der Lebensmittel. Die Folge davon sind neue Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Arbeiter werden auf Verbesserung ihres Arbeitsverdienstes drängen und die Beamten tun das Gleiche, wenn auch in anderer Form, aber ihre Sprache ist heute unzweideutiger als früher. Diese Kämpfe können Sie sich eripieren. (Bravo! bei den Soz.) Schon der Umstand, daß die Großmühlen nicht mit der Pflanzfundschaft in direkte Verbindung kommen, sichert den mittleren und kleineren Betrieben einen gewissen Umsat. An der Vermahlung inländischen Getreides sind die Großmühlen prozentual ebenso beteiligt wie die kleinen und mittleren Betriebe. Wenn auch ausländisches Getreide vermahlen wird, so liegt das eben daran, daß die deutsche Landwirtschaft den Mehlbedarf nicht deckt. Wir lehnen die Anträge ab, weil wir zu keiner weiteren Verteuerung des Brotes unsere Zustimmung geben können. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Das Schlusswort als Antragsteller erhält

Abg. Sped (B.), der gegen die Abgg. Gothein, Mollenhuth und Binder polemisiert. In der bayerischen Kammer haben Zentrum, freie Vereinigung und Liberale für die Mühlenumsatzsteuer gestimmt; nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen und nahmen damit wieder einmal die Interessen des Großkapitals wahr. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gerade der vom Vorredner herorgehobene Misserfolg der Umsatzsteuer in Bayern spricht für die Notwendigkeit einer Reichsumsatzsteuer. Die Sozialdemokraten wünschen natürlich möglichst viele selbständige Betriebe vernichtet. Das Allgemeininteresse aber spricht für unseren Antrag. Wir haben mit ihm genau wie 1902 bei den Voten die Absicht, der landwirtschaftlichen Inlandsproduktion unseren Inlandsmarkt zu sichern. In seiner Großsicht gegen die Mühlenumsatzsteuer hat Herr Gothein Doppelzentner mit Tonnen verwechselt. (Lebhafte Hört! hört! und Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Nach einem weiteren kurzen Schlusswort des Abg. Dr. Köstke (L.) werden die Anträge Sped und Köstke gegen die Stimmen der freisinnigen, Sozialdemokraten und einiger Nationalliberalen angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Münzgesetz, Bankgesetz.)
Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

86. Sitzung vom Mittwoch, den 12. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Rheinbaben.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der vom Herrenhaus zurückgelangten Besoldungsgesetze für Beamte, Lehrer und Geistliche. Die Beratung beginnt mit dem Lehrerbefoldungsgesetz. Hierzu liegt ein von allen Parteien unterzeichneter Antrag Schiffer (natl.) vor, der gegenüber der Fassung des Herrenhauses folgende Veränderungen enthält. Die Lehrerschüler sollen überall so bleiben, wie es das Abgeordnetenhaus beschlossen hatte. Insbesondere sollen auch die Alterszulagen und die Zulagen für erste und alleinstehende Lehrer unverändert bleiben. Bei der Richtenschildigung sind die ursprünglichen Beschlässe des Abgeordnetenhauses dahin geändert, daß die Minimalsätze verringert worden sind. Eine Konzession ist dem Herrenhaus nach der Richtung gemacht, daß die Staatszuschüsse nach der ursprünglichen Regierungsvorlage und auf Grund der bisherigen Gesetze erhalten bleiben sollen. Endlich wird die rückwirkende Kraft des Gesetzes vom 1. April 1908 an aufrecht erhalten.
Abg. Schiffer (natl.): Es handelt sich um ein Kompromiß; die ganze Materie ist in drei Teile geteilt und bei jedem Teil soll ein Redner für alle Parteien sprechen. Damit soll dokumentiert werden, daß das Haus einig ist auch nach den Beschlässen des Herrenhauses. Das Haus hat damit bewiesen, daß es in der Lage und Willens ist, den Wettbewerb der Parteien auszuhalten, wo es sich um große Fragen allgemeiner Natur handelt. (Bravo!) Es hat gezeigt, daß bei allen Parteien im gleichen Maße staatsmännisches Empfinden für das, was zu leisten ist, vorhanden ist. (Bravo!) Das Problem der Beamtenbesoldung ist in der Tat ein Problem, das die Staatsinteressen zentral berührt. Wir mühten sehen, die Ansprüche der Lehrer nach Möglichkeit zu berücksichtigen und andererseits Rücksicht auf die Steuerzahler nehmen. Daß beides gelungen ist, beweist die Tatsache, daß alle Parteien einig sind. Es waren zur Herstellung dieser Einigkeit schwere innere und äußere Schwierigkeiten zu überwinden. Daher bin ich fest überzeugt, daß auch

das Herrenhaus sich dem Einverständnis dieser Einigkeit nicht entziehen wird. Wenn im Herrenhause ausgesprochen wurde, man müsse an seinem Standpunkte festhalten, auch wenn das Gesetz daran scheitern sollte, so lehnen wir es ab, mit dem Gedanken des Scheiterns der Besoldungsvorlagen zu spielen, so lange noch irgend eine Einigung möglich ist. (Bravo!) Wir haben durch unsere Vorschläge die Brücke zu einer Verständigung, die das Herrenhaus verlangt hat, geschlagen. Deshalb wünschen und hoffen wir, daß auch das Herrenhaus Opfer bringt, damit wir sehr bald zu einem Schluß kommen; denn je schneller das Herrenhaus dahin wirkt, daß die Besoldungsfrage zu Ende geführt wird, desto größer wird sein Verdienst sein um die Beamten und unsere Lehrer und um den Staat und unser Vaterland. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Marx (B.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Kompromiß.

Abg. Gassel (fr. Bg.): Uns kam es vor allem darauf an, nachdem die Vorlagen aus dem Herrenhause zurückgekommen waren, die Verbesserungen festzuhalten, mit Rücksicht auf die wir dem ersten Kompromiß zugestimmt hatten. Wir bedauern, daß die einzig Leidtragenden bei dem Kompromiß die großen Städte, vor allem Berlin, sind. Wir wollen aber die Einzelinteressen zurücklassen hinter den Interessen der Allgemeinheit. Man muß sich seine Grundzüge auch etwas leisten lassen. (Bravo! links.) Uebrigens hat der Gang der Beratungen die Behauptung zu schänden gemacht, als ob wie Liberalen lediglich die Interessen der bayerischen Lehrer vertreten. (Sehr richtig! links.) Angehts der Leiden, die hier die Städte wieder auf sich nehmen, möchte ich an die Regierung den Appell richten, nun aber auch die Rechte der Städte auf Selbstverwaltung im Schulwesen nicht mehr so zu beeinträchtigen, wie das bisher geschehen ist. (Bravo! links.)

Abg. Borgmann (Soz.):

Das Stadium, in dem sich die Vorlage befindet, erübrigt es, auf Einzelheiten einzugehen. Die etwas hoch gestimmten Ausführungen des Herrn Schiffer kann ich mir nicht in allen Punkten zu eigen machen. Mit dem materiellen Inhalt seiner Ausführungen bin ich einverstanden. Freilich sind unsere Wünsche in bezug auf die Lehrerbefoldung keineswegs voll erfüllt, und ich glaube auch sagen zu dürfen, daß auch die Lehrer selbst mit der Form, in welcher das Gesetz erlassen werden soll, nicht in vollem Maße einverstanden sein werden. Wenn wir trotzdem dem Kompromiß zustimmen, so deshalb, weil wir es für unbedingt notwendig halten, endlich einmal das Gesetz zur Verabschiedung zu bringen und in der Anfechtung, daß es im mehr als ein Fortschritt zu bezeichnen ist. Es wurde hier und auch im Herrenhause der Meinung Ausdruck gegeben, als ob sich die Agitation der Lehrer in Bayern bewegt hätte, die der Würde ihres Standes nicht entspreche. Ich kann mich diesem Urteil nicht anschließen, sondern meine, daß nach Lage der Verhältnisse, in welchen sich der preussische Lehrerstand seit Jahren befindet, es durchaus als berechtigt bezeichnet werden muß, wenn die Lehrer nun endlich einmal mit Energie für ihre Interessen eintreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem die Lehrer jahrelang immer wieder betrübt oder nur mit ganz geringen Verbesserungen abgepeist worden sind, ist ihre Erregung wohl verständlich. Vor einigen Tagen ist hier die Frage erörtert worden, ob den Mitgliedsen dieses Hauses freie Fahrt auf den preussischen Bahnen gewährt werden soll, und das Haus hat sich über die Haltung der Regierung dabei sehr aufgeregt. Wenn Sie solcher kleinen Dinge wegen sich schon aufregen, wie viel mehr hat dann die Lehrerzunft ein Recht, sich aufzuregen, wenn man ihre berechtigten Wünsche so lange unberücksichtigt läßt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was die Zuschüsse selbst anlangt, so sind wir durchaus einverstanden mit der Herstellung der alten Form der Alterszulagen und ebenso mit der Wiederherstellung der gestrichenen 100 M. an erste und alleinstehende Lehrer. Gerade diese Lehrer verdienen die Zulage besonders als eine Prämie dafür, daß sie jahrelang auf einem schwierigen Posten ausgehalten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wichtigste ist nun die Frage der Zuschüsse. Das Herrenhaus hat sich hier dem Abgeordnetenhaus gegenüber als Schützer der Selbstverwaltung gezeigt. Selbst wenn wirklich einzelnen Gemeinden Zuschüsse zufließen sollten, die nicht voll berechtigt erscheinen, so ist mir die Sicherung der Selbstverwaltung viel mehr wert als diese Unstimmigkeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Gefahr für die Gemeinden, alljährlich bei Aufstellung ihres Etats mit einem sicheren Faktor rechnen zu müssen, ist sehr groß, und ich kann es durchaus den Vertretern der Städte im Herrenhause nachsagen, daß sie gegen diesen Eingriff in die Selbstverwaltung energisch Front gemacht haben. Sollten sich Unzuträglichkeiten im einzelnen herausstellen, so wird man schon für Abhilfe sorgen; jedenfalls können diese Unzuträglichkeiten niemals so groß sein, als wenn die Beseitigung der Staatszuschüsse erfolgt wäre. Die Regierung hat leider in dieser ganzen Frage eine wenig entscheidene Stellung eingenommen. Graf Voßho Eulenburg hat ihr das in einer geistvollen, formvollendeten Rede im Herrenhause vorgehalten. Die Regierung hat viel zu viel mit sich handeln lassen, es machte den Eindruck, als sei sie recht stark mit semitischem Oele gesalbt. (Heiterkeit.) Wir erwarten nun vom Herrenhause, daß es dem einmütigen Beschluß des Abgeordnetenhauses beiträgt. Sollte die Vorlage scheitern, so würde die Verantwortung auf die Regierung fallen, die es an der notwendigen Energie hat fehlen lassen. Die Entwicklung des ganzen Volksschulwesens hängt aufs engste mit der Beseitigung der Lehrer zusammen. Eine schlechte Bezahlung ist nicht geeignet, die tüchtigen Kräfte heranzuziehen und die Amtsbereidigkeit der Lehrer zu heben. (Sehr richtig!) Der erste Schritt zur Besserstellung wird mit diesem Entwurf getan; es wird der letzte nicht sein. Im Augenblick stimmen wir der Vorlage zu, um wenigstens einen kleinen Fortschritt zu erreichen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Febr. v. Sehlis (kons.): Es war interessant, daß Herr Borgmann die Regierung gegenüber der Volkvertretung hart machen wollte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das Dreiklassenparlament ist keine Volkvertretung!) Herr Borgmann hat weiter ein bißchen in Antisemitismus gemacht und hat sich hier als Vertreter des Herrenhauses hingestellt. (Abg. Borgmann (Soz.): Was gut ist, loben wir, wo es sich auch findet!) Im übrigen kann ich es nur begrüßen, daß sich auch die Sozialdemokratie auf den Standpunkt der überglücklichen Parteien stellt und bereit ist, das Kompromiß zu unterschreiben. Meine Freunde stimmen dem Antrag Schiffer ebenfalls zu.

Abg. v. Dittfurth (kons.) begründet einen Antrag, den vom Herrenhause bei der ersten nach dem 1. April 1910 eintretenden Erledigung der Schulstelle beschlossenen Fortfall der Naturalleistungen zu streichen und schließlich sich auch für die Konserwativen den Ausführungen des Abg. Schiffer an.

Finanzminister Herr v. Meineloben begrüßt das einseitige Wort des Hauses. Ich hoffe, daß Ihre Vorgehen auch in anderen großen Fragen, die uns beschäftigen, Nachfolge finden wird. (Bravo!) Ich werde natürlich dafür eintreten, daß Ihre Beschlässe auch im Herrenhause wenn irgend möglich angenommen werden. Ich hoffe, daß das Herrenhaus, in Anerkennung des Entgegenkommens dieses Hauses, auch sein Teil dazu beitragen wird, daß nun endlich Beamte, Lehrer und Geistliche in den Besitz der Wohltaten kommen, die wir alle ihnen wünschen. (Bravo!)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Dr. v. Campe (natl.) und Hoff (fr. Bg.) schließt die Debatte.

Der Antrag v. Dittfurth wird gegen die Stimmen der freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Daraus wird der Antrag Schiffer en bloc einstimmig angenommen.

Es folgt die Beamtenbesoldungsvorlage.

Abg. v. Feunigs (kons.) begründet einen Kompromißantrag aller Parteien, den unbedenklichen Veränderungen des Herrenhauses zugestimmen. Die Beamten sollten anerkennen, daß für sie sehr enorme Mittel aufgewendet wurden, und sollten dafür sorgen, daß in ihren Reihen wieder Ruhe eintritt.

Abg. v. Savigny (B.) betont, daß alle Parteien Opfer gebracht hätten, um die Einigkeit zu ermöglichen. Zu begrüßen sei es, daß für die Unterbeamten erheblich mehr erreicht worden sei, als die

Regierung ursprünglich vorgeschlagen habe. Die nächste große Aufgabe für uns muß sein, nun auch die Bezüge der staatlichen Arbeiter entsprechend zu erhöhen.

Die Abgeordneten Dr. Schreiber-Kassel (natl.) und Brütt (felon.) schließen sich den Vorrednern an.

Abg. Hirsch (Soz.):

Wir haben in dritter Lesung für die Vorlage gestimmt, obwohl unsere zahlreichen Anträge im Interesse der unteren und mittleren Beamten abgelehnt waren. In Konsequenz dieser Haltung werden wir auch heute dem Kompromiß zustimmen. Uns leiten dabei lediglich sachliche Gründe. Gerade die Beschlüsse der Reichstagskommission, die in bezug auf die Unterbeamten sehr weit hinausgehen über das, was wir in Preußen beschließen haben, zeigen, wie berechtigt unsere bei der zweiten Lesung gestellten Anträge gewesen sind. Sie sind abgelehnt worden namentlich mit Hilfe der Herren der konservativen Partei, und es ist eine eigenartige Sache, daß jetzt im Reichstage auch die Konservativen für die höheren Gehälter eintreten. Wir haben davon abgesehen, in diesem Stadium der Verhandlungen wiederum Anträge einzubringen, weil wir uns sagen mußten, daß sie doch keine Aussicht auf Annahme in diesem Hause hätten und nur zur Verzögerung des Zustandekommens der Besoldungsreform führen könnten. Herr v. Savigny hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die zahlreichen Arbeiter in den Staatsbetrieben in ihren Bezügen nicht verbessert werden. Die Regierung hat sich unseren Wünschen gegenüber, die wir in dieser Beziehung in der ersten und zweiten Lesung wiederholt geäußert haben, leider ganz ablehnend verhalten. Es freut mich, daß jetzt auch der Vertreter einer so einflussreichen Partei, wie es das Zentrum ist, auf dem Standpunkt steht, daß die Löhne der Staatsarbeiter erhöht werden müssen. Ich hoffe, daß die Herren alles daran setzen werden, um diese Löhne wenigstens auf die Höhe zu bringen, auf der heute schon zahlreiche Industriearbeiter stehen. Was die von einzelnen Rednern geäußerte Agitation der Beamten anlangt, so kommt es nach unserer Ansicht nur darauf an, ob die Wünsche der Beamten innerlich berechtigt sind. Wenn das der Fall ist, haben wir die Pflicht, ihnen, soweit es irgend möglich ist, entgegenzukommen. Ebensovienig, wie vielleicht die Beamten immer sympathisch berührt worden sind von der Art, wie ihre Petitionen oder sonstigen Forderungen hier im Hause behandelt worden sind, ebenso gebe ich zu, daß vielleicht manchen Herren die Form, in der die Beamten ihre Wünsche vorbringen, nicht immer ganz sympathisch sein mag. Aber die Beamten haben das Petitionsrecht, sie haben das Vereins- und Versammlungsrecht und wir dürfen als Parlament nicht wagen, ihnen das Recht zu verkümmern, selbst wenn es in einer Weise zum Ausdruck kommen sollte, die nicht allen sympathisch ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. d. Groeben (kons): Ob das Lab eines Sozialdemokraten wie des Herrn Hirsch, besonders für die Reichstagsbeschlüsse spricht, beweise ich. Im übrigen haben wir hier den Reichstag weder zu loben noch zu tadeln. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie tun es aber oft genug!) An die Regierung möchte ich den Wunsch richten, daß die preussischen Vertreter im Bundesrat dahin instruiert werden, dafür zu sorgen, daß eine mögliche Kongruenz zwischen unseren Beschlüssen und denen des Reiches zustande kommt. (Bravo! rechts.)

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Arbeiterlöhne als Folge der Beamtenbesoldungsvorlage kann ich nicht anerkennen. Die Entwidlung ist umgekehrt gewesen: wir haben im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte in den Staatsbetrieben eine außerordentliche Erhöhung der Löhne vorgenommen. (Sehr richtig! rechts.) Die Löhne bei der Eisenbahnverwaltung sind um 30 Proz. in den letzten 10 Jahren gestiegen. Dann hat Herr Hirsch gesagt, die von der Reichstagskommission gefaßten Beschlüsse über die Beamtengehälter bewiesen die Richtigkeit der sozialdemokratischen Anträge. Ich ziehe den gegenteiligen Schluß und schließe daraus auf die Bedenklichkeit der Beschlüsse der Reichstagskommission. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Ich werde natürlich bemüht sein, im Reichstag diesen Beschlüssen entgegenzutreten. An die Parteien richte ich den Appell, nicht immer der Regierung das Odium aufzubürden, als habe sie für die Beamten kein Herz, sondern auch für ihren Teil auf ihre Parteigenossen im Reichstag dahin zu wirken, daß solche zu weichen, die Einzelstaaten, Kommunen und die Privatwirtschaft im höchsten Maße belastenden Beschlüsse aufgehoben werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Ohlting (f. Sp.) Auf den Reichstag können wir hier keinen Druck ausüben. Sollte der Reichstag auf seinem Beschlüsse beharren, würden wir ihm jedenfalls folgen müssen. Aber bevor der Beschluß des Reichstages nicht endgültig ist, brauchen wir uns darüber den Kopf nicht zu zerbrechen. In bezug auf die Beamtenversammlungen stimme ich mit Herrn v. Hennigs überein; aber das Petitions-, Vereins- und Versammlungsrecht muß den Beamten gewahrt werden.

Der Kompromißantrag und die Besoldungsordnung werden hierauf en bloc angenommen.

Es folgt die Beratung der Novelle zum Wohnungsgeldzuschußgesetz, zum Einkommen- und Ergänzungsteuergesetz und des Mantelgesetzes.

Ein Kompromißantrag fordert die Wiederherstellung der rückwirkenden Kraft des Wohnungsgeldzuschusses vom 1. April 1908 ab.

Zum Einkommen- und Ergänzungsteuergesetz liegt ein Antrag Ohlting (f. Sp.) vor, wonach bei der Einköpfung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke nicht der Ertragswert, sondern der gemeine Wert zugrunde gelegt werden soll.

Ein weiterer Antrag Herold (Z) will einen Zusatz des Herrenhauses, wonach nur in gewissen Fällen der gemeine Wert maßgebend sein soll, wieder beseitigen.

Nach längerer Diskussion wird der Antrag Ohlting abgelehnt, Antrag Herold sowie der Kompromißantrag zum Wohnungsgeldzuschuß angenommen.

Dieser Tag ist das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Fortsetzung der dritten Lesung des Etats.

Schluß 5 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Fortschritt der Frauenbewegung in Oberschlesien.

Nach ziemlich unerbittlicher von der modernen proletarischen Frauenbewegung ist Oberschlesien. Die sozialistische Lehre findet dort überhaupt einen sehr fruchtbaren Boden. Immer wieder wurde versucht, den Vorkriegsgeboten des Sozialismus unter der dortigen riesigen Industriebevölkerung zu verdrängen. Leider lange mit wenigem Erfolg. Aber das Wort „Beharrlichkeit führt zum Ziel“ wird sich auch hier bewahrheiten. Der verständnisvollen Agitation einiger Genossen ist es zu verdanken, daß bereits eine Reihe Organisationen entstanden. Und überall im ober-schlesischen Industriegebiet, wo sozialdemokratische Vereine bestehen, gehören ihnen Frauen als Mitglieder an. Wo sich geeignete Frauen zur Wahl stellten, wurde auch eine Genossin Mitglied im Vorstand.

Daß gerade Oberschlesien ein so schwer zu bearbeitender Landesteil ist, dafür sind verschiedene Umstände bestimmend. In erster Linie muß da die katholische Kirche genannt werden. Bei allen Gelegenheiten erzählen die Pfarrer den Leuten, die Verbindung mit der Sozialdemokratie führe zur Hölle. Die Volksschule, ob evangelisch oder katholisch, steht hier ebenfalls mehr als anderswo im Dienste der Kirche, so daß die systematische Vermittlung der Massen kein Gemisnis findet. Ohne die erfolgreiche Unterweisung müßte gerade die Arbeiterklasse in Oberschlesien, die so unendlich schwer unter der Armut des Kapitalismus schmachtet, leicht von der Idee des Sozialismus durchdrungen werden. Selten sieht man so krassen Unterschied zwischen Besizenden und Besitzlosen als in

Oberschlesien. Die Industriearbeiter selbst haben ihren Wohnsitz abseits der Hüttenkolonien, entfernt vom Krampf und Siedel für überbürdenden Dunst der Hüttenstäube aufgeschlagen; sie wohnen in gesunden Städten und kommen nur gelegentlich einmal in ihre Hütten. Die Herren Direktoren der großen Hüttenwerke und Gruben domizilieren meistens auch nicht in der Nähe der Betriebe. Gute Wohnverbindungen ermöglichen ihnen, ihre großen Gehälter weit ab von den Fabriken zu verzehren.

Anders sieht es mit den Arbeitern aus. Diese müssen möglichst nahe ihrer Arbeitsstätte wohnen. Die „Wohltätigkeit“ der Werkbesitzer hat ihnen herrschaftliche Häuser in der Nähe der Betriebe erbaut. Die Arbeiterwohnungen lassen schon von außen erkennen, daß im Innern von Gemütlichkeit keine Rede sein kann. Dasselbe Gepräge zeigen — mit Ausnahme in einigen größeren, älteren Ortschaften — die Straßen des Industriebezirks, und zum großen Teil sehen die Proletarier ebenso verwahrloht aus. Schwere, harte Arbeit hat ihnen allen, Mann und Weib, den Stempel aufgedrückt. Leichte Beschäftigung gibt es hier — ausgenommen in Ratibor, wo Frauen in Zigarren- und Schokoladenfabriken tätig sind — auch für die Frauen nicht. Sie werden auf Bauten beschäftigt; schwer beladen schwanke sie, oft schwangeren Leibes, die Leitern empor. Frauen sind beim Aufschütten der Kohlenhaufen usw. tätig und gehen dabei häufig hart umher. Fast ausschließlich sind Frauen an Wohnstätten beschäftigt. Bei solcher Arbeit wird alle Weiblichkeit, wenigstens äußerlich, abgestreift. Männer und Frauen sind dem Trunke, der Schnapspest ergeben. Die Kirche bringt es nicht fertig, den Branntweinteufel auszutreiben. Sie will es auch ernsthaft nicht. Die Abstinenzbewegung hat unter dieser Bevölkerung wenig Einfluß.

Die Aufklärungsarbeit unserer Genossen findet auch in der großpolnischen Bewegung und in der Sprache Hindernisse. Die sprachlich gewordene Bedürfnislosigkeit der Polen ist gleichfalls ein Gemisnis. Umsonst ist es zu begrüßen, wenn es endlich auch unter diesen Leuten zu Tagen beginnt.

Unsere Genossen setzen dabei große Hoffnungen auf die Frauen. Gaben wir ihrer einen Teil, dann ist schon viel gewonnen. Das weiß auch das Zentrum, und es strengt sich an, die katholischen Frauen für sich zu gewinnen. Im Reichstahl hegt man die Frauen gegen ihre Männer und die Sozialdemokratie auf. Haben wir jedoch nur erst einen Stamm tüchtiger Genossinnen, die für unsere Ideen Propaganda machen, dann wird der Einfluß der finsternen Mächte abgebrochen. Oberschlesien ist ein Brautland, das dringend der Bekehrung, Leute mit eisernem Willen und großem Fleiß bedarf.

Gelegentlich der Agitationstour einer Genossin hat unsere Partei in allen Orten, wo Versammlungen abgehalten werden konnten, zahlreiche Mitglieder gewonnen. Besonders viele Frauen sind den sozialdemokratischen Vereinen beigetreten. Auch die „Gleichheit“, die bisher fast gar nicht gelesen wurde, hat bei den ober-schlesischen Frauen Eingang gefunden. Sie wird uns hier, wie überall, ein guter Pionier für die Aufklärung der Frauen und Mütter sein.

Reiseabende.

Schöneberg, Freitag, den 14. Mai, im Lokal von R. Großer (Neue Rathausstraße), Reimbergstr. 8, für familiäre Bezirke Schönbergs. Vortrag des Herrn Dr. Alfred Puhus: „Frauenleiden und deren Verhütung“. — Besprechung über einen Ausflug nach Schmorgendorf. — Ferner werden die Adressen der Kinder, die in der Arbeiterkolonie Aufnahme finden sollen, in Empfang genommen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Heiratschwindler und Hochstapler.

Als reicher Plantagenbesitzer aus Südamerika hatte sich der Kaufmann Lars Nielsen ausgegeben und verschiedene Heiratschwindeleien verübt, die ihn geltend unter der Auflage des Betruges vor die I. Strafkammer des Landgerichts I führten. Der Angeklagte ist dänischer Abkunft, aber amerikanischer Staatsangehöriger. Er hat sich schon fast in allen Weltteilen herumgetrieben und ein tüchtiges Abenteuerleben geführt. Seinen Lebensunterhalt verschaffte er sich durch Heiratschwindeleien und Hochstapeleien, die ihn schon wiederholt mit dem Strafgesetz in Konflikt gebracht hatten. Erst im Februar dieses Jahres stand er vor derselben Strafkammer, die ihm eine Jahresstrafe von einem Jahre zu diktierte, zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe, die ihm von der Strafkammer in Hamburg auferlegt worden war. In allen Fällen handelte es sich um Heiratschwindeleien. Im September v. J. lernte Nielsen durch Vermittlung eines Kaufmanns Müller eine Frau J. kennen. Er nannte sich „Henri L. Marx“ und gab sich als reicher Plantagenbesitzer aus Cartagena in Brasilien aus. Schon nach zehntägiger Bekanntschaft machte er der J. einen Heiratsantrag, der auch akzeptiert wurde. Die J. verkaufte sofort ihr Hab und Gut für 3000 M., verpackte ihre Wäsche und sonstigen Habseligkeiten in sechs sechsen Kisten und ließ sie auf Karaten des Angeklagten in Liverpool in einem Speicher aufbewahren. Das Konnossement hierüber ließ sich J. geben, ebenso eine Brillantbroche, um sie angeblich abzugeben zu lassen. Kurz vor der Abreise wurde die J. im letzten Augenblick noch gewarnt. Durch Vermittlung des deutschen Konsulats erhielt sie auch später ihre Sachen aus Liverpool zurück. — Eines noch ärgeren Schwindels machte sich der Angeklagte gegenüber dem Schankwirt A. und dessen Schwester schuldig, die er ebenfalls durch den Kaufmann Müller kennen gelernt hatte. Diesem erzählte er ebenfalls von seinem großen Plantagen in Cartagena und wies auch einmal ein ganzes Bündel amerikanischer Wertpapiere vor, die allerdings, wie sich später herausstellte, fast wertlose amerikanische Wertpapiere waren. Nachdem er sich in dieser Weise mit dem Nimbus eines vermögenden Mannes zu umgeben gewußt hatte, bekam er es fertig, den A. zu bestimmen, seine in der Gohlowskystraße gelegene gutgehende Schankwirtschaft zu verkaufen, um nach Brasilien überzusiedeln. Der Angeklagte veranlaßte den A. für 8000 M. eine komplette Kinematographeneinrichtung zu kaufen, mit der er angeblich in Brasilien ein kolossales Geschäft machen sollte. Die ganzen Sachen wurden verpackt und alle drei fahren erst nach London, wo die Trauung der Schwester des A. mit Nielsen stattfinden sollte. Am Tage der Trauung war der Angeklagte jedoch spurlos verschwunden. A. beziffert seinen Gesamtschaden auf über 15 000 M. In dem dritten Falle gelang es dem Angeklagten, ein heiratlich gezeichnetes älteres Mädchen nach London zu locken, wo am 8. Oktober v. J. die Trauung stattfinden sollte. Er wurde jedoch entlarvt und von der Londoner Polizei verhaftet. — Vor Gericht war der Angeklagte, der jetzt von einem schweren Augenleiden befallen und fast blind ist, gefänglich. Das Gericht erlännt unter Einbeziehung der früher erkannten Strafe auf eine Gesamtstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

Betrügereien in großem Umfange

Nielsen dem Kaufmann August Jodszky zur Last, der die Strafkammer des Landgerichts Berlin III in zweijähriger Verhandlung beschäftigte. Er habe sich wegen Betruges, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte hatte vor etwa neun Jahren in Kassel eine gut gehende Lederhandlung übernommen, geriet dann aber infolge leichtsinnigen und verkehrswiderischen Lebenswandels in Vermögensverfall. Er verübte eine Wechsel-fälschung und flüchtete 1902 nach London. Auf Grund eines Steckbriefes wurde er dort ergriffen und nach Deutschland zurückgebracht. Wegen der Wechsel-fälschung wurde er zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt. In England hatte er nach seiner Bekehrung einen Edelsteinhandel betrieben, indem er von Edelsteinhändlern Waren in Kommission übernahm oder für eigene Rechnung kaufte. Nach Verurteilung seiner Strafe trat er in Beziehung zu einem in Wilmersdorf wohnenden Kaufmann, mit dessen Tochter er sich verlobte. Durch den Familienbesitzer lernte er auch den Onkel seiner Braut, einen damals in Herpenstraße, jetzt in Berlin wohnenden Rentier B., kennen, den er in erheblichem Maße beschuldete. Er gab diesem an, er handle mit Aktien, besitze ein Vermögen von 150—200 000 M., in seinem Besitz ständen u. a. 5500

Goldene Rhodessa Limited Aktien I I Pfund usw. usw. Er belog Herrn B. zum ersten Male zur Hergebe einer größeren Geldsumme, indem er ihm erzählte, er habe einen Geldbrief mit 2000 M. von London zu bekommen, dieser sei aber erbrochen und seines Inhalts beraubt in Berlin eingetroffen. An dieses erste Darlehen schloß sich bald andere. Der Angeklagte verstand es immer wieder, durch die romantischsten Erzählungen und Vorspiegelungen solcher Tatsachen Herrn B. zur Hergebe von Geldern zu bewegen und dieser erhielt dafür von ihm zur Sicherheit Aktien, die, wie sich später herausstellte, nichts wert waren. Schließlich machte der Angeklagte noch einen Hauptkoup: er begehrte Herrn B. im Jahre 1907 für einen von dem Angeklagten ins Leben zu rufenden Diamantenhändler, der nach seiner Behauptung so viel abwerfen sollte, daß er in zwei Jahren seine gesamten Schulden bei B. würde bezahlen können. Dieser griff noch einmal tief in den Säckel, stellte das Betrugsopfer zur Verfügung und ist im ganzen 18 000 M. losgeworden. Es gelang dem Angeklagten die Vertretung einer großen Berliner Firma für Hamburg und ausländische Plätze unter der Vorspiegelung zu erlangen, daß er riesige Verbindungen im Ausland habe. Eine ihm überreichte Musterkollektion in Silberwaren hat er umgehend in Hamburg veräußert. Das Gleiche machte er mit der ihm übersandten Musterkollektion einer sächsischen Metallwarenfabrik, die ihn gleichfalls vertrauensvollig zu ihrem Vertreter erwählt hatte. Einem Schleierbesitzer in Jbar hat er Edelsteine im Werte von 6000 M. abgenommen, indem er eine „Sicherheit“ durch Übergabe völlig wertloser amerikanischer Aktien leistete. Auch zwei andere Besitzer von Edelsteinschleifereien hat er zur Hergebe von Edelsteinen bewogen, indem er ihnen vorredete, er habe ein Guthaben in Höhe von 50 000 M. bei der Dresdner Bank, seine Braut bekomme eine Richtig von 50 000 M., er habe einen reichen Onkel, der ihm unbeschränkten Kredit gebe. In dieser Weise hat er es verstanden, in zahlreichen Fällen sich in den Besitz von Edelsteinen, wertvollen Warenmuskeln und Geldern zu setzen und diejenigen, die ihm ihr Vertrauen schenken, um recht erhebliche Summen zu prellen. Die Beschädigten waren aus den verschiedensten Teilen Deutschlands hierhergeladen worden, um Zeugnis gegen den Angeklagten abzulegen. Staatsanwalt Stroge brachte eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust in Antrag. Rechtsanwalt Morris führte dagegen aus, daß aus juristischen Gründen einige Betrugsfälle ausscheiden müßten und eine Verurteilung wegen Urkundenfälschung nicht erfolgen könne. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft, ferner zu 4 Jahren Ehrverlust.

Der „Beleidigende“ Handzeigel.

Das Schöffengericht zu Saarbrücken verurteilte am Dienstag den Genossen Peterich-Reumichen, Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, auf Grund einer eigenartigen Konstruktion wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Dudweiler zu 50 M. Geldstrafe, eventuell 10 Tagen Gefängnis.

Am 18. Februar konnte der Bergarbeiterverband in Dudweiler auf einer Regelbahn die erste Bergarbeiterversammlung abhalten. Sie besaß sich mit den Beschlüssen des Berliner Bergarbeiterkongresses und war hauptsächlich von Anhängern des „christlichen“ Gewerksvereins besucht. Nach der Versammlung sah die Polizei ein, um eine zweite Versammlung unmöglich zu machen. Beim Wirt erschien ein Wachtmeister, der ihn aus Bürgermeisterei bestellte, wo er sich darüber äußern sollte, wie er zur Abhaltung einer „sozialdemokratischen“ Versammlung gekommen sei. Weiter verlangte der Wachtmeister den Namen des Einberufers zu wissen, um diesem ein Protokoll zu machen, weil er die Versammlung nicht polizeilich angemeldet habe. Der Wirt nannte Peterich als Einberufener, lehnte aber den Gang nach dem Bürgermeisterei ab, da er keine Rechenschaft darüber schuldig sei, wenn er sein Lokal hergibt. Am 25. März sollte eine zweite Versammlung auf derselben Regelbahn abgehalten werden. Sie fiel jedoch aus, weil im ganzen Ort das Gerücht verbreitet wurde, daß jeder abgelegt werde, der die Versammlung besuche. Peterich schrieb nun auf die Rückseite eines Handzettels am 23. März folgendes an den Herrn Bürgermeister von Dudweiler:

„Wie ich nach Erkundigungen erfahren habe, besteht für Dudweiler noch ein Vereinigung nach saarabischem Muster. Ich teile der Polizeibehörde hierdurch mit, daß, wie ungesetzlich zu ersehen, am 25. März wieder eine Bergarbeiterversammlung stattfindet, wozu ich mir erlaube, die hochwürdige Polizeibehörde einzuladen. Das Erscheinen wird mit Anerkennung akzeptiert.“

Wegen dieses Schreibens stellte der saarabische Bürgermeister Strafantrag und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage im öffentlichen Interesse. Peterich schiederte in der Verhandlung den Sachverhalt wie angeführt und betonte, daß er in dem Verhalten des Wachtmeisters, der sich im Auftrag des Bürgermeisters gehandelt habe, eine Einschränkung oder Verletzung der politischen Staatsbürgerrechte der Bergleute erblickt habe. Diese Einschränkung oder Bevormundung bezeichne er als das saarabische Muster oder System. Die nichtanmeldepflichtige Versammlung habe er dem Bürgermeister angezeigt, um einem Wunsch des Wirtes zu genügen. Wenn er diese Anzeige auf der Rückseite eines Handzettels erhalten, so sei das die von ihm Jahre hindurch in der Pfalz den Bürgermeistern gegenüber gewählte Art der Anzeige. Der Bürgermeister von Oberbergbach habe ihm gesagt, er solle bei Anmeldung einer Versammlung einen Handzettel einreichen mit einem kurzen Vermerk auf der Rückseite. Eine Handlung, die einem Bürgermeister erwünscht sei, könne bei einem anderen doch keine Verletzung sein. Seine Frage an den Bürgermeister, ob der Polizeiwachtmeister, als er den Wirt nach dem Bürgermeisterei bestellte und seinen Namen ausforschte, im Auftrag des Bürgermeisters gehandelt habe, lehnte das Gericht als „unwesentlich“ ab, ebenso die Zahlung des Wirtes als Zeugen. Der Rechtsanwalt beantragte 75 M. Geldstrafe, da es — eine „Freiheit“ sei, an eine Behörde eine Mitteilung auf der Rückseite eines Handzettels zu machen. Form und Ton seien höflich, deshalb schwer beleidigend. Das Gericht schloß sich in der Hauptsache dem an, hielt es für außerordentlich beleidigend, einer Behörde auf einem „solchen Lappen“, dazu noch mit Klebstift geschrieben, eine Anzeige zu machen. Es wurde also erwiesen angenommen, daß der Wachtmeister im Einverständnis des Bürgermeisters gehandelt habe, dagegen habe der Angeklagte das Recht gehabt, sich zu wehren. Würde er das in der „zulässigen Form“ getan haben, so hätte er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Aber darauf sei es ihm nicht angekommen, sondern er wolle den Bürgermeister absichtlich verhöhnen, ihn kränken, beleidigen. Deshalb sei eine Strafe von 50 M. ausgeworfen.

Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. Das Landgericht wird zu entscheiden haben, ob in Saarabien die Zufendung von Handzetteln eine Beleidigung sei. Es wird dabei auch die Fragen zu beantworten haben, ob es keine Beleidigung ist, wenn der Staatsanwalt von „Freiheit“ redet und weshalb die Staatsanwaltschaft nicht Anklage gegen den Bürgermeister wegen Mißbrauch der Amtsgewalt erhoben hat, wenn die unter Beweis gestellten Angaben erweislich wahr sind.

Witterungsbericht vom 12. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Saarbrücken	766	SB	3	heiter	9	Saarbrücken	761	W	2	wolkig	1
Dudweiler	765	SB	3	bedeckt	11	Veresburg	763	SB	1	bedeckt	8
Berlin	765	SB	1	bedeckt	10	Seitz	769	SB	1	heiter	11
Kranz a. M.	769	NO	1	heiter	8	Herborn	768	SB	3	Regen	11
München	768	SB	1	wolkig	11	Darß	769	NO	1	wolkig	11
Wien	760	SB	1	bedeckt	11						

Wetterprognose für Donnerstag, den 13. Mai 1909.

Sunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften nördlichen Winden; später wieder langsam aufklarend und neue Abkühlung. Berliner Wetterdienst.

1000 Mark für ein Wort

In der ganzen Welt rühmt man mit Recht die Schlagfertigkeit, die Intelligenz und die Fähigkeit des Berliners, das rechte Wort an den rechten Ort zu setzen! Wir fordern deshalb insbesondere Berlins Einwohner auf, unserem neuen hellen Bier, das unter Verwendung der besten Rohstoffe ganz im Pilsener Charakter von uns gebraut wird, einen treffenden Namen zu geben. Wir gewähren für die beste Bezeichnung dieses Bieres einen Hauptpreis von M. 1000.— in bar, ferner kommen zur Verteilung: Ein zweiter Preis von M. 300.— in bar, ein dritter Preis von M. 100.— in bar, 200 Trostpreise (200 Kasten à 30 Flaschen Bier) à M. 3.— Ueber die Verteilung der Preise entscheidet ein zu diesem Zwecke eingesetztes Preisgericht, dessen Mitglieder sich aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammensetzen. Die näheren Bedingungen des Preisausschreibens erhält man entweder kostenlos in allen Restaurants und allen Kolonialwarenhandlungen, die unsere Biere führen und durch unser Plakat und Schutzmarke kenntlich sind, oder direkt durch uns.



Schutzmarke

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch, Berlin NO. 18, Landsberger Allee 11-13.



Schutzmarke

5. Ziehung 5.Kl. 220.Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

230 383 519 15 813 744 79 812 215 1004 189 308 17 318
58 515 75 60 747 96 871 93 [500] 2047 128 [500] 52 68
231 417 74 80 [1000] 542 851 [1000] 3033 221 29 348 417
47 4086 259 361 67 89 307 5037 [500] 182 [500] 229 28
430 283 681 886 63 6092 280 319 34 78 212 20 [1000] 91
932 7607 120 463 506 67 83 784 874 [500] 901 91 8052
876 37 [500] 88 89 903 972 9015 [1000] 109 349 373 642
949 [500]
10067 123 85 393 581 653 78 727 848 [500] 84 11081
46 38 510 60 912 96 12190 367 547 628 732 53 921 60
13427 37 932 14274 84 158 905 57 15128 270 324 688
10609 175 309 474 650 918 17097 [500] 221 [500] 233
954 [1000] 27 18198 308 437 71 [1000] 819 [1000] 124
10094 [500] 325 91 410 721 801
20120 75 335 497 805 21254 93 583 671 765 22100
25 21 71 23048 [1000] 28 98 375 495 513 [500] 818 74
953 [500] 24601 217 568 622 86 [500] 25128 45 80 213
[500] 743 992 26055 263 435 630 764 816 64 [500]
27091 301 403 [500] 732 [500] 28518 475 527 26 43 67
614 561 29246 78 91 444 582 [500] 780
30085 120 63 319 473 531 619 67 732 [1000] 801 6
89 31129 438 508 [500] 619 759 849 978 32211 94 348
654 85 614 825 905 5 33063 [500] 355 [500] 619 704 999
79 34018 [500] 398 [500] 481 509 762 91 808 35897 187
285 309 771 829 30 36018 58 80 85 111 371 595 729 863
923 37015 54 [500] 124 492 50 645 87 771 [500] 72 [500]
76 89 953 98 38034 220 57 67 460 90 [500] 394 896 850
39354 823 [500] 709 932 [500]
40180 [500] 286 469 787 905 [500] 14 [500] 41183
[500] 228 42081 389 502 608 10 [1000] 43083 234 [500]
478 [500] 370 [1000] 44809 473 638 851 53 45048 809
81 543 88 [500] 46973 233 [500] 676 788 829 902 12
47065 413 744 825 996 48387 125 298 503 858 [500] 753
81 890 49891 223 55 73 128 588 610 800 29
50071 254 459 664 51084 215 558 620 883 52000 783
851 69 485 595 624 601 8 20 72 53457 [1000] 329 730
683 832 54276 96 87 114 230 636 784 813 93 55124 42
276 37 651 62 71 [500] 738 812 18 [500] 49856192 287
922 48 57 57440 43 722 52 818 [1000] 38251 347 510 211
59696 312 72
60278 682 93 810 83 [1000] 865 [1000] 30 61159
333 43 43 524 57 893 62153 520 63053 104 38 296 45
646 854 [500] 64993 375 475 [1000] 100 716 21 65154 55
70 311 25 890 70 614 43 782 87 827 925 44 66207 40 [500]
618 63 469 67407 503 138 610 702 68393 451 84 956
69090 490 [1000] 758
70034 123 72 317 57 682 334 57 [500] 71143 308
85 411 571 625 739 820 924 72037 [500] 85 [500] 288 327
646 854 [500] 64993 375 475 [1000] 73094 [500] 109 16 89
247 672 734 41 832 55 81 [500] 970 74146 948 853 70587
124 77 435 1800 [500] 10 62 432 70 294 [500] 84 821 921 [500]
76507 152 322 97 748 868 77039 44 329 487 927 60
78360 734 899 651 86 828 27 923 79027 83 255 805
85 [1000]
80083 105 281 372 451 588 869 900 [500] 33 99 81254
828 36 502 681 948 87 82055 437 648 850 68 89370 34
819 607 15 25 [1000] 781 932 84059 142 488 92 543 605
765 85704 432 502 638 71 86000 28 85 398 [500] 283
87136 225 30 248 548 [500] 698 88967 224 62 79 250
149 75 197 88343 63 588 80 695 107 [500] 839 948 67
90211 257 498 75 278 910 91300 [1000] 459 854 890
909 92246 630 77 773 873 93211 43 327 482 589 [1000]
94077 129 482 97 95445 50 219 79 215 409 41 70 [500]
617 33 696 96050 [500] 171 801 [500] 235 302 [1000] 663
768 354 97711 368 69 585 601 [500] 10 750 [1000] 88 78
817 77 [500] 98800 10 63 418 48 779 99075 102 258 [500]
434 47 85 969 221 67
100253 290 513 [500] 820 101271 700 102433 916
103088 [500] 85 260 599 80 410 98 768 835 74 997
104068 504 99 133 813 31 919 55 105400 501 622 93
824 985 106007 208 51 384 75 413 107194 355 656 896
905 108049 353 604 773 77 590 [500] 62 109288
401 854 [500]
110121 65 264 341 [1000] 444 845 76 922 111200
19 513 70 [500] 112182 458 908 69 949 96 113337
454 90 114194 224 88 506 7 777 830 954 86 80 115052
286 43 890 96 116056 164 527 619 731 49 89 117312
[500] 85 825 64 304 32 118082 196 200 499 535 770
78 825 938 41 50 71 80 119450 60 628 78 754 964
120187 214 41 475 751 847 65 121282 388 681
86 810 75 800 122068 143 604 698 732 123307 11 43
65 [500] 800 124665 140 322 449 [1000] 50 522 [1000]
787 125185 635 79 [500] 778 826 63 905 126068
431 895 [500] 127064 214 66 804 633 615 734 837
128104 433 546 [500] 74 608 80 738 869 74 964
129065 158 203 11 [500] 30 27 58 452 91 761 870
83 [1000]
130053 84 358 797 131053 96 156 74 409 585
724 42 51 884 992 132150 208 63 555 755 77 [1000]
823 133357 85 854 134111 206 408 528 89 650 69 [1000]
746 [500] 831 135021 89 260 317 602 [500] 709 72
854 136117 46 55 464 754 887 [500] 137040 648 87
139 675 704 949 79 99 138141 339 511 21 88 637 703
139548 80 [500] 779 805 71 [1000] 923
140182 258 94 84 54 494 822 141054 322 509
[500] 72 617 712 831 998 142068 117 281 301 801 907
51 758 811 33 143194 508 611 [500] 767 144032 92
148 243 396 602 577 [500] 81 145088 415 43 575 722
87 358 146128 [500] 60 285 84 [1000] 417 95 522 86
881 83 102 147401 15 [500] 439 97 718 40 148147 239

5. Ziehung 5.Kl. 220.Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150074 102 15 320 269 488 603 894 [1000] 901 95
151023 61 210 15 412 810 152017 841 438 911 153408
561 843 [1000] 154300 699 789 843 155401 367 92
624 88 156124 392 54 71 90 354 451 [1000] 157609
59 178 222 596 618 [500] 69 708 11 87 [500] 63 158824
102 78 236 60 497 718 [500] 856 76 [500] 837 159235
903 50 554 627 [500] 92 [1000]
160015 98 107 14 565 794 14 83 874 161088 118
98 327 452 525 597 65 162288 [500] 398 487 93 [500]
173003 89 226 34 277 496 79 618 902 [500] 844 77
578 95 621 163117 87 334 [1000] 459 [500] 844 77
164008 116 48 218 332 50 89 79 858 953 165197 865
211 42 498 69 743 973 166143 [500] 68 240 527 729 865
167070 90 [500] 100 219 43 91 431 85 648 811 83 168073
138 68 331 405 42 78 81 912 89 808 70 961 169203 88
439 [500] 78 802 860
170195 293 378 [500] 440 833 855 65 171028 [500]
78 110 219 88 375 93 [500] 779 83 935 172468 815 759
173003 89 226 34 277 496 79 618 902 [500] 844 77
174099 128 304 485 85 968 175070 94 [500] 392 15 441
194 917 176811 583 399 177454 59 854 933 178006 77
219 99 627 28 854 915 83 179088 118 91 258 806 929 53
180211 [1000] 57 689 810 78 745 822 29 35 59 181096
159 379 499 [1000] 549 860 968 182113 422 779 502 59
68 183173 226 596 778 79 [500] 184109 [500] 259
[1000] 93 378 526 185078 139 80 201 30 75 [500] 420 51
528 40 78 186201 903 740 809 43 187013 413 321
188295 [1000] 448 777 975 189014 [500] 41 261 75 319
402 17 723
190199 [500] 329 398 489 561 648 796 [500] 869
191053 [500] 292 492 377 794 817 38 41 969 85 [500]
192233 409 528 89 22 717 814 61 913 193081 221 415
81 624 103 194094 418 778 773 999 195096 106 507
230 350 26 439 710 196047 53 111 50 70 200 89 99
606 83 197019 70 [1000] 152 501 93 769 829 90 77
198379 423 [1000] 855 [500] 199018 20 200 37 591 600
401 85 256 916
200039 82 133 251 95 061 404 85 532 45 734 92 878
82 92 201006 63 144 311 427 638 80 740 202039 89 442
[500] 67 75 [500] 531 711 [1000] 833 296 43 [500] 203043
418 75 500 [500] 14 [500] 814 41 75 904 204091 150 887
[1000] 419 854 200 205045 128 44 242 [500] 414 77 78 80
762 814 27 54 206120 300 [500] 507 700 207044 [1000]
377 313 89 734 928 32 [500] 208045 121 301 603 71 89
742 [1000] 83 856 [1000] 209000 132 361 632 34 724
[500] 89
210009 110 [500] 13 [500] 228 82 311 94 375 675
912 211012 85 [500] 432 550 686 804 51 911 41 [500]
212126 478 505 63 814 858 58 235 65 213108 86 239
408 297 214112 92 94 362 445 714 26 29 52 78 88
215254 697 [1000] 764 58 836 [1000] 847 216341 877
[1000] 217295 [1000] 300 543 51 963 [500] 218169 311
85 648 [500] 32 88 888 [500] 219 24 219079 259 510 [500]
719 971
220188 218 353 476 637 [500] 795 865 221007 479
549 678 713 77 812 222032 943 77 [500] 223177 656 749
224071 191 489 838 225022 332 327 28 866 97 837
226084 [1000] 96 410 162 74 671 [500] 711 814
227183 441 [500] 527 [500] 647 895 816 228133 287
816 635 [500] 827 29 47 977 229231 400 670 800 43
89 99 [500]
230078 96 626 806 231153 268 334 753 822 37
986 79 232005 625 804 74 77 [500] 871 945 [500] 99
233265 343 [500] 506 65 94 909 902 43 234088
582 875 921 235065 85 132 [500] 54 274 [500] 451 527
640 751 871 236144 97 482 772 237044 104 210
[500] 450 [1000] 507 70 704 833 76 238010 [500] 209
471 95 883 [1000] 307 [500] 239094 278 838
240400 718 888 241032 315 [500] 82 [500] 497 625
632 87 817 242 88 242238 91 [500] 285 714 907 [500]
243152 110 [1000] 361 [500] 82 329 244127 332 476
537 81 691 31 78 55 [500] 798 245014 58 904 735 [500]
79 870 98 921 246069 208 77 470 [1000] 713 81 247081
248 552 708 678 248052 [1000] 144 98 358 65 609 789 829
83 249028 277 467 565 648 [1000] 755 61 808 82
250032 78 85 129 75 87 241 63 603 737 947 25104
217 674 76 89 712 59 816 78 801 27 58 252044 124 227
255 71 608 60 977 253126 74 732 43 894 901 25 97
254305 [500] 624 [500] 51 790 904 255021 189 460
894 256313 365 [1000] 79 97 428 329 34 779 87 257025
292 440 93 851 258041 141 228 43 676 748 88 259004
117 87 [500] 352 47 86 [500] 669 801
260383 451 677 167 800 13 261196 314 464 371 818
18 [500] 89 262200 46 198 262 418 390 680 791 22 833
263127 476 551 [500] 52 67 81 847 [500] 264101 308
14 412 538 265088 207 475 [500] 377 639 730 826 76
266078 163 222 [500] 45 295 8 40 430 [1000] 85 605
93 [500] 788 [500] 849 267180 410 519 268045 51 234
221 681 83 863 954 268097 77 [500] 159 838 999
270077 251 59 330 633 722 919 271107 83 204 709
272206 721 31 807 554 273079 217 735 947 274089
145 251 281 603 [500] 783 831 87 275102 [500] 26 781
[1000] 598 71 861 63 96 966 276079 108 355 407 525 725
803 74 910 277255 634 [1000] 764 278251 482 650 [500]
738 844 279158 51 97
280081 571 553 82 721 69 11 904 281197 321 483
874 801 58 917 282086 152 221 697 771 [500] 840
283161 16 254 [1000] 583 [1000] 925 284027 187 [500]
98 705 214 43 54 545 881 821 85 285001 11 478 86 564
286200 7 98 566 287010 71 417 29 554 633 828
Im Gewinnrade verbleiben: 1. Prämie à 300000 M.
1 Gewinn à 500000, 1 à 200000, 1 à 100000,
1 à 75000, 2 à 60000, 2 à 50000, 3 à 40000, 14 à 30000,
27 à 15000, 28 à 10000, 129 à 5000, 1522 à 2500, 2290 à
1000, 4204 à 500.

5. Ziehung 5.Kl. 220.Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Mai nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

200083 129 56 [500] 211 12 [500] 41 79 83 652 82 325
49 87 89 21249 428 [1000] 656 806 22062 145 491 574
[500] 840 23009 682 89 368 961 87 24021 38 298 452
77 632 613 741 [500] 814 900 25051 277 375 99 587 704
69 896 26380 590 737 78 863 27226 93 248 91 587 776
841 28148 669 29043 216 54 415 82 818 30 747 870 [1000]
30003 8 46 38 368 75 486 798 31055 742 41 [500]
810 32102 21 41 375 415 [1000] 541 61 33188 219 74 204
58 484 [500] 99 638 681 34101 [500] 81 296 304 64 523
24 716 [1000] 37 46 35 35000 20 49 119 [500] 296 [500]
609 20 57 47 565 623 [1000] 24 833 994 36199 504 37 42
45 645 828 37232 31 213 82 [1000] 656 838 33220 403
61 [500] 545 651 736 815 212 [500] 74 39160 214 645 655
62 771
40015 790 812 [500] 78 41015 149 [500] 76 320 96
611 771 [500] 72 822 86 853 83 42142 244 704 [500] 52
82 88 815 904 94 43715 [500] 832 [500] 89 507 894 44088
227 96 98 555 361 3 23 842 [500] 65 80 45050 80 96
249 476 82 636 88 781 806 48127 210 71 263 90 [500] 444
623 232 816 47 82 [1000] 54 87 47033 214 500 28 [500]
83 210 74 302 89 585 738 [500] 878 48133 249 429 622 352
900 49043 228 427 82 [1000] 788 328 [1000]
50180 46 71 258 432 85 635 732 835 51055 122 366
668 631 37 72 52322 38 68 122 265 78 430 550 61 673 [500]
741 91 831 920 53061 209 830 74 54387 433 628 [500] 710
973 55011 23 124 265 428 564 710 979 56900 [500] 298
64 305 417 658 667 750 57869 [500] 108 237 [1000] 266
643 47 221 38 58021 170 469 683 677 71 78 866 89 59024
307 208 413 508 75 89 928 89
60116 208 77 94 628 51 71 61075 180 63

Parteilgenossen! Erwerbt die preußische Staatsangehörigkeit.

In der zweiten Hälfte des Juli werden in Berlin die Listen ausliegen, welche die Namen der Gemeindevähler enthalten. Wer nicht eingetragen ist, kann bei den voraussichtlich im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen seine Stimme nicht abgeben.

Um nun nichtpreußen bei der Erwerbung der Staatsangehörigkeit behilflich zu sein und Auskunft zu erteilen, haben sich folgende Genossen zu unentgeltlicher Hilfe bereit erklärt:

1. Wahlkreis.

Georg Weinhacht, Grünstr. 21, W. Stoltenberg, Kronenstr. 72.

2. Wahlkreis.

Lohse, Urbanstr. 88, Ven. Voedtsstr. 7, Scholz, Jossener Straße 1, Arth. Schwemke, Schönleinstr. 34, Berner, Gneisenaustr. 72, Witte, Arndtstr. 16, Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Heinrich Schröder, Barwalderstr. 47.

3. Wahlkreis.

Parteiexpedition, Feiningerstr. 81, Wilh. Börner, Zigarrenhandlung, Ritterstr. 15, Gottfr. Schulz, Kottbusser Platz, P. Dorisch, Zigarrenhandlung, Engelsufer 15.

4. Wahlkreis.

Paul Kupfer, Petersburger Straße 56, Ernst Bader, Große Frankfurter Straße 84, D. Gries, Lorestr. 2, W. Mann, Zeitungspedition, Petersburger Platz 4, Zeitungspedition, Lauffer Platz 14/15, Wahlvereinsbureau, Stralauer Platz 1/2 II, Paul Hoffmann, Doppelner Straße 47, D. Klamm, Reichenberger Straße 115, D. Görke, Kottbusser Straße 31.

5. Wahlkreis.

Fritz Kausch, Windstr. 12, Gustav Albrecht, Grenadierstr. 17, Hof I, Christian Thorup, Oranienburger Straße 50, Georg Seiffert, Gr. Hamburger Straße 18/19.

6. Wahlkreis.

G. Zimmer, Tredehofstr. 88, Johann Höhnisch, Wucherstr. 8, Paul Dobrosław, Schliemannstr. 89, Richard Henschel, Uckermarkender Straße 17, Paul Dolz, Huppiner Straße 11, III, Georg Jöhrner, Rheinsberger Straße 29, Hermann Deyhle, Woyenstr. 19, Max Richter, Bielestr. 24, Gustav Menz, Wilhelmshavener Straße 61, Albert Werth, Bielestr. 88, Hermann Guntz, Prinz-Eugenstr. 5, Paul Fritsch, Drontheimer Straße 4, Hermann Rieg, Fehmann Straße 8, Fritz Trapp, Stettiner Straße 10, Wahlvereinsbureau, Rabenstr. 6.

Zeltow-Bezirksw.

Adlershof: Robert Liegner, Genossenschaftstr. 7, Charlottenburg: Parteiexpedition, Sefenheimer Straße 1, Wahlvereinsbureau, Kofenstr. 3, Rigdorf: Parteiexpedition, Redarstraße 2, Schöneberg: Parteiexpedition, Martin-Luther-Straße 61, Steglitz: G. Wymann, Bahnstraße 6, und G. Winkelmann, Schloßstraße 104, Treptow: Robert Gramenz, Kieffholzstraße 412, Baumshulenberg: Max Richter, Marienhaler Straße 22, vorn II, Köpenick: Fr. Wolf, Meier Straße 6, Wilmersdorf: Parteiexpedition, Verliner Straße 46.

Nieder-Barnim.

Lichtenberg: Otto Seifel, Kronprinzenstr. 50, Pantow: Parteiexpedition, Mühlenstr. 80, Ober-Schöneweide: Liekeganz, Edinsonstr. 48, Rummelsburg: Otto John, Karlshorster Straße 1, Stralau: Biesel, Markgrafendamm 7, Weihensee: R. Fußmann, Sedanstr. 105, Reinickendorf: D. St. Köthling, Provinzstraße 59 I, Müller, Restaurateur, Seerstraße, Ede Regisstraße, Kontor der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei, Billestr. 62, Quergeb. I, Zehlendorf: Joseph Wajsa, Weißstr. 12a, Seitenflügel parterre.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Bezugnehmend auf die beginnenden Ausschüsse und Parteien nach dem Spreewald richten wir auf Wunsch unserer dortigen Parteilgenossen an alle Arbeiter, Turn- und Radfahrervereine das Ersuchen, sich vor Arrangierung einer derartigen Partei möglichst frühzeitig an den Genossen H. Hinz, Lützenau, Redlinstraße zu wenden; derselbe ist zu jeder gewünschten Auskunft sowie zur Vermittlung von Führung beziehungsweise Führerleuten gern bereit. Außerdem weisen wir darauf hin, daß uns in Lützenau selbst nur die Lokale „Goldener Ring“ (Inhaber Rehnert), Restaurant H. Ziegler und Restaurant „Stadt Berlin“ (Inh. Aug. Kopper) zur Verfügung stehen.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt.

Druckereinarbeiter-Zahlmorgen

am Sonntag, den 16. Mai, bei Julius Meyer, Oranienstraße 103. Vortrag des Genossen Albrecht Jülle: Klassenkämpfe.

Trebbin. Am Sonnabend, den 16. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf: Wahlvereinsversammlung.

Bernau. Heute abend 8 1/2 Uhr findet ein kombinierter Zahlabend für alle Bezirke im Lokale von Franz Salzmann statt. Vorbereitungen zur Stadtverordnetenwahl machen volgzähliges Erscheinen notwendig.

Berliner Nachrichten.

Die „Elite“ im Berliner Eispalast.

An den öffentlichen Anschlagtafeln steht regelmäßig das Wort „Elite-Tag“, nämlich bei den Vergnügensanzeigen des Berliner Eispalastes. Als ein Tag, an dem auf dem Eise

und in den lauschigen Wandelgängen dieses Modeinstituts etwas ganz Besonderes geboten wird? Nein, so ist's wohl nicht gemeint. Es ist jener Tag, an dem solche Lebenskünstler, denen der erhöhte Eintrittspreis von zwei Mark eine Lappalie bedeutet, minderbemittelte Eindringlinge nicht zu fürchten brauchen.

Stahlschienen hatte ich nicht mitgebracht. Das ist hier auch gänzlich überflüssig. Wozu hat denn die Direktion Kunstläufer aus Schweden und Norwegen und Rußland engagiert? Wozu geben sich die vornehmsten Eislaufvereine hier ein Stelldichein? Das sind die bezahlten Marionetten des Eispalastes. Ein Theater auf dem Eise, ein Eisportzirkus. Entschieden eine sportlich recht nette Sache, wenn's nicht für das „Volk“ ein so teures Vergnügen wäre. Rauschende Musik empfängt mich beim Eintritt und blendende Lichtfülle. Das Auge muß sich erst langsam gewöhnen an all den Glanz, der von der glühenden Fläche zurückstrahlt, an den goldüberladenen Brüstungen der Logen hinstarrt und sich bricht an der kostbaren Eleganz der Toiletten, an echten und unechten Brillanten. Keine Eisbahn im gewöhnlichen Sinne ist's, ein vornehmer Ballsaal. Und da unten auf dem Eise wird getanzt, wiegen sich die Paare den Stahlschienen im regelrechten Walzer-tempo. Ein köstliches, bezauberndes Bild. Nicht losreißen möchte ich das Auge von diesen biegsamen Gestalten, diesen edlen Bewegungen, die wenigstens zum größten Teil nichts von Sportfertigkeit an sich haben und höchste Kunst entfalten. Aber dann irrt mein kritischer Blick über die Reihen der „Jaungäste“ — und wie in dunkler Nacht versinkt mir der Nimbus edlen Sports.

Also das hier oben sind die Auserlesenen? Ihr aufgeblasenes Pöppel, tut doch nicht so fürchterlich nobel. Wer weiß denn, ob eure Diamanten und Seidenkleider schon die quittierte Rechnung gesehen haben! Red hebe ich die mit Spreewasser getaufte Stubbennase noch einen guten Zoll höher und schliddere, so unauffällig es meine gute Erziehung erlaubt, an den stürzenden Bächen und den perlenden Seckfeldchen vorüber. Fürten? Ach nee, der Fürt blüht bloß da unten auf dem Eise — Süßholzraspeln fadeater Sorte. Hier oben wird stramm pouffiert in der ungenierlichsten und eindeutigsten Fassung. Weindunstige Chamsere separés-Stimmung! Gewiß doch, ich sehe manche ehrjame Frau und Mutter, die sich aber mit ihrem noch nicht zünftigen Backfisch meuchlings drückt, als der Zeiger auf Jehu zeitt. Man muß doch selbst in diesen Kreisen nach außen hin den Anstand wahren! Und nun wird es allenthalben lebendiger, freier, burchtöser — beim Surrogat. Kaleidoskopartig wechseln die Toiletten, die Gesichter der menschlichen Menagerie aus dem oberen Jehn-tausend und ihre — Sitten. Und auch jene ausdringliche Eleganz aus der unteren Sphäre, die sonst in der Friedrichstraße beheimatet ist, macht sich plötzlich breit. Man gibt sich gar nicht mehr die Mühe des Verstellens. Das Kokottentum hält Einzug auf der ganzen Linie. Worte, Flüche fange ich auf, die genug sagen. Und fast nur noch da unten tummelt sich die Jugend auf dem „volkssportlichen“ Eise, hier oben leben mit der ewig siegreichen Macht ihres großen Portemonnaies wieder auf die — jungen und alten Greise.

Ein lang aufgeschossener Laffe hatte sich mir vor einer Stunde als Referendar vorgestellt. Sein Lohn war gleichbedeutend mit einem kalten Wasserstrahl aus der vorfigsten Gefriermaschine im Keller. Los bin ich den Kerl nicht mehr geworden. Hatte Bitterung, Wildwitterung, — dieser würdige Vertreter der goldenen Jugend, und ging aus Glatteis. Jetzt schlängelt er sich wieder an mich heran. Offenbar imponierte ich seinem entwerteten Geschmack mehr wie die gewerbmäßigen Huldinnen des Eispalastes. Soupiere soll ich mit ihm. Hell lache ich dem Gradass' ins Gesicht, erkläre ihm in glücklichster Laune, daß ich schon zu Hause Bekkartoosteln und Hering saupiert habe. Kinder, Milchweibern — den Jammerlappen hättet Ihr seßen sollen. Ich glaube, ihn rühre der Schlag, und ich selbst war einem Lachkrampf nahe. „Bekkart...?“ Das Wort blieb ihm in der Kehle stecken. Und ich lachte, lachte... daß an den Tischen die Hälse sich reckten und die Seftpullen kurrten... Auf Dich, mein Goldjunge, hatte ich gerade noch gewartet — zum Verschandeln!

Das war ein Typ aus dem Eispalast. Von solchen Giftlingen wimmelt es hier. Freilich, gar viele Modejünglinge, die auch bei Tage hier verkehren und sorglos, nur auf raffiniertes, immer wechselndes Vergnügen bedacht, Goldvaters zusammengeramtes Geld kleinnachen, haben's nicht anders gelernt. Sie sind so erzogen, daß man die Blüten sniden soll, wo man sie findet. Und an der weiblichen jugendlichen „Elite“ aus denselben volksberachtenden Kreisen ist sehr, sehr oft, trotz der scheinheiligen Rehaugen, nichts mehr zu verderben.

Militärboykott.

Wenn Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Kämpfen zu dem Mittel des Boykotts greifen, schreit unser Bürgertum und vor allem die reaktionäre Sippe Jeter und Mordio und es wird von gewisser Seite laut nach Staatsanwalt und Polizei gerufen, auch die gesetzgebenden Körperschaften werden mobil gemacht, um diesem „Treiben“, wie man es so hübsch nennt, Einhalt zu tun. Wenn aber der Staat sich dieses Mittels bedient, so ist das natürlich ganz in Ordnung. Gegenwärtig gibt es beispielsweise in Groß-Berlin nicht weniger denn 123 Gastwirtschaften, die von der Militärbehörde boykottiert sind. In den meisten Fällen handelt es sich um Wirtschaften, in denen sozialdemokratischer Verkehr herrscht, nur ein kleiner Teil ist deswegen gesperrt, weil der Verkehr in sittlicher Beziehung zu Bedenken Anlaß geben soll. Diese Maßregel ist einmal gänzlich ungerechtfertigt, da eben alle Bürger durch ihre Steuern zur Erhaltung unseres „herrlichen“ Kriegsheeres beitragen müssen, dann aber vollkommen zwecklos, da durch ein derartiges Verbot garnicht verhindert werden kann, daß die Soldaten und vor allem beurlaubte mit Sozialdemokraten zusammenkommen. Dazu gibt es denn doch schon zu viele von der „roten Gesellschaft“.

Nächste schnelle Post nach Amerika. Die nächste schnelle Post nach Amerika geht von Europa wieder am Sonnabend, den 15. Mai. Sie benutzt den auf diesem Tage von Southampton abgehenden Dampfer „New York“ der American Line. Der Dampfer trifft voraussichtlich am 22. Mai in New York ein. Die für den Dampfer vorliegenden Sendungen werden von der Post möglichst den Postämtern Bremen 1 oder Stralsburg 2 zugeführt. Sie müssen in Bremen am 14. Mai vormittags 10,00 Uhr vorliegen. Die spätesten Bahnposten zu dem Dampfer gehen von Köln abends 6,01 Uhr über Berviers oder von Hannover 3,38 Uhr über Bogen.

Diese Sendungen erreichen den Dampfer in Southampton. In demselben Abend geht 10,45 Uhr von Köln eine zweite Sendung über Berviers nach Eberbourg, wo der Dampfer am demselben Tage anlegt. Briefe für diese Gelegenheit erfordern das Weltpostporto ebenso wie alle anderen Arten von Briefsendungen.

Tuberkulose bei Schulkindern. Der Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte Berlins im Schuljahr 1907/08, aus dem wir die Hauptzahlen bereits mitgeteilt haben, enthält auch einige besondere Angaben über die Verbreitung der Tuberkulose unter den Gemeindeforschulkindern. Von den 228 286 Gemeindeforschulkindern des Schuljahres 1907/08 standen in schulärztlicher Ueberwachung 1740 wegen Lungentuberkulose, außerdem 351 wegen Knochentuberkulose. Der Bericht hebt hervor, daß diese zusammen 2121 Fälle nur 0,9 Proz. aller Gemeindeforschulinder seien. Hieraus könne man ersehen, daß „die Gefahr der Verbreitung der Tuberkulose durch die Schule eine sehr geringe“ sei. Ob diese Auffassung nicht doch ein bißchen zu rosig ist? Wenn wir an manche Mietschulhäuser mit ihren kaum vom Sonnenlicht zu erreichenden Klassenzimmern denken und uns vorstellen, daß in einer Klasse ein tuberkulöses Kind sitzt oder gar mehrere, dann können wir nicht die Besorgnis abweisen, daß für die übrigen Kinder einer solchen Klasse eine schwere Gefährdung besteht. Zu beachten ist hierbei, daß die Zahl 0,9 vom Hundert einen allgemeinen Durchschnitt für die Gemeindeforschulinder Berlins darstellt, der im einzelnen von manchen Schulen noch nicht mal erreicht, von anderen aber um so weiter überschritten wird. Es darf von vornherein angenommen werden, daß in den einzelnen Schulen die sozialen und hygienischen Verhältnisse der Bevölkerung des betreffenden Stadtteils von wesentlichem Einfluß auf die Zahl der als tuberkulös befundenen Kinder sein werden. Das wird denn auch bestätigt durch die speziellen Angaben, die der Bericht über die Ermittlungen aus zwei Schulärzbezirken macht. Der Schularzt Dr. Keller hatte in seinem Bezirk unter seinen 4466 Schulkindern 58 mit Lungentuberkulose und 4 mit Knochentuberkulose, sind zusammen 1,4 Proz. Auch der Bericht spricht hier die Vermutung aus, daß die Höhe dieser Zahl, die über den allgemeinen Durchschnitt erheblich hinausgeht, wohl aus den „hygienisch und sozial ungünstigen Verhältnissen des betreffenden Schülermaterials“ zu erklären sei. Wir wollen hinzufügen, daß Dr. Keller Schulen aus der Umgebung des Kaufser Platzes und des Kottbusser Torcs (Waldemarstraße, Ruslauer Straße, Reichenberger Straße, Priker Straße) zu beaufsichtigen hatte. Unter den 1814 Schulanfängern, die er für die Aufnahme untersuchte, fand er 63 Kinder tuberkulös erblieh belastet, das sind 4,7 Proz. der Schulanfänger. „Diese belasteten, zumeist sehr blutarmen und schwächlichen Kinder,“ sagt der Bericht, „mühten, solange Anzeichen tuberkulöser Erkrankung nicht nachweisbar sind, mehr als bisher bei der Auswahl zu den Ferienkolonien berücksichtigt werden.“ Eine noch sehr viel höhere Zahl tuberkulös erblieh belasteter Kinder wurde vom Schularzt Dr. Grünbaum ermittelt. Aus nur 915 Schulanfängern, die er untersuchte, zählte er 139 heraus, das sind über 15 Proz. Zum Bezirk des Dr. Grünbaum gehörten Schulen des Viehhofviertels (der Samariterstraße, der Rigauer Straße, der Frankfurter Allee). Die erbliche Belastung bedeutet noch nicht, daß diese Kinder nun auch alle selber an Tuberkulose erkranken müssen. Sie alle bedürfen aber einer besonders sorgfamen Ueberwachung, in ihrem eigenen Interesse und auch im Interesse der übrigen Kinder, die mit ihnen auf derselben Schulbank sitzen.

Beamtin für Jugendfürsorge. Im Polizeipräsidium fand gestern zwischen Vertretern der leitenden Stellen der Polizeibehörde, der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge und der Ortsgruppe des deutschen evangelischen Frauenbundes eine Besprechung über Schaffung eines Mittlerpostens zwischen den Behörden und den gemeinnützigen Vereinen wie der Zentrale und dem „Frauenbund“ statt. Die Verwalterin des Postens soll nicht Beamtin werden, sondern Angestellte der Zentrale und des Frauenbundes bleiben. Sie soll aber die Befugnis und die Aufgabe erhalten, sich Gefangene, Strafentlassene usw. näher anzusehen und sich durch Einlaß in die Akten über ihre Verhältnisse zu erkundigen. Auf diese Weise soll sie sich die Unterlagen verschaffen, die für die Entscheidung über das weitere Verfahren erforderlich sind. Es handelt sich hierbei nicht um die Fürsorgeerziehung, die der Behörde selbst vorbehalten bleibt, sondern um andere Hilfs- und Vorbeugungswege, etwa Anbahnung einer Vermählung zwischen Eltern und Verloobten, um diese in die Familie zurückzuführen, Vinderung von Not und Elend durch Arbeitsvermittlung, Unterstützung usw., Fürsorge für Kinder von Gefangenen und dergleichen mehr.

Verbrechen und Erfinder. Der ausgeführte und geplante Raubfall auf einen Geldbriefträger haben eine Klasse von Menschen zu lebhafter Tätigkeit angeregt, die den Tagesereignissen zu folgen pflegen: die Erfinder. Das Reichspostamt wird jetzt mit Plänen der verschiedensten Art überschwenmt, nach denen die Ueberfälle auf Geldbriefträger zur Unmöglichkeit gemacht werden sollen. Mündlich und schriftlich werden dem Reichsamt nicht nur besondere Waffen für die Geldbriefträger angeboten, sondern auch eine Bewehrung. Man konstruiert Helme und andere mehr oder weniger sinnreiche Kopfbedeckungen, die das Haupt der Beamten vor den verbrecherischen Anschlägen schützen sollen. Alarmapparate, die an beliebiger Stelle unter der Kleidung getragen werden sollen, sind vorgeschlagen worden. Diese und andere Apparate sollen Lärm machen, sobald sich der Träger in liegender Stellung befindet, um wenigstens der Verbrecher habhaft zu werden.

Die grundsätzliche Genehmigung der geplanten sibirischen Unterpfandbahn Nord-Süd soll durch den Eisenbahnminister erteilt worden sein. Im Rathaus ist von einer solchen Entscheidung, die durch den Polizeipräsidenten erfolgt, noch nichts bekannt. Aber wenn das auch der Fall ist, so ist doch abzuwarten, welche Wänderungen des eingereichten Projekts etwa noch verlangt werden. Und dann ist von einer prinzipiellen Genehmigung bis zur endgültigen immer noch ein weiter Schritt. Die Wählen des Bureaukratismus arbeiten sehr langsam, besonders dann, wenn noch ganz spezielle Interessen von Privatgesellschaften eine erhebliche Rolle spielen.

Vom Umgang mit den Leuten der Armenverwaltung.

In den Bureaus der Armenverwaltung wird auf gute Maniere a gesehen. Einem Herrn G. ist es dort passiert, daß der Beamte, mit dem er zu verhandeln hatte, ihn aufforderte, zunächst mal die Hand aus der Tasche zu nehmen. Nicht in eigener Sache war G. gekommen. Ein Epileptiker, dem er vom Gericht als Pfleger bestellt worden war, hatte bei seinem Tode ein Sparfassenbuch hinterlassen. G. wollte der Armenverwaltung das Buch, auf das sie Anspruch erhob, abliefern. Er selber hatte Anspruch darauf, daß aus dem Guthaben ihm für Auslagen 10 M. überwiesen wurden. Bei der Armenverwaltung übergab er einem Beamten das Buch und die beglaubigte Abschrift einer Verfügung, durch die das Gericht ihm die 10 M. zusprach. Der Beamte, den er just beim Frühstück traf, erklärte, erst müsse er die Akten vom Gericht einfordern. Auf G.'s Ersuchen, doch die Verfügung zu lesen, nahm er sie, anscheinend mit Widerstreben. Dann sagte er plötzlich, G. solle die Hand aus der Tasche nehmen und sich nicht an das Armenregal lehnen. Als G. erwiderte, daß gehe ihn nichts an, brach der Beamte die Verhandlung ab.

G. schrieb jetzt an die Armenverwaltung zu Händen ihres Vorsitzenden Stadtrat Münsterberg und schickte dieses Erlebnis. Er hat, jenen Herrn Münsterberg, in welcher Weise Beamte der Stadt Berlin mit dem Publikum umzugehen haben. Das Buch möge man nun durch einen Boten holen lassen. Er werde es gegen die 10 M. ausliefern. Beantwortet wurde diese Beschwerde nicht vom Stadtrat Münsterberg, sondern von einem Beamten der Großen (7): „Wir sind mit Ihrem Vorschlag, daß Sie 10 M. für ihre Ausgaben erhalten, einverstanden“. Dem Voten sollte G. das Buch einhändigen, später werde man ihm die 10 M. schicken. Auf die Beschwerde über den Beamten, vor dem man nicht die Hand in der Tasche behalten darf, war mit keinem Wort eingegangen worden. Sollte Herr Münsterberg selber sich hierüber noch äußern? G. gab das Buch, nach Ablauf einer beträchtlichen Zeit schickte man ihm seine 10 M., aber von Herrn Münsterberg kam kein Bescheid. Eine Beschwerde ganz unbeantwortet zu lassen, das hätte doch wohl nicht recht zu den guten Manieren gepaßt, auf die in den Büchern der Armenverwaltung gesehen wird. Freilich war's nicht leicht, die dem Herrn Chef vorgelegte Frage zu entscheiden. Versucht es wirklich gegen die guten Manieren, die Hand in der Tasche zu haben, wenn man mit einem Beamten der Armenverwaltung spricht? Wer Herr Münsterberg kennt, wird wissen, daß zufällig auch er beim Sprechen, auch als Redner des Magistrats vor den Stadtverordneten, regelmäßig die Hand in der Hosentasche birgt. Jedes sechs Monate hat G. auf Antwort gewartet, da fiel ihm ein, daß es im Rathaus noch einen Oberbürgermeister gibt, der doch gewiß ebenfalls von guten Manieren was verstehen würde. Ihn bat er, eine Beantwortung der vor sechs Monaten an Herrn Münsterberg gerichteten Beschwerde zu veranlassen. Nach knapp vierzehn Tagen kam folgendes Schreiben, unterzeichnet von Münsterberg: „Ihre an den Herrn Oberbürgermeister gerichtete Beschwerde ist zur Bescheidung an mich abgegeben worden. Wie ich den Akten entnehme, ist Ihnen feinerzeit die gewünschte Vergütung zuteil geworden, womit das Bureau die Angelegenheit für erledigt erachtete. Was Ihr Verhalten wegen des mit Ihnen verhandelnden Beamten betrifft, so habe auch ich anzuerkennen, daß es durchaus korrekt war. Ich habe schon damals dem beteiligten Beamten eine entsprechende Mitteilung gemacht, daß ein Anlaß, die Verhandlung mit Ihnen abzubrechen, nicht vorlag. Ich habe daher mit dieser Angelegenheit Ihre Beschwerde als gerechtfertigt anzuerkennen.“ Nun weiß G., wie Herr Münsterberg über die Hand in der Hosentasche denkt. Warum aber wurde nicht schon vor sechs Monaten geantwortet, daß G.'s Verhalten „durchaus korrekt“ war? Man sieht, wie man mit den Leuten der Armenverwaltung umzugehen hat — vor allem auch mit dem Chef Stadtrat Münsterberg, wenn der eine Beschwerde, die ihm selber als berechtigt gilt, sechs Monate hindurch unbeantwortet läßt.

Für Hundebesitzer. Die Hundesteuern für das Jahr 1908/09 verlieren am 31. Mai ihre Gültigkeit. Von diesem Tage ab werden Hunde, die noch nicht mit den Marken des neuen Steuerjahres versehen sind, von den angestellten Jagdbeamten aufgegriffen. Es sei darauf hingewiesen, daß die Einziehung der Hundsteuer durch die städtischen Steuererheber in den nächsten Tagen erfolgt. Falls jedoch der Steuererheber nicht rechtzeitig erscheint, ist der Hundebesitzer verpflichtet, die Zahlung an die städtische Steuerkasse des betreffenden Bezirks zu leisten.

Genarrte Arbeitslose.

Am Sonntag befand sich im Inseratenteil der „Volks-Zeitung“ folgendes Arbeitsgesuch: „Arbeitslose Frauen und Männer lohnende Hausarbeit. Angebote an Pirrotte, Berlin O., Palsfadenstraße 63.“ Auf dieses Gesuch hin fanden sich bereits am Sonntag und auch am Montag zahlreiche Arbeitsuchende — am Sonntag allein gegen 100 — in der Palsfadenstraße ein, wo sich herausstellte, daß ein Mann mit dem im Inserat genannten Namen gar nicht im Hause wohnte. Alle Bemühungen, etwa in Nachbarkäusern den P. zu ermitteln, waren vergeblich, so daß es schließlich den Arbeitslosen klar wurde, daß sie genarrt worden waren. Jedenfalls hat der elende Dube sich irgendwo verborgen gehalten und sich über seine „Selbstent“ gefreut. Eine solche Handlungsweise zeugt von einer ganz gemeinen, niederträchtigen Gesinnung.

Die entlaufene Greta. Immer mehr häufen sich in letzter Zeit die Fälle, in denen Polizeihunde ausfinden. Nachdem wir erst kurz hintereinander über einige derartige Vorkommnisse berichtet haben, müssen wir heute wieder einen Fall mitteilen. Der Polizeihund „Greta“, eine deutsche Schäferhündin, hat es vorgezogen, sich auf eigene Faust auf die „Verbrederische“ zu machen.

Ein ausgesetzter etwa ein Jahr alter Knabe wurde gestern auf dem Treppenturm eines Hauses in der Fehmannstraße aufgefunden. Hausbewohner nahmen sich später des Kleinen an und sorgten dafür, daß er nach dem Waisenhaus gebracht wurde. Anscheinend hat der Mutter bezw. die Eltern des Kindes zu diesem Schritt veranlaßt.

Ein folgenschwerer Unglücksfall hat sich gestern morgen um 1/8 Uhr auf der Tempelhofer Chaussee ereignet. Das Pferd eines Armeekorpsbesatzes des Gardebrigaden-Regiments Nr. 2 war scheinbar von dem Fahrer des Gefährts konnte das Tier nur mit großer Mühe beruhigen. Nachdem er den Wagen zum stehen gebracht hatte, stieg der Soldat ab, weil am Geschirr des Pferdes etwas in Unordnung geraten war. In diesem Augenblick schaute das Tier abermals und der Dragoner sprang zur Seite, um nicht überfahren zu werden. Hierbei geriet der Soldat auf das Strohhalmgelenk, auf welchem in demselben Moment ein Zug der Linie 98E herannah. Der Fahrer brachte sofort die Gefahrdeufne in Anwendung, konnte jedoch das Unglück nicht mehr verhindern. Der Soldat geriet unter die Vorderplattform des Notowagens und mit dem Oberkörper unter den Schutzhaken. Er erlitt eine schwere Brustquetschung und wurde in hoffnungslosem Zustande mittels eines Droschkenautomobils nach dem Garnisonlazarett übergeführt.

Todessturz auf der Straße. Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat der 40 Jahre alte Arbeiter Friedrich Schröder aus der Duessestraße 15 sein Leben eingebüßt. Er hatte abends auf dem Heimwege die Kaiserin-Augusta-Allee passiert. In dem Augenblicke, als er vom Bürgersteig nach dem Fahrdamm schreiten wollte, stolperte er an der Bordsteinkante und kam so unglücklich zu Fall, daß der Kopf gegen den Grenzstein stieß. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er wenige Minuten später starb.

Ein Verleumdungsbeschäftigte gestern früh die Kriminalpolizei. Auf den Ringbahnsteig zu Tempelhof, zwischen den Wagen 83 und 84, fand man in der Nacht um 11 1/2 Uhr die Leiche eines unbekannten Mannes, der überfahren worden ist. Sie wies außer anderen Verletzungen eine etwa 10 Zentimeter lange Wunde hinter dem rechten Ohr und eine ähnliche über dem linken Auge auf. Diese Erscheinungen erregten den Verdacht, daß der Mann einem Verbrechen zum Opfer gefallen und erst nach seinem Tode auf die Schienen geworfen worden sein könnte. Der Gerichtsarzt jedoch, den die Kriminalpolizei zu ihren Ermittlungen zuzog, gab sein Gutachten dahin ab, daß Selbstmord vorliege. Die Leiche wurde darauf nach der Friedhofhalle in Tempelhof gebracht. Der Unbekannte ist etwa 45 Jahre alt, mittelgroß und blond. Seine Wäsche ist G. F. gezeichnet.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 16. Mai: Familienausflug nach Zehlendorf. Abfahrt des Zuges: Wanneseebahnhof 1.33 nachm. Treffpunkt für Nachzügler um 2 1/2 Uhr ab: Wilh. Meißel-Gesellschaftshaus, Marktstr. 18, in Zehlendorf. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder nebst Angehörigen und Freunden der Schule erwartet. Das Komitee.

Feuerwehrentscheid. Gestern früh wurde der 16. Zug nach der Chausseestraße 88 alarmiert, wo Wärme, Puhboden und anderes brannten. Der Brand war durch Fahrlässigkeit auf einem Gänge-

boden ausgebrochen. Der 15. Zug hatte nachts einen größeren Wohnungsbrand in der Waldstraße 56 zu löschen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, die Flammen auf die Wohnung, die zum Teil ausgebrannt ist, zu beschränken. Der 5. Zug wurde zur Rettung einer erkrankten Frau nach der Grätzstraße 68 in Treptow gerufen. Als die Feuerwehr dort ankam, war die Frau aber schon tot. Das Entweichen von Wasserstoff aus einer undichten Stahlflasche veranlaßte das Ausbrechen des 16. Zuges nach der Hennigsdorfer Straße 33. Ferner hatte die Wehr in der Faldensteinstraße 49 zu tun, wo eine Kellerwohnung brannte. Gardinen usw. wurden in der Palsfadenstraße 61 ein Raub der Flammen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Die Mai-Vorstellung findet für die I. Abteilung am Sonnabend, den 15. Mai, für die II. Abteilung am Freitag, den 14. Mai, im Schiller-Theater Charlottenburg statt. (Die I. Abteilung mußte vom Donnerstag auf den Sonnabend verlegt werden.) Die Marken müssen in beiden Abteilungen am Tage vor der Vorstellung gelöst sein. Gespielt wird „Narcis“ von A. E. Brachvogel.

Das Zentralkomitee der Auskunfts- und Fürsorgekreise für Alkoholkranke in Berlin und in der Provinz Brandenburg hat am 1. Mai in dem neuen Wohlfahrtsbureau in Charlottenburg, Berliner Straße 137 (in den Räumen der Vereinigung der Wohltätigkeitsbestrebungen) eine neue Fürsorgekassette für Alkoholkranke eröffnet. Die Sprechstunden finden bis auf weiteres an jedem Dienstagabend von 6—8 Uhr statt.

In den Auskunfts- und Fürsorgekreisen wird jedermann unentgeltlich Auskunft über die Alkoholfrage erteilt, den Alkoholkranke kostenlose ärztliche Untersuchung geboten und allen, die bereits die Folgen des Alkoholmißbrauchs an sich oder ihren Angehörigen wahrgenommen haben, Rat und Beistand gewährt. Es handelt sich vor allem darum, für die Alkoholkranke Mittel und Wege zur Heilung oder Besserung zu finden, die aus den Trinkerheilstätten entlassen sind aber vor Rückfällen zu bewahren, zugleich aber auch die Familien vor dem Verfall zu schützen. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Kranke, die sich in ärztlicher Behandlung befinden, haben einen Leberweisungsschein des behandelnden Arztes mitzubringen.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission diskutierte in ihrer letzten Sitzung über den Verlauf der diesjährigen Maifeier. Der Obmann der Kommission gab der Meinung Ausdruck, daß man in Rücksicht auf die in diesem Jahre vorhandenen eigenartigen Umstände zufrieden sein könne und daß von einem Abflauen des Mai-gedankens keine Rede sei. Genosse Gebert meinte, daß der Mai-fergedanke zu gegebener Zeit mehr propagiert werden müßte, daß aber auch diesmal die Beteiligung eine bessere hätte sein können. Genosse Mey mißt einen Teil der Schuld, daß die Maifeier nicht besser sei, einigen Gewerkschaftsführern bei, denen diese Veranstaltungen gegen den Strich gehen. Die Pflege des Genossenschaftswesens bildete einen weiteren Teil der Verhandlungen. Es sei notwendig, daß Vertrauensleute in den einzelnen Werkstätten, sowie Hausbesitzer obligatorisch wirken möchten für diese Bewegung.

Zur Koordination der Propagandakommission für das Genossenschaftswesen Groß-Berlins wurde Genosse Henning als Vertreter der Charlottenburger Gewerkschaften vorgeschlagen. — Da einige Gewerkschaften und Arbeitervereine ihre Plakate zu Vergnügungen und sonstige Drucksachen in nicht tarifreuen Buchdruckereien herstellen lassen, so unternahm es der Vertreter der Buchdrucker, Genosse Ahrens, in eingehender Weise eine Schilderung der Verhältnisse der einzelnen Buchdruckereien am Orte zu geben und zu empfehlen, nur da arbeiten zu lassen, wo der Tarif bezahlt werde. Nach kurzer Debatte wurde man sich dahingehend schlüssig, daß nach den Ausführungen des Referenten in Zukunft verfahren werden soll. Nicht antosend waren die Vertreter der Bäcker, Fleischer und Putzer.

Rixdorf.

Die hiesige freie Jugendorganisation hält am Sonnabend, den 15. d. M., abends 8 Uhr, in Hoppe's Festhallen, Hermannstr. 49, ihre Mitgliederversammlung ab, in der ein Vortrag des Stadtverordneten Herrn Wuyki auf der Tagesordnung steht. Die Genossen werden darauf hingewiesen, ihre zum größten Teil noch nicht organisierten Söhne resp. Töchter unter 18 Jahren zum Beitritt zu bewegen. Auch die Mitglieder der hiesigen freien Turnerschaft bitten wir, der Bedeutung des Vortrages wegen in vorgenannter Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand der freien Jugendorganisation Rixdorf.

Eine gemeinschaftliche Besichtigung des Märkischen Museums veranstaltet der hiesige Bildungsausschuss am nächsten Sonntag, den 16. Mai. Die Teilnehmer treffen sich um 10 Uhr vormittags am Eingang in der Wallstraße. Bei hinreichender Beteiligung sollen event. spätere Besichtigungen anderer Museen folgen.

Zwei Knaben beim Spielen ertrunken. Als Dienstagabend in der sechsten Stunde die vier und neun Jahre alten Söhne Kurt und Helmuth des Schlossers Stein zu Rixdorf, Eberdstraße 15, sich am Ufer des Rixdorfer Schiffsfahrkanals, in der Nähe der Tabackischen Mädelwerke, mit Spielen vergnügten, fielen beide Knaben infolge eines unglücklichen Zufalls die Böschung hinunter ins Wasser, und ehe Erwachsene zur Hilfe herbeizeln konnten, war der Ältere ertrunken. Der Kleine Kurt wurde zwar noch lebend aus dem Wasser gezogen; die sofort an ihm von einem Arzt vorgenommenen Wiederbelebungsbemühungen erwiesen sich jedoch als vergeblich. Er konnte nicht wieder ins Leben zurückgerufen werden. Die Leiche des älteren Knaben wurde bisher noch nicht gefunden.

Rummelsburg.

Aus der Gemeinde. Eine begreifliche Mißstimmung herrscht hier unter den Gemeindegliedern wie Gemeindevoteuten, welchen durch einen bereits 6 Wochen zurückliegenden Beschluß der Gemeindevertretung eine Gehalts- und Lohnzulage bewilligt worden ist resp. zuzüglich, ob der vom Gemeindevorstand hierbei beabsichtigten Verzögerung der Auszahlung dieser Zulagen. Besonders wird es aber mißlich empfunden, daß weder der Bürgermeister noch ein Vorgesetzter überhaupt etwas verstanden hat, wann und in welcher Höhe die Zulagen eigentlich zur Auszahlung kommen werden.

Von der Gemeindevertretung waren die Zulagen vom 1. April 1909 ab bewilligt, und zwar für die Beamten 11 000 M. und für die Gemeindeglieder 5000 M. Vielleicht nehmen sich die Beamten und Arbeiter einmal die Courage und schicken eine Deputation in dieser Angelegenheit zum Bürgermeister. Nicht unzufrieden mit dem Gemeindevorstand resp. Bürgermeister scheinen auch die beiden Grundbesitzervereine wie der Bürgerverein zu sein. Hatte schon der Vorhagerer Grundbesitzerverein unter Leitung seines Vorsitzenden Lehrer Seppelt bei der diesjährigen Stadtratung in scharfer Oppositionsstellung zu dem Bürgermeister — wegen dessen Entsetzung für die Wiederherstellung des Gemeindefeuerzweckes auf 125 Proz. gestanden, so hat diese Mißstimmung und Unzufriedenheit mit dem Bürgermeister jetzt noch dazu geführt, daß die beiden Grundbesitzervereine wie auch der Bürgerverein je eine besondere Gemeindevoteutenkommission aus ihren Mitgliedern gewählt haben, welche gemeinsam den Gemeindevorstand prüfen und so ungunstigen haben, daß er zur vollen Zufriedenheit aller Hausbesitzer ausfällt. Wenn hierbei in Betracht gezogen wird, daß fast ausschließlich familiäre bürgerlichen Gemeindevoteuten aus diesen drei Vereinen hervorgegangen sind — und sie demzufolge auch mehr oder weniger den Beschaffen dieser Vereine Rechnung tragen werden — so kann man auf die nächstjährige Stadtratung und ihre Erledigung schon jetzt recht gespannt sein. Was die Rader hierbei übersehen, daß sie ihre eigenen Gemeinde-

vertreter und Gemeindevorstandsmitglieder der Unfähigkeit bezüchtigen — berührt sie allem Anschein nicht weiter. Zu erwägen ist noch, daß die vor zwei Jahren von der Gemeinde nachgesuchte Konzessionserteilung für eine elektrische Bahn von der Schillerstraße nach der Buhlfelde von der Regierung genehmigt worden ist. Die Bauausführung selbst für diese Strecke kann aber erst dann in Betracht kommen, wenn eine Weiterführung der Bahn nach resp. durch Berlin zu Stande kommt.

Pankow.

Aus dem Gemeindeparlament. Wegen die am 20. April d. J. vollzogenen Ergänzwahlen zur Gemeindevertretung ist kein Einspruch erhoben worden. Demgemäß wurden die Wahlen von der Gemeindevertretung am 11. d. M. für gültig erklärt und die drei neuen Gemeindevoteuten in ihr Amt eingeführt. Bei der daraus vorgeschrittenen Neubesehung der Gemeindevoteuten wurden u. a. Genosse Dier in die Finanz-, Beamten- und Krankenhauskommission, Lorenz und Winkler in die Kommission für Straßenreinigung und Beleuchtung gewählt. Ferner beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit einem Antrage auf Einführung einer Luftbarkeitssteuerordnung. Durch diese soll dem Unwesen der „Mummelpöge gesteuert“ werden, d. h. die Schausteller sollen fortan Steuern zahlen, sobald sie in Pankow Vorstellungen veranstalten. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß ständige Gastwirtschaften hieron nicht getroffen werden sollen. Jedoch sollen auch von benachteiligten Gastwirten, welche Musikautomaten, Phonographen, Orchestrions usw. spielen lassen, solche Steuern erhoben werden. Für die Erwerbung von Grundstücken zur Doppelbesetzung in Mülhendorf bewilligte die Gemeindevertretung 17 000 M. Von einschneidender Bedeutung für minderbemittelte Kräfte sowie für die Krankenkassen ist der Beschluß, der gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Gemeindevoteuten angenommen wurde, nämlich die Kur- und Verpflegungskosten der dritten Klasse im hiesigen Krankenhaus vom 1. Juli d. J. ab für alle Kranken aus dem Kreise Niederbarnim auf 3 M. und für sonstige Kranke auf 3,50 M. zu erhöhen. Der Antrag wurde damit begründet, daß von der Charité sowie von den Berliner Krankenhäusern ebensolche Erhöhung der Kosten erfolgt sei. Im Anschluß daran wurde die Anstellung weiterer vier Schwestern im hiesigen Krankenhaus genehmigt. Infolge eines früheren Beschlusses der Gemeindevertretung sind die Beiträge zur Handwerkskammer wegen der geringen Summe bisher nicht eingezogen, sondern durch die Gemeindevoteuten gezahlt worden. Da die Jahressumme jetzt auf 490 M. gestiegen ist (für 234 Handwerker), wurde beschlossen, die Beiträge fortan von den Handwerklern einzuziehen. Schließlich wurde noch beschlossen, ein Ortsstatut zu erlassen, durch das der Stundenplan für die Pflichtfortbildungsschule festgelegt wird. Der Unterricht wird in vier Klassen an jedem Montag und Donnerstag von 5 bis 8 Uhr im hiesigen Realgymnasium erteilt. Das neue Ortsstatut soll dazu dienen, bei Schulverhinderung mit Maßregeln gegen Arbeitgeber sowie Lehrlinge vorzugehen.

Rotawes.

Einen erfreulichen Akt genossenschaftlichen Geistes bedeutet der Beschluß einer am Montag stattgefundenen Generalversammlung des Konsumvereins Rotawes. Dieser trat zu einer mit dem Konsumverein „Hoffnung“ Rotawes zu errichtenden Wäckerlei-Gesellschaft. Nach dem vorgelegten Plane hat jeder der beiden Vereine zu der Gesellschaft 10 000 M. beizutragen. Diese 20 000 M. dürften zur Beschaffung von zwei Wäckerleien und den dazu nötigen Maschinen ausreichen. Das Grundstück, auf dem die Wäckerlei errichtet werden soll, befindet sich in der Bilitzstraße und ist vom Konsumverein Rotawes bereits für den Preis von 10 000 M. erworben worden. Nach einer vom Vorstand des Konsumvereins aufgestellten Berechnung ist in der Wäckerlei ein jährlicher Umsatz von mindestens 60—70 000 M. zu erwarten, so daß die Rentabilität des Unternehmens außer Zweifel steht. Die Aufbringung des nötigen Anlagekapitals geschieht durch die Ausgabe von Anteilscheinen an die Mitglieder der Konsumvereine und hat bereits eine ganze Anzahl von Mitgliedern ansehnliche Beträge gezahlt, so daß die Hoffnung besteht, daß binnen kurzer Zeit mit dem Bau der Wäckerlei begonnen werden kann. — Die Entwicklung des hiesigen Konsumvereins hat auch im letzten Halbjahr weitere Fortschritte gemacht, indem 180 Genossen der Organisation beitraten, wodurch die Mitgliederzahl auf 910 gestiegen ist, was die Errichtung weiterer Verkaufsstellen nötig macht, zu der die Generalversammlung ihre Zustimmung gab; zur Hebung der finanziellen Verhältnisse des Vereins erhöhte die Versammlung die Summe für die Geschäftsanteile von 25 auf 30 M.

Spandau.

Ueber die Konsumgenossenschaftsbewegung und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse wird Frau Gertrud David am Freitag, den 14. Mai, im Lokale von Fritz Wöhle, Habelstr. 20, einen Vortrag halten.

Vermischtes.

Bei der Arbeit getötet. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, verunglückten in Altenwald vorgestern mittig kurz vor Beendigung der Frühlicht in der dortigen Grube zwei Bergleute infolge des Niedersinkens eines Felsens. Der eine derselben wurde sofort getötet. Der andere ist gestern früh seinen Verletzungen erlegen. Beide Verunglückten hinterlassen Frau und Kinder.

Die Bergwerkskatastrophe einer Mutter. In Wien beging gestern früh aus Not eine 82jährige Frau, welche mit einem Arbeiter in gemeinsamem Haushalte lebte, eine gräßliche Tat. Sie warf ihre zwei unmöglichen Kinder vom dritten Stockwerk in den Hof und stürzte sich selbst nach. Mutter und Kinder sind tot. Ein drittes Kind, ein sechsjähriges Mädchen, war zurzeit in der Schule.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter (E. d. 2. Hamburg), Illale Berlin 7. Mitgliederversammlung Sonntag, den 16. Mai 1909, vormittags 10 Uhr, bei Hofmann, Postwallstr. 3. Les- und Diskussionsabend: Wilhelm Viedtner. Heute abend 8 Uhr bei A. Giphorn, Danziger Straße 93: Vortrag. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Jahrbuch der Bodenreform. Vierteljahrshefte von H. Damaschke. 2. Heft. Einzelheft 2 M. G. Fischer, Jena.

Adulain Grisebach. Roman von Heinz Todok. 4 M. F. Fontane u. Co., Berlin-Grünwald.

Tagebuch einer Dame. 1. und 2. Band. A. Ober u. So., München.

Giacomini Leopold. Gedichte. Deutsch von G. Müll. Brockert 4 M., geb. 5 M. G. Wigand, Berlin-Grünwald.

Bericht 1908 des Gewerkschaftsverbandes zu Chemnitz nebst Bericht des Arbeitersekretariats. 74 Seiten. Selbstverlag.

Jahresbericht 1908 des Arbeitersekretariats Darmstadt. 72 Seiten. Selbstverlag.

Die drei Gemälde des Hippo Tullian von H. Rasmus. 1. und 2. Band. Geb. 6 M., geb. 8 M. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart.

Bericht über das 15. Geschäftsjahr der Großhandels-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg 1908. Verlag Hamburg, Besenbinderstr. 52.

Verwaltungsbericht der gemeinsamen Ortskrankenkasse Straßburg i. O. 1908. 61 Seiten.

Das preussische Gewerkschaftengesetz, amtliche, jetzt gültige Fassung. Verlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenstr. 60. Preis 60 Pf.

Die Turbine. Ein Glas Leben von Waldemar Müller-Eberhart. — Bruno Callier, Berlin, 2 M.

Der Kampf um das Schleswig-Holsteinische Wäckerle in Kiel. 140 Seiten. Chr. Haack u. Co., Kiel.

Der Kampf um die Nachschicht von Dr. W. Biermer. 60 Pf. G. Roth, Bielefeld.

Die Räume und Strümpfer unserer Wäcker von Otto Feucht. Band 4 des Naturwissenschaftlichen Begehrer. Geb. 1 M., geb. 1,40 M. Greder u. Schöder in Stuttgart.

Das Kultur-Parlament. Heft 2. 1 M. Otto, Deutsches Verlagshaus, Charlottenburg, Hardenbergstr. 14.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 13. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Hugenotten.
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche Hase. Der unverständliche Mann. Anfang 8 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Neues königliches Opernhaus.
St. Michaels Hofball: Heide. Lesung. Wenn wir Losen erwachen. Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Nacht.
Schiller Charlottenburg. Doktor Klaus.

Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der Kilometerfresser. Neues Schauspielhaus. Mahé. Komische Oper. Tosca.
Wesken. Der tapfere Soldat. Neues. Renaissance.
Thalia. Was Neuter erzählt. Residenz. Kammerspiele um...

Puffspielhaus. Im Klubessel. Kleines. Moral.
Hebbel. Die Revolutionshochzeit. Linsen. Krone und Fessel. Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Der Zigeunerbaron.

Berliner Operetten-Theater SW.
Der Reineidauer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Hernhard Rose. Der Weiermann und sein Pfaffenkind.
Gastspiel-Theater. Die Frau Gräfin.

Apollon. Hartstein. Er oder Er. Spezialitäten.
Metropol. Die oberen Zehntausend. Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Soltes Caprice. Klein -- endlich. Ungerade Tage. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Reichshallen. Stettiner Sänger. Der Kampagnieball.

Urania. Tausendstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.

Lessing-Theater.
Donnerstag 8 Uhr letzte Vorstellung vor den Ferien: Wenn wir Losen erwachen.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.
Morgen 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Renaissance.
Morgen: Renaissance.
Sonntags neu einstudiert: Triocho und Cacolet.

Theater des Westens.
Heute und morgen 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Ein Walzortraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 13. Mai, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Freitag: Der Kilometerfresser.
Sonntags: Der Kilometerfresser.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. 8 Uhr: Zuschauerlieder.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Anfang 8 Uhr.

Kammerspiele um Amelie.
Schwarz in 3 Akten (4 Bildern) von Feytaud.
Morgen u. folg. Tage: Die Vorstellung Sommerpreise.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubessel.
Hebbel-Theater
Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Der Zigeunerbaron.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Krone und Fessel.
Schauspiel in 6 Akten.
Sonntag nachm.: Rühchen von Dellbronn. Abends: Krone u. Fessel.
Montag: Krone und Fessel.

Walhalla.
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große Mai-Programm.
Grote Gallus, die beliebte Courette, u. die übrigen Oper. Im Garten: Konzert.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

BERNHARD ROSE THEATER

St. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Weiermann u. sein Pfaffenkind.
Vollständ. in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Wochentagspreise.
Freitag: Die Spreewald-Kate.

Gastspiel-Theater

Reinicker Straße 68. Heute 8 1/2 Uhr:
Zum 2. Male:
Die Frau Gräfin.
Morgen: Die Frau Gräfin.
Abonement unserer Plätze erhalten auf allen besseren Plätzen die bekannte Ermäßigung.

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollon Theater

9 1/2, Täglich: 9 1/2.
Hartstein
in seiner Dürste.
Er oder Er.
Ab 8 Uhr: Das neue Attraktions-Programm.

WINTER ZGARTEN

Neues Programm!
Die japanischen Hofkünstler
Les Risgokus
in ihren unerreichbaren equilibriumistischen Produktionen und eine Kette hochinteressanter Kunstkräfte.
Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe)

Passage-Theater.

Walter der eigenartige Vortragskünstler.
Schneider
Bruns-Lebrun
der fahrende Sänger

Jaka Jshad

Maur. Schlagentanzorin.
2ter Monat.
Das neue Mai-Programm ein voller Erfolg!

Passage-Panoptikum.

Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der
Azteken!
Ohne Extra-Entree!
Experimente der IV. Dimension. Neapol. Briganten. Alles ohne Extra-Entree!

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Hill. Grummert. 16.
Wegen vollständiger
Renovierung
der Gesamtäume geschlossen!
Wiedereröffnung:
1. Pfingstfeierstag.

Königsstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Bellermands Brantschan.
Schwanz in 1 Akt.
Neues Spezialitäten-Programm.
The Marrows, Hoa & Sheo, Maroo & Tatjana, Paulson, Lored, etc. etc.
Anfang Sonntag 8 1/2 Uhr, wochentags 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Narziss.
Trauersp. in 5 Akten v. B. K. Braupogel.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: Jungfer Obrigkeit.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.

Brauerei Friedrichshain

Weltmeisterschaft.
Endkämpfe. Jeder Kampf bis zur vollständigen Entscheidung.
Heute Donnerstag ringen:
Welt-Champion, gegen Sanders, Neger-Champion.
Nitschke, Berlin, gegen Weltmeister Lassartesse-Pampuri, Italien, gegen Weltmeister Roberti Raioevich, Weltmeister Gambler gegen Annoni, Italien.
Vor den Ringkämpfen:
Das erstklassige Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2402.)
Donnerstag, den 13. Mai:
Don Carlos.
Benefizvorstellung f. Herrn Reich.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr, Kassenöffnung 7 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Palast-Theater

Heute Donnerstag ringen:
Jacob Koch
Weltmeister, gegen
der Mann mit der Krone.
Solar, Wien, gegen Grammer, Bayern.
Renaisance des Kampfes:
K. Kornatzki gegen Brillon.
Außerdem:
Das amüsante Programm.
Anfang 8 Uhr.
Anfang der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Das große glänzende
Mai-Programm.
Piano erster Hoflieferanten-Artina meist unter Wert sofort veräußert
Franzosenstraße 15, 1 v.

Bücher

Wir offerieren unseren Lesern eine Anzahl
Bücher
zu billigen Preisen:
Jauna und Flora des Meeres. Von Dr. Friedrich Anauer.
Von der Erdatmosphäre zum Himmelsraum. Von Prof. Dr. Wilhelm Foerster.
Was wir vom Monde wissen. Von H. Fauth.
Van und Leben der Blüte. Von Oskar Repe.
Jeder Band
statt 1,50 M. nur 60 Pf.

Der Jude.

Historischer Roman von E. Spindler.
Das Halsband der Königin. Roman von Alexander Dumas.
Die Armen und Glenden. Roman von Siffert Hugo.
Die Mohikaner von Paris. Roman von Alexander Dumas.
Die Rönne von Gnadenzell. Sittengemälde des 15. Jahrhunderts von E. Spindler.
Krieg und Frieden. Historischer Roman von Leo Tolstoj.
Jeder Band
groß. 90 Pf., geb. 1,30 M.

Bagabonden.

Von Hans O. Wald. Preis 1,20 M.
Der Gifthändler. Roman von Georges Ohnet. Preis 1,20 M.
Die Geschichte Ostiens nach dem Frieden von Schimonoseki. Von S. Couchevon. Roman. Reich illustriert, gut gebunden. Preis statt 5 M. nur 1 M.

Expedition des "Vorwärts"

Berlin SW.,
Lindenstraße 69, Laden.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Auffpiel in 5 Akten v. Ed. Z'Arronge.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Narziss.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Narziss.

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. - Täglich 8 Uhr.
Stimmlicher Lacherfolg!
Über 100 mal vor ausverkauften Häusern gegeben der tolle, lustige Schwanz
Das Pyralamm.
Schlussvorstellung den 24. Mai.
Sonntag 4 Uhr: Adersmann.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuser
Landstraße 6.
Direktion Wilhelm Kolmer.
Heute Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree
Frühling-
Kränzchen
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Zubehör: Ball!
Im Wein ist Wahrheit.
Auffpiel in 1 Akt.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Sonntags, den 15. Mai: Gastspiel
der Volksoper: Der Troubadour.

Damms Volkspark-Theater

Landberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Sächsischen Volks-Theaters
nebst Aufzügen erstl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüsiert sich köstlich.

Möbelfabrik "Stern"

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz per 31. Dezember 1908.
Aktiva.
Kassenbestand 5151,41
Barenbestand 44991,95
Spezial-Rente 3790,-
20% Abschreibung 760,- 8090,-
Debitoren-Rente 21325,40
Bank-Rente 12511,49
Verlust u. Gewinn-Rente 5296,31
GR. 92396,56
Passiva.
Einzel-Rente 630,-
Darlehn-Rente 83735,73
Reserve-Fonds 395,-
Inventar-Rente 1995,-
Kreditoren-Rente 4776,33
Unklare Forderungen 1432,50
GR. 92396,56

Die Zahl der Genossen beträgt am

Schluss des Geschäftsjahres 21; eingetreten sind im vergangenen Geschäftsjahre keine, ausgetreten 3.
Das Geschäftsguthaben der Genossen beträgt 630 M., die Kassenkasse auch 630 M.
Das Geschäftsguthaben und die Kassenkasse haben sich um 90 M. verringert.
25995
Der Vorstand.

Jeder wundert sich

über meine Spot-Preise
in Montaggarderoben.
Anzüge schon von Mk. 8,00 an
Paletots 6,25 an
Hosen 1,50
Abt. II: Neue Maß-Sachen
von 1a Schneidern angefertigt.
Montaggarderoben-Haus, nur
Brannenstr. 155 u. Linsenstr. 28.
Ein Versuch führt zur dauernden
Kundschaft. Jed. Leser erh. 5% Rab.
25995

Massenheide

bei Dranzenburg.
300 ringezäunte Parzellen!
Wiesenparz. 300 M. | alle inkl. Baum
Landparz. 250 | und Hausgärten!
Waldparz. 600 |
Dir. a. Händl. Ing. Forst. Dr. u. Chauff.
gelogen. - In Konz. 110 St. hier. vert.
Bekanntes Jagd v. Stett. Vahng. sind:
10,50, 112 u. 328. 7/8, Sid. Jagdzeit.
Ing. Gustav Wolff,
Dranzenburg, Berliner Str. 52a.
Bin täglich auf dem Terrain.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, 2. Etage
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Freie Volksbühne

Nächste Serie der **Abendabteilungen**
im Neuen Schauspielhaus am 17., 21., 24.,
28. Mai und der **Nachmittagsabteilungen:**
Mahé Vaudeville mit Musik und Ballett
von Walden und Schönau.
Titelrolle: Harry Walden.
Gastkarten a 1,25 bei den Obleuten an der Kasse.

Die **Abendvorstellungen** im Thalia-Theater
finden vom 10. bis 20. Mai abends 8 Uhr jeden
Abend statt. Aufführung:
Hans Huckebein.
Zu diesen Abendvorstellungen sind abends bei den
Obleuten im Theater Gastkarten für die Angehörigen der
Mitglieder zu haben. Vorbestellungen für Gastkarten
nehmen die Zahlstellen entgegen.
240/20 Der Vorstand: In Vert. G. Winkler.

Wohin gehen wir **Himmelfahrt?** Zum Restaurant
„Hungrierer Wolf“, Strausberg II.
Kegelbahn - Tanzsaal - Kaffeeküche.
Für gute Speisen und Getränke in bester Geisung.

Gr. Schützen- u. Volksfest

an der Oberspre vom 15. bis inkl. 25. Mai an der Obocapros
Festplatz Oberschöneweide.
Täglich: 1205 L.
Gr. Volksbelustigungen x Schaustellungen aller Art
Doppel-Konzerte.
Elite-Tage: Mittwoch, den 19. und
Donnerstag, den 20. Mai
Schützengilde Ober-Schöneweide. E. V.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schloßes vorzüglich gelegen,
billige 8-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaufe, mit
auch ohne Bad, Balkon etc. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-
Promenade, Brienzer Straße, Külli-Str., Holländer- und Thamer Straße.

Augen auf!

Jedem Herrn, der sich elegant und billig kleiden will, empfehle ich elegante Monatsgarderobe, in feinsten Werkstätten
Berlins gearbeitet, von Herrschäften, Doktoren, Kavaliere
nur kurze Zeit gebraucht (für jede Figur passend)

Monats-Jackett-Anzüge . . . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge . . . 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Herren-Paletots . . 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen . . . 2,50, 5,00 M.

Große Abteilung neuer Garderobe

Hauptgesch.: Gr. Frankfurter Str. 116
an der Andreasstraße.
2. Geschäft: Chausseestraße 89
gegenüber der Linsenstraße.
3. Geschäft: Brunnenstraße 179
an der Invalidenstraße.
Garderoben jeder Art werden billigst verliehen.

J. Wand

Moderne Damen- und Herren-Frisier-, Champon- und Färb-Salons
mit 4 Damen- und 4 Herrenbedienungs. Elegante Bedienung. Billige Preise.
Abt. I: Damenbedienungs. Abt. II: Herrenbedienungs.
Champon, Friseur und Outdair 1,00 Spezial-Haarschnitt u. Kopf-1,50 M.
Frisieren, Alle Monat . . . 4,00 waschen mit echt Day-Rum) 1,50 M.
Frisieren, Einzelpreis . . . 0,50 Montags und Freitags nur . . 25 Pf.
G. Boltz nebst Frau u. Töchtern, Bufeindstr. 49, Ecke Groltswalderstr. 30

Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons.

Essen Sie Seefische!

Seefische sind gesund, nahrhaft und bekömmlich, daher
ärztlich empfohlen.

20000 Pfund blutfrische Seefische

von frischen Fängen unserer Dampferflotte
bringen wir zu folgenden billigen Preisen zum Verkauf:
fl. großen Seelachs im Anschnitt . . . pro Pfd. 22 Pf.
fl. großen Cabliau im Anschnitt . . . pro Pfd. 22 Pf.
fl. großen Schellfisch im Anschnitt pro Pfd. 30 Pf.
fl. kleinen Bratschellfisch . . . pro Pfd. 22 Pf.
fl. Bratflundern pro Pfd. 28 Pf.
Alle anderen Seefische in großer Auswahl.

Deutsche Dampfschere-Gesellschaft

Größtes Fischereunternhmen Deutschlands.
Kontor und Hauptgeschäft: Berlin O., Stadtbahnhof Börse.
Telephon III 8904.
Verkaufsstellen:
C., Stadtbahnhof Börse, Bog. 9-10. W., Potsdamer Straße 112a.
N., Invalidenstraße 131. NW, Wiltsacker Straße 57.
S., Prinzenstraße 94. Charlottenburg, Wilmers-
dorfer Straße 111.
O., Große Frankfurter Straße 65. Spandan, Brötchenstraße 24.
O., Madaistraße, Bog. 8/9, Fruchtstraße gegenüber. Tegel, Traskowstraße 14.

„Nordsee“

In allen Verkaufsstellen gleiche Preise.

**Kennen Sie
unser P. K.
Portrait?**
Verlangen Sie
Zählkarten
kostenlos.

Sassage-Kaufhaus

Friedrichstrasse 110-112
Oranienburgerstr. 54-56a

Betriebsgesellschaft
m. b. H.

Wir versenden
franko bei Auf-
trägen von 15 M.
an und nehmen
Nichtgefallen
des anstandslos
auf unsere Kosten
wieder zurück.

Wirtschafts-Artikel

Waschwannen aus starkem Zink,
mit Holzboden . 11.00, 9.00, 7.50
Waschzuber aus starkem Zink, mit
Holzboden . . . 11.75, 9.85, 8.00
Plättbretter
bezogen 2.75, 2.25, 1.90
Aermelplättbretter
70, 65, 42 Pf.
Spiritusplättchen
8.50, 7.75, 5.35
Wäschemangeln
25.00, 22.00, 17.50

Waschmaschine
„Weltwunder“ 14.50
Waschbretter
mit starker Einlage 65, 55, 48 Pf.
Kinderbadewannen
9.50, 7.25, 5.85
Sitzbadewannen
m. Holzboden 10.00, 9.35, 8.75
Fussbadewannen
4.85, 3.45, 2.85
Waschständer
geschmiedet . . 1.45, 1.10, 95 Pf.

Waschtische
geschloss. m. Garnitur 18.50, 16.50
Messerputzmaschine
mit Schmirgel 6.00, 4.50
Fliegenschrank
lackiert 6.50, 5.25, 4.50
Reibemaschine
fein und grob mahlend 1.25, 95 Pf.
Gartenschlauch
in Qualität Meter 1.55, 90 Pf.
Schlauch - Wagen
14.50, 7.75

Wirtschaftswagen
2.00, 1.65, 1.25
Wringmaschinen
10.50, 9.50, 8.50
Giesskannen
grün lackiert 1.05, 70, 55, 35 Pf.
Rasenmäher bestes Fabrikat
20.50, 18.50, 17.50
Blumen - Ampeln
45, 40, 35 Pf.
Blumenspritzen
75, 60, 35 Pf.

Balkonkästen 120 100 80 70 60 50 40 cm
165, 135, 110, 95, 85, 70, 55 Pf.

Blumengitter grün lackiert 145, 125, 95, 60 Pf.
Blumenbretter grün gestrichen 1.35

2 Waggon Emaille-Geschirre

Besonders
preiswert

Schmortöpfe ohne Ring . 85, 75, 60 45 Pf.
Schmortöpfe mit Ring . . 1.25 1.10 95 75 Pf.
Gaskochtöpfe m. Deck. 1.40 1.20 1.00 85 Pf.
Wasserkessel für Gas. 2.00 1.95 1.75 1.55
Wasserkessel z. Einhängen . 1.75 1.55 1.35
Kasserolen mit Ring 95, 85, 75 65 Pf.
Kasserolen ohne Ring 55, 45, 35 28 Pf.

Wannen ovale Form . . . 2.10 1.85 1.25 95 Pf.
Wannen runde Form . . . 2.25 1.95 1.65 1.35
Wassereimer ca. 28 cm 65 Pf.
Fenstereimer 75, 65 42 Pf.
Toiletteimer mit Rohrbügel 3.35
Eimer ff. dekoriert 2.65 2.35
Eimer ff. dekoriert, m. Messingbügel 3.55 3.25

Mülleimer m. Aufschrift 2.35
Konsole Sand, Seife, Soda, ff. dekoriert 1.85
Topflappenbehälter ff. dekoriert . . 95 Pf.
Speiseteller weiss 15, 12, 8 Pf.
Trinkbecher 20, 15, 10 Pf.
Kaffeekannen 1.10, 90, 75, 55 Pf.
Waschgarnitur grosse Form, 5 teilig 8.65

Eisschränke

mit Zinkblech ausgeschlagen 37.50, 29.50, 22.50
mit Glasplatten ausgelegt, Eschebach's Fabrikat 60.50, 51.50, 42.50

Besondere Gelegenheit:

ca. 1000 Stck. Brotbüchsen ff. lackiert 1.85, 1.65, 1.25
ca. 1000 Dtz. Alpacka-Löffel garantiert weiss bleibend
Kaffeelöffel 20, 15 | Esslöffel 40, 30

Glaswaren

Wassergläser gepresst 6 u. 4 Pf.
Wassergläser geschliffen 22 Pf.
Becher Victoria 1/4 Liter, Goldrand . . 15 Pf.
Becher Valesca 1/10 Liter, glatt 12 Pf.
Zitronenpressen 7 Pf.
Käseglocken 30, 25 Pf.
Butterdosen 32, 18 Pf.
Weissbieregläser 1/10 28 Pf. 1/15 . . . 18 Pf.
Milchsatten 8 Pf.

Ausserst billig: Ein grosser Posten

Wasserflaschen 68 Pf.
ca. 1 Ltr. Inhalt, m. geschliff. Stopfen . .

Porzellan dekoriert

Milchtöpfe weiss-gold 10 Pf.
Kaffeetassen Delft 10 Pf.
Butterdosen 1 Pfund 48 Pf. 1/3 Pfd. 38 Pf.
Satztöpfe 6 Stück 98 Pf.
Kaffeetassen Goldrand 23, 18 Pf.
Kaffeetassen cobalt Rand 25 Pf.
Teetassen mit Rosenkante 18 Pf.
Teetassen mit Goldrand 23 Pf.

Wasch-Service moderne Formen, Fond und Druckmuster . . 4 teilig 1.55
Kaffee-Service für 6 Personen, hochfein dekoriert 8 teilig 1.95

Steingut

Speiseteller flach od tief, blaue Zwiebel-
feston-Form, beste Meissener Imitation 15 Pf.
Dessertteller Festonform, beste Meissener imit. 13 Pf.
Kompotteller Festonform, beste Meissener
Imitation 10 Pf.
Speiseteller glatt, Feston oder gerippt 9 Pf.
Dessertteller glatt, Feston oder gerippt 7 Pf.
Waschservice Kannen, grosse Form . 85 Pf.
Waschbecken Fond u. dekoriert 85, 45 Pf.

Lebensmittel

Wurstwaren

1a Cervelatwurst Pfund 1.10
1a Salami Pfund 1.10
1a Plockwurst Pfund 1.00
1a Schinkenspeck Pfund 1.05
1a Delikatess-Schinken
2-3 Pfund schwer Pfund 1.20

1a la Delik.-Speck 85 Pf.
In ganzen und halben Seiten, Pfund

Grosse Zufuhren Seefische

Cabljau oder Seelachs . . Pfund 15 Pf.
im Ausschnitt 5 Pf. mehr
Schellfisch grosse Pfund 25 Pf.
Rotzungen grosse Pfund 45 Pf.

Lebende Fische

Plötzen Pfund 40 Pf.
Aale Pfund 1.10

Frische Möven-Eier

12 Stück 1.25 6 Stück 65 Pf.

Fleischwaren

1a Schweineschinken Pfund 75 Pf.
1a Schweinebauch Pfund 65 Pf.
1a Schmorfleisch Pfund 1.00, 90 Pf.
1a Pökel-Rinderbrust Pfd. 1.00, 90 Pf.

1a Hammelkeule im ganzen Pfund 85 Pf.
geteilt 5 Pf. mehr
1a Hammeldünnung . . . Pfund 60 Pf.

Sämtliche Preise sind gegen früher bedeutend herabgesetzt.

11. Generalversammlung der Lagerhalter.

Franfurt a. M., 11. Mai.

Am

2. Verhandlungstage

Wird zunächst über die Tariffrage weiter debattiert. Neue Gesichtspunkte wurden nicht vorgebracht. Es kamen meist Gegner des Dienstvertrages mit seinem ominösen § 8 zum Wort, die auf schärfste betonen, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine den „Herrschaftspunkt“ einnehme und sage, entweder Annahme des Vertrages in seiner jetzigen Form, oder keine weiteren Verhandlungen. Einige Redner bestreiten, daß der Zentralverband die Macht hätte, die Vorteile, die der Dienstvertrag für einzelne Vereine bringe, auch durchzusetzen. Der Zentralverband habe keinen rechtlichen Einfluß auf die Vereine und der moralische sei nicht allzu groß. Die Bäder und Transportarbeiter würden ja auch klagen, daß ihre Tarife oft nicht eingehalten werden.

Durch Schlußantrag wird die Debatte beendet. Bei der Abstimmung, die namentlich ist, wird ein Antrag, die Resolution des Leipziger Verbandstages, die den Dienstvertrag verwirft, aufzuheben, mit 32 gegen 32 Stimmen abgelehnt, es bleibt somit bei dieser Resolution.

Ueber

die neue Reichsversicherungsordnung

Spricht hierauf Genosse Bauer-Berlin. Die Quintessenz seiner Ausführungen bildet nachfolgende Resolution, die ohne Debatte einstimmig Annahme fand:

Die 11. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den durch die Reichsversicherungsordnung geplanten Ausbruch des Selbstverwaltungswortes der Ortskrankenkassen und die damit verbundene völlige Entziehung der Versicherungen.

Die Generalversammlung fordert: Aufrechterhaltung des bisherigen Selbstverwaltungswortes der Ortskrankenkassen. Gewährung desselben auch für die Landkrankenkassen. Weitergehende Zentralisation der Krankenkassen (Aufhebung der Betriebs- und Innungskrankenkassen).

Für die Jubiläumsversicherung bringt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung die so dringend notwendige Erhöhung der Renten nicht. Die im Gesetz vorgesehenen Lohnklassen sind unzureichend und den heutigen Verdiensthälften nicht mehr entsprechend. Die Einführung weiterer Lohnklassen (bis zu 5000 M. Jahresarbeitsverdienst) ist unbedingt notwendig.

Durch die Einführung höherer Lohnklassen werden auch die Witwen- und Waisentrenten sich steigern. Die Rente einer erwerbsfähigen Witwe soll mindestens 180 M. pro Jahr, die Rente einer invaliden Witwe mindestens 360 M. pro Jahr betragen. Ebenso muß der Mindestbeitrag einer Waisentante auf 180 M. pro Jahr festgesetzt werden.

Von der geringfügigen Ausdehnung des Versicherungszwanges abgesehen, wodurch auch ein Teil der Lagerhalter und Lagerhalterinnen in die Versicherung einbezogen wird, bringt der Entwurf auf dem Gebiete der Unfallversicherung nur Verschlechterungen für die Versicherten. Die Bestimmungen über die Bestimmung des Versicherungswertes, den Begriff der Erwerbsunfähigkeit, die Festsetzung der Renten bis zu 20 Proz. auf Zeit, die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, Ruhen der Rente, die Umfindung, stellen so wesentliche Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Rechtszustand dar, daß der Entwurf als unannehmbar bezeichnet werden muß.

Die Generalversammlung spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß die Regierung die seit mehr als 25 Jahren bestehenden Rechte der Versicherten nehmen und die Leistungen erheblich verschlechtern will.

Die Generalversammlung ruft alle Berufsangehörigen zu einer energischen Abwehr der von der Regierung geplanten „Reform“ der Arbeiterversicherung auf.

Nicht Entziehung der Versicherungen und Verschlechterungen der Leistungen, sondern Sicherstellung und Erweiterung der Selbstverwaltung muß das Leitmotiv einer gesunden Reform sein.

Beim Punkt:

Ausbau unserer Unterstützungsanstalten und Statutenänderung gibt Schmidt-Jordan Bericht namens der Statutenberatungskommission. Die Kommission schlägt vor, die Stellenlosigkeit-Unterstützung einzuführen, eine Unterstützung bei Krankheit und in Sterbefällen ab abzuschaffen. Der Monatsbeitrag soll von 1,25 Mark auf 1,75 M. erhöht werden.

Die Annahme der Anträge auf Verschmelzung mit den Handlungsgehilfen resp. Transportarbeitern, die der Kommission

ebenfalls überwiesen wurden, kann diese nicht empfehlen, sie schlägt vor, den Vorstand zu beauftragen, mit den Vorständen des Handlungsgehilfen- und Transportarbeiterverbandes in Verhandlungen zu treten, ob eine Verschmelzung der drei Verbände zu ermöglichen sei.

Die Diskussion über diesen Punkt ist sehr ausgedehnt und wurde heute nicht mehr beendet. Einzelne Redner treten für die Einführung der Kranken- oder Sterbeunterstützung ein, andere wünschen höhere Sätze für die Arbeitslosenunterstützung. Für eine sofortige Verschmelzung tritt niemand ein. Die meisten Redner stellen sich auf den Standpunkt der Kommission und unterstützen diesen Vorschlag. Ein Vorstandsvorteiler wendete sich auch gegen diesen Vorschlag, da eine Verschmelzung nicht zum Vorteil des Verbandes sei.

Darauf erfolgte Vertagung.

Aus Industrie und Handel.

Gefahren für die Arbeiterschaft.

Verschiedene Faktoren begünstigen in den letzten Jahrzehnten eine kolossale Entwicklung der deutschen Industrie in der Kohle- und Halbzugsproduktion. Die Faktoren sind: geographische Lage, die deutsche Kolonialpolitik und last not least intensive Ausnutzung der Arbeitskraft.

Deutschland hat einen großen Reichtum an Steinkohlen. Das Vorkommen dieses Brotes der Eisenindustrie beschränkt sich aber in der Hauptsache auf drei Bezirke: Ruhrrevier, Saar- und Oberrhein. In diesen Gebieten wurden Gürtel- und Stahlwerke heimisch, die unter dem wohlthätigen Einfluß der großen Eisenbahnbauperiode und der nach dem deutsch-französischen Krieg entsetzten Hochkonjunktur sich zu kombinierten Betrieben ausweiteten. Diese umfassen alle Produktionsphasen, beginnend mit der Gewinnung der Rohmaterialien, endend mit der Fertigstellung von Walzzeugnissen, vollständig bearbeitetem Eisenbahnmateriale, Waggonen, Kanonen usw. Schon der Umfang, daß im Produktionsprozeß die Rate der Frachtkosten eine große Rolle spielt, sichert der Betriebskombination, bei der die Transportkosten für Kohle und Holz auf ein Minimum herabgesetzt sind, bei der die Kosten für Zuführung von Rohstoffen und Halbzug in die Weiterverarbeitung kaum ins Gewicht fallen, gegenüber den reinen Werken, deren Betriebe nur einen oder zwei Arbeitsprozesse einschließen, die aus entfernten Bezirken Brennmaterialien, Rohstoffe, Halbzug und sonstige Rohmaterialien heranholen müssen, eine unbestrittene Ueberlegenheit.

Die technische Revolution hat diese Ueberlegenheit noch weiter gefördert. Nur der kombinierte Betrieb kann die Abgase, die man früher einfach entweichen ließ, wirklich rationell ausnützen, nur in gemischten Werken kann man das Verschmelzen, das flüssige Eisen, sowie es den Hochofen verläßt, sofort in die Weiterverarbeitung überleiten, ausnützen. Als außerordentlich vorteilhaft für die Großindustrie, und zwar zum Nachteil der weiterverarbeitenden reinen Werke, erwies sich der 10 Mark-Zoll auf Rohstoffe. Dieser machte für den deutschen Markt die Auslandskonkurrenz so gut wie wirkungslos. Und man verstand in kapitalistisch-patriotischer Tugend Vorteil aus der günstigen Position zu ziehen. Die Inlandsverbraucher mußten hohe Preise zahlen, die den gemischten Werken eine Wirtschaftlichkeit sicherten, welche man zu einer unläuteren Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt benutzte. So erstarb die Großindustrie auf Kosten der Konsumenten und der reinen Werke.

Infolge der erwähnten technischen Revolution beherrschten die kombinierten Betriebe in immer stärkerem Maße die Rohstoff- und Halbzugsproduktion. Die genannten Faktoren, in Verbindung mit den Wirkungen industrieller Verbände, begünstigten weiter in stetig wachsendem Maße die Konzentration in der Rohmaterial- und Halbzugsproduktion. Diese wird in der Hauptsache heute in Deutschland von dreißig kombinierten Werken beherrscht. Ihre Produktion umfaßt nämlich 1/4 der gesamten Hochofenleistung, die Stahlherzeugung ausschließlich, circa 1/4 der Walzfabrikate, dazu 1/2 der Steinkohlenförderung und beinahe die Hälfte der Kohleproduktion. Nach Ausweis der Berufsvereinigungen waren im Jahre 1907 in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie rund 2 Millionen Arbeiter beschäftigt. Die 30 gemischten Werke haben eine Beschäftigung von ca. 1/2 Million Köpfen und die drei größten unter den Großen — A.-G. Krupp, der Phönix und die Gelsenkirchener G. — bringen es mit den projektierten Erweiterungen allein auf mindestens 150 000 Beschäftigte.

Dem ziffernmäßigen Uebergewicht der gemischten Werke, deren Produktions- und Kapitalbasis durch Eingliederung von Kohlenwerken, durch Fusionen und Interessengemeinschaften zwischen Gürtel- und Stahlwerken noch fortgesetzt sich erweitert, steht auch die entsprechende wirtschaftliche und soziale Uebermacht zur Seite.

Aus den Kreisen der Eisen- und Kohlegroßindustriellen rekrutiert sich das in Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus herühmte Scharfmachertum, das in Verbindung mit dem preussischen Junkertum nicht nur eine gemeinschaftliche Zollwucherpolitik betreibt, sondern auch seinen ganzen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Einfluß einsetzt zur Beschränkung der Staatsbürgerrechte der Arbeiter, zur Niederknüpfung der Arbeiterorganisationen, zur Verschärfung der Strafgesetze gegen die Streikfreiheit und zur Nüchternung jener Elemente, denen man den Namen Arbeitswillige beilegt. Im ganzen kulturellen Europa gibt es kaum einen reaktionärer klingel als das preussische Agrarierium im Bunde mit den Industriekapitalen. Das zeigt sich jetzt sinnesfällig bei den Versuchen, die notwendigen neuen Steuern auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, ferner bei der Hay gegen jedes bühnen Sozialreform.

Seine wirtschaftliche Macht, seine umfassenden Organisationen, seinen Einfluß auf die ihm ergebene Regierung setzt das Ausbeutertum stupplos ein, um einen sozialen Aufstieg der Arbeiter zu verhindern. Politische, wirtschaftliche und soziale Anbedelung der Arbeiterschaft, das ist nach wie vor die Parole der herrschenden Gesellschaft. Und mit der Vermehrung der Macht der Profitmächter und ihres Einflusses durch die gezielte Entwicklung wächst die Gefahr für die Arbeiterschaft. Darauf soll hingewiesen werden, damit das Proletariat sich gegebenenfalls nicht wieder, wie leider schon oft, durch irreführende Phrasen zum Schlepptier der Ausbeuterinteressen mißbrauchen läßt.

Die Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning erzielten im letzten Geschäftsjahre einen Rohgewinn von 14 981 645 M. gegen 14 778 050 M. im Vorjahre. Aus 11 133 527 M. Reingewinn sollen 27 Proz. Dividende verteilt werden. Außerdem gelangen 1 767 426 M. als Gewinnanteile und Belohnungen zur Verteilung.

Der Petroleumkampf zu Ende!

Koch vor 14 Tagen forderte die österreichische Petroleumgesellschaft das Publikum auf, aus Patriotismus keinen Tropfen Öl vom amerikanischen Trust zu kaufen. Eine besondere deutsche Vertriebsgesellschaft wurde gegründet, um die Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft „besser bekämpfen zu können“, und jetzt — sind Verhandlungsverhandlungen im Gange. Die österreichischen und ungarischen Petroleumabstimmungen haben Vertreter beantragt, mit den Bevollmächtigten des Standard Oil Trustes, die schon einige Tage in Wien weilten, über die Form einer Art Interessengemeinschaft zu verhandeln. Die feindlichen Brüder werden schließlich höchst gemeinsam die Konsumenten ausbeuten. Das, was die Deserteure vor einigen Wochen noch als ein ungerechtfertigtes Ausschalten des Zwischenhandels, ein Terrorisieren der Konsumenten nannten, wird man aller Voraussicht nach in Zukunft mit dem Dillstrich in friedlicher Gemeinschaft tun. Im Einklang mit den Interessen der Deutschen Bank ist ein Trust geschaffen worden, der die ganze Erde umspannt und souverän beherrscht. Nun kann die schrankenlose Ausbeutung der Konsumenten einsetzen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 11. 5., 10. 5., seit am 11. 5. 10. 5. (cm). Rows include Remel, Jülich, Düssel, Oberrhein, Saar, Mosel, Rheine, Elbe, Weser, Havel, Oder, Spree, Müritzer See, Havel, Oder, Spree, Müritzer See, Havel, Oder, Spree, Müritzer See.

+) bedeutet Hoch, -) Tief, *) Unterpegel. — *) am 11. 12 Uhr mittags 410 cm.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still. Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr gemäßig, Geschäft lebhaft, Preise etwas angehoben. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter la. anziehend. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise kaum verändert.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 10. Mai verstarb unser Mitglied, der Arbeiter Fritz Waldmann. Ehren seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Sionsgemeinde, Nieder-Schönhauser-Str. 10, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Friedrich Langhans am 11. Mai gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Am 9. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied Gustav Bürger. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Verbandsleitung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Am Sonntag, den 9. Mai, verstarb unser Mitglied Karl Bodle. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Mariendorfer Kirchhofes aus statt. Die Ortsverwaltung.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, hiesigen guten Vaters, Bruders, Schwagers, Onkels und Schwiegeraters, des Schankwirts Karl Wolk sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Ida Wolk nebst Kindern.

Am Dienstagabend verstarb mein lieber Mann, der Tischler Karl Kaper. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, am dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf. 25465

Dankagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes Karl Ludwig sage ich der Firma Eyck & Strasser sowie dem Zentralverband der Glacé-Handschuhmacher Deutschlands (Ortsverein Berlin) sowie allen Freunden und Bekannten hiermit meinen besten Dank. Frau Martha Ludwig nebst Kindern.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, Bruders, Schwagers und Onkels Thomas Eckert sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Witwe Anna Eckert.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Homöopathen Alfred Schlecht, sagen wir allen Verwandten, Freunden, als auch Bekannten, insbesondere dem Herrn Professor Dr. Gebicke wie auch dem Barbier- und Fleischer-Verband Deutschlands für ihr Erscheinen unseren innigsten Dank. Die Hinterbliebenen.

Dr. Schünemann. Spezial-Kräft für 5432. Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. Wochentags 10-2. 5-7.

Ohne Anzahlung! Portieren, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und kleine Waren! L. Matzner, Auguststr. 50. Nur Postkarte erbeten.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. H. 29) Filiale Berlin 5. Am Sonnabend, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Freiheit, Dragonerstr. 15: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Anträge des Vorstandes resp. der 4.-12. Wahlabteilung zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlstellen sind geschlossen. Recht rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbetriebe Charlottenburgs. Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Versicherten, daß der Begründungsausschuß in Potsdam den V. Antrag zum Klassenrat, monoch die Bezahlung von Krankengeld für die Sonntage in Beglaubigung, genehmigt hat. Der Statuten-Rattrag tritt mit dem 13. d. Mts. in Kraft. 274/17 Charlottenburg, den 13. Mai 1909. Der Kassenvorstand. 93. Wilh. Ahrens.

Cargomagazin von G. Paschke, Charlottenburg, Seifengäßchen 77, Eing. Berlin-Charlottenburg. Tel. 2658. — 6822.

Der Kenner raucht No. 61. hochfeine 6 Pf. Cigarre vorzüglicher würziger Geschmack. J. NEUMANN Cigarren-Fabriken - 103 Filialen. Cigarren-Fabriken. Begründet 1850. In 100 Zweiggeschäften gleiche Nummern zu gleichen Preisen.

hygienische Bedarfsartikel. Neues Katalog. M. Empfehlung. Aarons u. Prof. grad. u. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115/1, a. Crabb. Tor. Ufer. Post. 6820. 1.70. 2.00. 3.00. 4.00. 5.00.

Für Ausflügler 100 Ausflüge um Berlin mit 12 Illustrationen und 20 Karten von Georg Siegerist. Preis kartoniert 1,50 Mark.

Märkisches Wanderbuch. Mit 38 Karten. Preis 2,50 M. Wanderbuch für die Mark Brandenburg und angrenzende Gebiete. Mit 53 Karten.

Wanderführer mit Karten-Atlas für den Grenzwald. Preis 1,50 M. Spezialarten für alle Ausflugsorte der näheren und weiteren Umgebung Berlins, im Preise von 0,50-1,50 M. Radfahrerführer von Berlin und weiterer Umgebung auf Leinwand gezeichnet, zusammenlegbar. Preis 1,75 M. Radfahrerführer von Brandenburg auf Leinwand gezeichnet, zusammenlegbar. Preis 2,50 M. Stichtings Taschenatlas der Umgebungen Berlins, mit 100 Illustrationen. Preis 2.- M. Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Raucht Polologlow Cigaretten

